

**Sozioökonomische Modernisierung und Demokratie in postkommunistischen
Transformationsstaaten - Eine quantitativ-empirische Analyse zwischen 1996
und 2009 unter Einbezug von Globalisierung**

Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
eines Magister Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Axel Walther

aus Wiesbaden

2012

Erstgutachter/in:

Zweitgutachter/in:

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	1
1.1 Zur Relevanz der Thematik.....	1
1.2 Forschungslücke und Fragestellung.....	4
1.3 Untersuchungsspezifikationen.....	8
1.3.1 Auswahl der Untersuchungseinheiten.....	9
1.3.2 Auswahl des Untersuchungszeitraums.....	11
1.4 Aufbau der Arbeit.....	13
2 Theoretischer Bezugsrahmen zum Zusammenhang von Modernisierung und Demokratie.....	15
2.1 Demokratiekonzeption und -definition.....	15
2.2 Zusammenhang von endogener Modernisierung und Demokratie.....	18
2.3 Zusammenhang von exogener Modernisierung und Demokratie.....	26
2.4 Hypothesenbildung.....	33
2.4.1 Hypothesen zum Einfluss der endogenen Modernisierung.....	33
2.4.2 Hypothesen zum Einfluss der exogenen Modernisierung.....	38
2.5 Aktueller Forschungsstand in den Untersuchungseinheiten.....	41
2.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	45
3 Operationalisierung der Variablen.....	46
3.1 Operationalisierung der abhängigen Variablen „demokratische Entwicklung“... 47	
3.2 Operationalisierung der unabhängigen Variablen.....	51
3.2.1 Operationalisierung der endogenen Modernisierung.....	51
3.2.1.1 Operationalisierung der sozioökonomischen Entwicklung.....	52
3.2.1.2 Operationalisierung der Einkommensungleichheit.....	55
3.2.2 Operationalisierung der exogenen Modernisierung.....	58
3.2.2.1 Operationalisierung der ökonomischen Globalisierung.....	58
3.2.2.2 Operationalisierung der sozialen Globalisierung.....	60
3.2.2.3 Aggregation der Variablen exogener Modernisierung.....	63

3.3 Operationalisierung der Kontrollvariablen.....	66
3.3.1 Operationalisierung der ethnischen Fraktionalisierung.....	66
3.3.2 Operationalisierung des Snowballing Effects.....	68
3.3.3 Operationalisierung der Sowjetvergangenheit und der präautokratischen Demokratieerfahrung.....	69
3.3.4 Operationalisierung der Inflation.....	72
3.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	73
 4 Empirische Vorgehensweise und Ergebnisse.....	74
4.1 Modellspezifikationen und verwendetes Schätzverfahren.....	75
4.2 Deskriptive Ergebnisse.....	82
4.3 Ergebnisse der Schätzverfahren und Hypothesenprüfung	89
4.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	100
 5 Fazit und Ausblick.....	101
 Literaturverzeichnis	105

Tabellenverzeichnis

<u>Tabelle 1:</u>	Empirische Studien zum Zusammenhang von endogener Modernisierung und Demokratie	34
<u>Tabelle 2:</u>	Empirische Studien zum Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie	38
<u>Tabelle 3:</u>	Empirische Studien zum modernisierungstheoretischen Zusammenhang in postkommunistischen Transformationsstaaten.....	42
<u>Tabelle 4:</u>	Kriterien zur Beurteilung der Praktikabilität von Demokratieindizes....	48
<u>Tabelle 5:</u>	Variablen der sozioökonomischen Entwicklung.....	54
<u>Tabelle 6:</u>	Dimensionen und Variablen der ökonomischen und sozialen Globalisierung	64
<u>Tabelle 7:</u>	Faktormatrizen für die Variablen der ökonomischen und sozialen Globalisierung	65
<u>Tabelle 8:</u>	Überblick über die demokratische Entwicklung in den Untersuchungseinheiten	82
<u>Tabelle 9:</u>	Deskriptive Statistik der Variablen endogener Modernisierung.....	84
<u>Tabelle 10:</u>	Deskriptive Statistik der Variablen exogener Modernisierung	86
<u>Tabelle 11:</u>	Bivariate Korrelationen der unabhängigen und abhängigen Variablen..	88
<u>Tabelle 12:</u>	Ergebnisse der Schätzverfahren.....	91

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
et al.	et alii/ et aliae
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investments
FHI	Freedom House-Index
HDI	Human Development Index
IMF	International Monetary Fund
ITU	International Telecommunication Union
LDV	lagged dependent variable
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLS	ordinary least squares
PCSE	panel corrected standard errors
PPP	purchasing power parity
TSCS	time-series cross-section
u.a.	unter anderem
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
vgl.	vergleiche
VIF	Variance Inflation Factor
z.B.	zum Beispiel

1 Einleitung

1.1 Zur Relevanz der Thematik

Gut 20 Jahre sind seit dem Systemumbruch in den osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsstaaten vergangen. Im Zuge der dritten Demokratisierungswelle (vgl. Huntington 1991) haben sich trotz der besonderen politischen, ökonomischen und nationalstaatlichen Ausgangssituation eine Vielzahl dieser heute postkommunistischen Länder zu gefestigten Demokratien entwickelt, die mittlerweile auch zum Teil zu Mitgliedern der Europäischen Union geworden sind.¹

Die Gründe für die bemerkenswert schnelle Stabilisierung demokratischer Institutionen sind sicher vielseitig, daneben erscheinen die Gründe und Verknüpfungen zu komplex, um von deterministischen Zusammenhängen einzelner Einflussvariablen und der Demokratie sprechen zu können. Während in den 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre noch akteurszentrierte Modelle einen Hauptansatzpunkt zur Erklärung politischer Transformationen bildeten (vgl. O'Donnell/ Schmitter/ Whitehead 1986; Karl/ Schmitter 1991; Przeworski 1991), hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Modernisierungstheorie eine gewisse Renaissance erlebt. Dies lässt sich etwa an der größer werdenden Anzahl theoretischer wie empirischer Veröffentlichungen in der einschlägig sozialwissenschaftlichen Fachliteratur ablesen.² Basierend auf den nunmehr schon als klassisch einzuordnenden Publikationen von Lerner (1958) und Lipset (1959) haben sich die Modernisierungstheoretiker der Erklärung von Demokratie mittels des (sozio-)ökonomischen Wohlstands eines Landes verschrieben. Dabei wird ein positiver kausaler Effekt postuliert:

„The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ (Lipset 1959: 75).

¹ Eine genaue Erklärung und Abgrenzung des Ausdrucks „postkommunistische Transformationsstaaten“ erfolgt in Kapitel 1.3.1. Die Erläuterung des Demokratiekonzepts sowie der im weiteren Verlauf dieser Einleitung aufkommenden Begriffe wie Modernisierung und Globalisierung werden schrittweise in den Kapiteln 2.1 bis 2.3 geleistet, da sich aus den entsprechenden Definitionen unmittelbare Auswirkungen auf den theoretischen Bezugsrahmen ergeben. Für die Ausführungen innerhalb der Einleitung reicht, soweit nicht anderweitig gekennzeichnet, zunächst das Alltagsverständnis aus.

² Dabei ist besonders bemerkenswert, dass sich die fachliche Diskussion keineswegs nur auf die Politikwissenschaft beschränkt, sondern insbesondere auch in der Politischen Ökonomie stattfindet.

Die Bandbreite der Untersuchungen, die sich explizit auf diese berühmt gewordene Hypothese berufen, ist in der Zwischenzeit kaum noch zu überschauen. Synthetisiert man die Ergebnisse und unterschiedlichen Argumentationsstränge lässt sich feststellen, dass wohl eine positive – wie auch immer ausgestaltete – Beziehung zwischen dem (sozio-) ökonomischen Wohlstand und der Demokratie existiert. Diese Verbindung variiert jedoch kontext- und untersuchungsspezifisch sehr stark, was eine umfassende Erklärung ungemein erschwert.

Insbesondere der Transformationsprozess der postkommunistischen Staaten stellt einen Sonderfall für die vergleichende Demokratieforschung dar.³ Transformationsprozesse beschreiben einen tiefgreifenden institutionellen Wandel, bei dem einzelne oder auch mehrere zentrale gesellschaftliche Funktionssysteme (politisch, wirtschaftlich, soziale Gemeinschaft, kulturell)⁴ eine grundlegende Veränderung erfahren. Diese müssen daneben in aller Regel als graduelle Anpassungsprozesse verstanden werden, die zusätzlich – und dies gilt in besonderem Maße für die postkommunistischen Länder – von großer Unsicherheit geprägt sind (vgl. Kolodko 1999: 247 f.).

Folgt man der Einschätzung von Lewis (1997: 396 f.), ist dieser spezielle Transformationsprozess unter anderem durch zwei – und ihrer Kombination einzigartigen – Charakteristika geprägt: An erster Stelle ist dabei das so genannte „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zu nennen, welches früheren Analysen von Elster (1990) oder auch Offe (1991) entstammt. Darunter zu verstehen ist die besondere Problematik in den postkommunistischen Transformationsstaaten, dass neben dem Übergang von einem autokratischen in ein demokratisches Systems zeitgleich auch die Transformation des Wirtschaftssystems (von der Plan- zur Marktwirtschaft) sowie vereinzelt auch die Neu- bzw. Widergründung eines Nationalstaats bewerkstelligt werden musste.⁵ Eine besondere Eigenschaft in diesem Zusammenhang stellt weiterhin die historisch unerreichte Geschwindigkeit der Transformation dar (vgl. Kornai 2006: 218). Für die Überwindung der drei oben genannten „Dilemmata“ benötigten etwa die etablierten Demokratien in Westeuropa und Nordamerika oftmals Jahrhunderte. Die Transformation in den eurasischen Transformationsstaaten vollzog sich dagegen binnen eines Zeitraums von zehn bis 15 Jahren, ob-

³ Diese Arbeit versteht Transformation als Überbegriff für „*alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels*“ (Merkel 2010: 66). Der Terminus „Systemwandel“ selbst impliziert die prinzipielle Ergebnisoffenheit einer Systemveränderung, wohingegen ein „Systemwechsel“ definitiv zu einer Umgestaltung führt (vgl. Merkel 2010: 66).

⁴ Diese Einteilung eines gesellschaftlichen Gesamtsystems geht auf die makrosoziologisch-funktionalistischen Überlegungen Parsons (1964 [1951]; 1969) zurück.

⁵ Die empirische Gültigkeit des Dilemmas wird aktuell aber auch angezweifelt (vgl. Merkel 2007: 427).

wohl einige Teilprozesse wie etwa die Konsolidierung des politischen Systems als sicherlich noch nicht abgeschlossen gelten müssen (vgl. Fuchs/ Roller 2006: 92).⁶

Zweites zentrales Charakteristikum bildet die Feststellung von Lewis (1997: 396 f.), dass der Transformationsprozess in den postkommunistischen Staaten stärker als je zuvor von internationalen Faktoren beeinflusst wurde. Noch bis Anfang der 1990er-Jahre durch die Transformationsforschung etwas stiefmütterlich behandelt,⁶ erfreuen sich theorisierende Analysen des Effekts internationaler Faktoren auf die Demokratie steigender Beliebtheit (vgl. u.a. Whitehead 2001; Kubicek 2003). Innerhalb dieses Forschungszweigs kann zwischen einer akteursbezogenen und einer strukturellen Wirkungsweise unterschieden werden (vgl. Levitsky/ Way 2003, 2005). Die erste Variante bezieht sich auf die direkte Förderung von Demokratie durch externe staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, äußeren militärischen wie politischen Druck oder Unterstützungsleistungen von Menschenrechts- und Demokratienetzwerken (vgl. Levitsky/ Way 2005: 21), welche in dieser Arbeit ausdrücklich nicht behandelt werden.

Bei der Analyse der strukturellen Wirkungsweise spielen Globalisierungsprozesse eine große Rolle.⁷ Entwicklungen und Innovationen in der Kommunikations- und Transporttechnologie sowie politische Entscheidungen zugunsten einer weitgehenden Liberalisierung des Welthandels führen zu steigenden Verflechtungen in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen auf transnationaler Ebene. Während der kommunistischen Phase fand diese Art weltweiter Verflechtungen in den heutigen Transformationsstaaten so gut wie nicht statt. Erst unmittelbar nach dem Systemwandel erfuhr eine Vielzahl dieser Länder eine, in der Literatur häufig als „*shock therapy*“ (Kolodko 1999: 234) bezeichnete rapide Einbindung in weltweite Märkte und andere gesellschaftliche Globalisierungsprozesse. Beachtet man in diesem Zusammenhang auch die angesprochene Vulnerabilität des Transformationsprozesses, liegt die Vermutung nahe, dass die demokratischen Bestrebungen der Länder größeren globalisierungsbedingten Effekten ausgesetzt sein dürften als andere Transformationsregionen.

Somit sollte klar geworden sein, dass sich die postkommunistischen Transformationsstaaten in hohem Maße sowohl von anderen politischen Transformationsprozessen (so bspw. Spanien oder Portugal innerhalb der dritten Demokratisierungswelle), als auch

⁶ Hier sind etwa die Arbeiten von Whitehead (1986: 20) oder Di Palma (1990: 183) anzusiedeln, die internationalen Faktoren von Demokratisierung nur eine untergeordnete Rolle zuschreiben.

⁷ Um Missverständnissen vorzubeugen, muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass der Globalisierungsbegriff in der Forschung sehr breit angelegt ist und teilweise sogar kongruent zu den „internationalen Faktoren“ steht. Im Rahmen dieser Arbeit erfolgt eine analytische Beschränkung auf ökonomische und soziale Globalisierungsprozesse, was im Rahmen der Globalisierungsdefinition und der weiteren theoretischen Argumentation noch auszuführen ist (vgl. dazu Kapitel 2.3).

von Entwicklungsländern, die unter modernisierungstheoretischen Gesichtspunkten bereits eingängig untersucht wurden (vgl. Gasiorowski/ Power 1998; Rudra 2005), gravierend unterscheiden. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass eine gesonderte Untersuchung der Transformationsstaaten Osteuropas und Zentralasiens den modernisierungstheoretischen Zusammenhang bei gleichzeitiger theoretischer wie empirischer Integration von Globalisierungsprozessen auf einer breiteren Basis festigen oder – im Falle anderweitiger Ergebnisse – auch partiell falsifizieren kann.

Auch aus einer praktisch orientierten (wirtschafts-) politischen Sicht stellt sich die Frage über den modernisierungstheoretischen Einfluss auf die Demokratie. Die Förderung und stetige Verbesserung demokratischer Institutionen in den postkommunistischen Transformationsstaaten durch politische Entscheidungsträger oder externe Akteure wie die Europäische Union setzt zuerst einmal das Wissen voraus, ob (sozio-) ökonomischem Wohlstand und/ oder der Einbindung in Globalisierungsprozesse überhaupt ein Einfluss auf die Demokratie zugeschrieben werden kann. Daneben kann – soweit den tatsächlich ein Effekt vorliegt – das politische Aktionsprogramm erstens auf einzelne, sich positiv auswirkende Faktoren abgestimmt werden; zweitens ist deren Anwendbarkeit bereits an die Konditionen der untersuchten Transformationsstaaten angepasst, was die Effektivität der Maßnahmen erhöhen dürfte.

1.2 Forschungslücke und Fragestellung

Nachdem im vorherigen Kapitel bereits einige Punkte angesprochen wurden, die auf Forschungslücken in der Modernisierungstheorie hinweisen, soll an dieser Stelle ein systematischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Zusammenhang von (sozio-) ökonomischem Wohlstand sowie Globalisierung und Demokratie mit besonderem Fokus auf die postkommunistischen Transformationsstaaten erfolgen. Eine allumfassende Auflistung und Auswertung aller verfügbarer Studien ist an dieser Stelle weder notwendig noch sinnvoll;⁸ vielmehr sollen allgemeine Tendenzen und aktuelle Forschungsstränge aufgezeigt werden, da nur so eine sinnvolle Aufstellung einer Fragestellung und deren Einordnung in die Literatur geleistet werden kann. In der Betrachtung der zahlreichen Studien zu dem postulierten Zusammenhang lassen sich vier, teilweise

⁸ Dies ist auch dem kaum noch überschaubaren Umfang wissenschaftlicher Studien geschuldet, die sich explizit auf die Lipset'sche Hypothese beziehen (vgl. etwa für umfangreiche Reviewbetrachtungen Rueschemeyer/ Stephens/ Stephens 1992: 13-39; Muno 2001; Landman 2009: 99-110). Soweit erforderlich wird auf den aktuellen Forschungsstand noch in den Kapiteln 2.4 und 2.5 eingegangen.

stark zusammenhängende Forschungslücken und Kritikpunkte identifizieren, die eine Analyse der oben bereits angesprochenen Frage nach dem Einfluss (sozio-) ökonomischem Wohlstands und Globalisierung auf die Demokratie der postkommunistischen Transformationsstaaten rechtfertigen:

- (1) Aus einer genauen Betrachtung der eingangs zitierten Lipset'schen Hypothese ergibt sich, dass aus dieser Formulierung zwei Fragestellungen abgeleitet werden können: Auf der einen Seite kann der Begriff „*sustain democracy*“ (Lipset 1959: 75) verstanden werden als der Übergang von einem autokratischen in ein demokratisches Herrschaftssystem; auf der anderen Seite bezieht sich der Ausdruck aber auch auf die Phase, in der eine Demokratie bereits eingerichtet ist und sich die Frage nach deren langfristigen Erhalt und Konsolidierung ergibt. Diese Unterscheidung ist spätestens Ende der 1990er-Jahre verstärkt in den Fokus der modernisierungstheoretischen Forschung gerückt (vgl. Przeworski et al. 1996; Przeworski/ Limongi 1997) und seitdem einigen Kontroversen unterlegen, da sich für beide Forschungsrichtungen widersprüchliche Befunde ergeben (vgl. u.a. Przeworski et al. 2000; Boix 2003; Boix/ Stokes 2003).

Insbesondere die zweite Perspektive, mit der sich die vorliegende Arbeit auseinandersetzt, ist in Folge der häufigen Vernachlässigung weniger weit entwickelter Staaten deutlicher Kritik ausgesetzt (vgl. Landman 2009: 110). Die Betrachtung möglicher Sonderfaktoren einzelner Regionen oder Zeitabschnitten hat sich etwa für lateinamerikanische Staaten (vgl. Mainwaring/ Pérez- Linan 2003; Landman 2006) oder für den Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie für Entwicklungsländer (vgl. Rudra 2005) als hochgradig relevant erwiesen. Daraus folgt, dass aus einer separaten Analyse der postkommunistischen Transformationsstaaten neue Erkenntnisse für die Modernisierungstheorie gewonnen werden können, da die entsprechenden regionentypischen Charakteristika – insbesondere die kommunistische Vergangenheit – einwandfrei berücksichtigt und somit Verzerrungen der Schätzergebnisse vermieden werden können.

- (2) Kritisch muss weiterhin festgehalten werden, dass die Studien, die sich mit dem Fortbestand einer bereits installierten Demokratie in Folge hohen (sozio-) ökonomischen Wohlstands beschäftigen, zumeist der Konzeptualisierung der Demokratie und daraus folgender Modellierung der zentralen abhängigen Variable nur sehr geringe Aufmerksamkeit zukommen lassen. Insbesondere in der

ökonomischen Fachliteratur dominieren Arbeiten, die nahezu ausschließlich ohne ein genau spezifiziertes theoretisches Demokratiekonzept arbeiten (vgl. etwa Acemoglu et al. 2008, 2009). Dies birgt die Gefahr, dass die Interpretation der empirischen Resultate verkompliziert wird und ein genauer Ergebnisvergleich in Folge der Verwendung unterschiedlicher Variablen kaum möglich ist.

- (3) Ähnliche Probleme ergeben sich auch, wenn man den Blick auf die Operationalisierung der verwendeten unabhängigen Variablen richtet: Die favorisierte Verwendung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf zur Messung (sozio-) ökonomischen Wohlstands wird theoretisch weder eingängig reflektiert, noch an die spezifischen Verhältnisse in den untersuchten Ländern und Regionen angepasst. Daraus können Verzerrungen der empirischen Realität resultieren, was die Bildung einer Theorie zum Zusammenhang von Modernisierung und Demokratie zunehmend erschweren würde.

Ähnliche Problematiken bei der Operationalisierung ergeben sich auch bei der Spezifikation von Kontrollvariablen, die den Zusammenhang von Modernisierung und Demokratie entscheidend beeinflussen. Wie bereits beschrieben, sind die Transformationsstaaten Osteuropas und Zentralasiens sehr speziellen Bedingungen ausgesetzt, die in den vorherrschenden Globalstudien keineswegs adäquat abgebildet werden.

- (4) In jüngerer Vergangenheit hat sich die Forschung auch stärker der Beziehung zwischen Globalisierung und Demokratie gewidmet. Auch hier wird für die Erklärung häufig sowohl im-, als auch explizit auf die Modernisierungstheorie zurückgegriffen; die verfügbaren Studien zeigen jedoch

- a. eine mangelnde Aufmerksamkeit in Hinblick auf eine theoretisch wie empirische Verknüpfung der Argumentationslinien des Einflusses sozio-ökonomisch-binnenstaatlicher und globalisierungsbedingter Modernisierung auf die Demokratie.
- b. eine einseitige Fokussierung auf die ökonomischen Aspekte von Globalisierung, ohne dass dies eine theoretische Begründung erfährt.
- c. erneut widersprüchliche Forschungsergebnisse bezüglich des Zusammenhangs (positive Ergebnisse finden sich etwa bei Eichengreen/ Leblang 2006 oder Yu 2007; dazu konträr Quinn 2000 und Rigobon/ Rodrik

2005), was zum einen auf die unterschiedlichen und theoretisch inkonsistenten Operationalisierungsstrategien sowie zum anderen auf die Vernachlässigung kontextspezifischer Faktoren zurückzuführen sein dürfte.

Angesichts dieser verschiedenen Lücken in der Forschungsliteratur ist es überraschend, dass die Frage nach einer integrierten Betrachtung von (sozio-) ökonomischem Wohlstand sowie Globalisierung und deren Einfluss auf die Demokratie in den postkommunistischen Transformationsstaaten kaum Beachtung gefunden hat. Auf der einen Seite beschäftigt sich eine wachsende Anzahl von Studien zwar mit diesen beiden unterschiedlichen strukturellen „Voraussetzungen“ einer Demokratie; die Betrachtung findet aber in erster Linie nur analytisch getrennt voneinander oder – wenn eine Berücksichtigung beider Aspekte erfolgt – ohne konkrete Kausalvorstellung statt. Genau eine solche Zusammenführung auf theoretischer wie empirischer Basis erscheint jedoch notwendig, um einen ganzheitlichen Blick auf den Zusammenhang von (sozio-) ökonomischen Wohlstand sowie Globalisierung und der Demokratie in postkommunistischen Transformationsstaaten zu erhalten, ohne dafür ein völlig neues Modell zu entwickeln und somit die Theorievielfalt noch weiter zu verstärken.

Auf der anderen Seite wird auf empirischer Ebene explizit den postkommunistischen Transformationsstaaten kaum eine gesonderte Beachtung geschenkt. Auf Grund der beschriebenen Sonderstellung bietet jedoch eine Analyse gerade dieser Länder die Möglichkeit, mögliche andere Erklärungsfaktoren ausdrücklich von den strukturellen Effekten zu isolieren, woraus eine genauere Vorstellung über deren Wirkungsrichtung und -stärke generiert werden kann. In die Forschung aufgenommen wurde insbesondere die Analyse der sozioökonomischen Gründe *für den Zusammenbruch des Kommunismus* und den Übergang von kommunistisch-autokratischen in demokratische Systeme (vgl. etwa Lewin 1991; Hough 1997; Arts/ Hermkens/ van Wuck 1999; Darden/ Grzymala-Busse 2006); weitergehende Untersuchungen nach dem Einfluss der Modernisierung *für die weitere demokratische Entwicklung* sind jedoch rar gesät:⁹ Entweder finden sich hier Einzelfallstudien (vgl. Vassilev 1999) oder die gewonnen Erkenntnisse beruhen auf qualitativen Untersuchungen mit sehr kleiner Fallzahl (vgl. Beichelt 2001a).

⁹ Der hier verwendete Begriff „demokratische Entwicklung“ bezieht sich auf die Phase nach der erstmaligen Einführung grundlegender demokratischer Institutionen, wobei erst einmal dahin gestellt ist, ob sich das entsprechende Land nach diesem Zeitpunkt weiter „demokratisiert“ oder eher in Richtung eines autokratischen Systems zurückentwickelt. Dieser Gedankengang und die Abgrenzung zum Begriff der „Konsolidierung einer Demokratie“ wird im Rahmen der Vorstellung der verwendeten Demokratiekonzeption in Kapitel 2.1 nochmals aufgegriffen und präzisiert.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Forschungslücken lassen sich als Ausnahmen insbesondere die Studien von Kurtz und Barnes (2002) sowie Pop-Elches (2009) identifizieren. Diese beschäftigen sich explizit mit dem modernisierungstheoretischen Zusammenhang in den postkommunistischen Transformationsstaaten und nehmen weiterhin auch globalisierungsbedingte Faktoren, zumindest bei Kurtz und Barnes (2002), in die Analyse auf. Aus der geringen Anzahl an verfügbaren Studien und deren methodischen Unzulänglichkeiten folgt,¹⁰ dass in der Literatur bislang noch keine umfassende Überprüfung des vermuteten Zusammenhangs zwischen (sozio-) ökonomischem Wohlstand sowie Globalisierung und der demokratischen Entwicklung für die Transformationsstaaten Osteuropas und Zentralasiens vorliegt. Führt man die erläuterten Defizite zusammen, ergibt sich somit folgende zentrale Fragestellung:

In wie weit besteht ein positiver Einfluss des sozioökonomischen Wohlstands sowie der Globalisierung auf die demokratische Entwicklung der postkommunistischen Transformationsstaaten?

Hierdurch wird unmittelbar ersichtlich, dass für die Beantwortung der Fragestellung eine empirisch-quantitative Vorgehensweise verwendet werden muss. Eine solche umfasst (vgl. Schnell/ Hill/ Esser 2008; ähnlich auch Kromrey 2009), neben der Auswahl der Untersuchungseinheiten und des -zeitraums sowie den nötigen Begriffsdefinitionen, insbesondere die Aufgaben der Theorievorstellung und Hypothesenbildung. Darauf folgend müssen die Operationalisierung der Variablen einschließlich der Datenerhebung sowie die Wahl eines statistischen Verfahrens erfolgen, bevor die Hypothesen empirisch geprüft werden können.

1.3 Untersuchungsspezifikationen

Die vergleichende Politikwissenschaft sieht sich bei komparativen Untersuchungen mit einer Reihe verschiedener Fundamentalprobleme konfrontiert. Diese treten in der Regel unabhängig der Fragestellung oder der gewählten Vergleichsmethode auf und müssen dementsprechend durch geeignete Spezifikationen umgangen werden. Bedeutend für

¹⁰ Dazu gehören etwa die Beschränkung auf ökonomische Faktoren von Globalisierung (vgl. Kurtz/ Bones 2002: 529 f.), die wenig reflektiert erscheinende Messung der sozioökonomischen Entwicklung bei Pop-Elches (2009: 34) sowie die Operationalisierung der Demokratie, was wiederum bei Kurtz und Bones (2002: 531) nur unzureichend geschieht.

diese Analyse ist insbesondere das Problem eines potenziellen „selection bias“.¹¹ „Selection bias“ bedeutet, dass in Folge einer bestimmten Auswahl von Untersuchungsländern und/ oder -zeiträumen keine Zufallsauswahl der Untersuchungseinheiten mehr vorliegt (vgl. Landman 2009: 36). Hieraus ergäbe sich das Problem, dass die generierten Ergebnisse erstens verzerrt und zum anderen nicht auf den Untersuchungsgegenstand verallgemeinert werden könnten. Aus diesen Gründen sind die folgenden Abgrenzungen bezüglich der Untersuchungseinheiten und des Zeitraumes notwendig, da nur so die Untersuchungsanlage exakt bestimmt werden kann.

1.3.1 Auswahl der Untersuchungseinheiten

Eine genaue und allgemein anerkannte Abgrenzung des Begriffes „postkommunistische Transformationsstaaten“ existiert bisher nicht in der Forschungsliteratur. Zumeist wird zur genauen Bestimmung der zu untersuchenden Staaten auf eine Zerlegung des obigen Ausdruckes zurückgegriffen, bei der die einzelnen Begriffe analytisch getrennt voneinander betrachtet werden (vgl. etwa Batt 2007: 3 ff.). Dieses Verfahren soll auch hier zur Anwendung kommen, da alternative Methoden wie die Abgrenzung anhand geographischer Grenzen oder die strikte Orientierung an der Zugehörigkeit zur früheren Sowjetunion keine hinreichende Klarheit verschaffen (vgl. Lewis 2000: 4; Berglund/ Ekman/ Aarebrot 2004: 3).

Erster Bestandteil des angesprochenen Ausdrucks ist die postkommunistische Vergangenheit der zu untersuchenden Staaten. Hierunter werden hier Staaten subsumiert, die vor 1989 dem kommunistischen Herrschaftsregime angehörten. Als zweite Abgrenzung muss hier eine regionale Selektion fungieren: Staaten, die außerhalb des eurasischen Kontinents liegen (so etwa Kuba) oder nicht dem direkten sowjetischen Herrschaftsbereich zugeordnet werden können (etwa kommunistische Staaten in Südostasien wie China) werden aus der Analyse ausgeklammert (vgl. für eine ähnliche Vorgehensweise Berglund/ Ekman/ Aarebrot 2004: 3; Batt 2007: 3 ff.), da diese aus historisch-kulturellen Gesichtspunkten nur wenig mit den eurasischen Transformationsstaaten im engeren Sinne gemein haben.

¹¹ Weitere mögliche Schwierigkeiten in diesem Kontext bilden das „zu viele Variablen, zu wenige Fälle“-Problem und die „inkorrekte Spezifikation der relevanten Variablen“. Diese spielen für die Analyse nur eine untergeordnete Rolle, da im ersten Falle die Anzahl der untersuchten Fälle die Anzahl der unabhängigen Variablen übersteigt und im zweiten Falle es ja ein zentrales Anliegen dieser Analyse ist, die Sonderfaktoren der postkommunistischen Transformationsstaaten zu berücksichtigen (vgl. weitergehend etwa Landman 2009: 29 ff.).

Verbindet man diese beiden ersten Charakteristika mit dem bereits angesprochenen Transformationsbegriff, ergibt sich (vorerst) eine Beschränkung der Grundgesamtheit auf die süd- und südosteuropäischen Staaten (Albanien, Bulgarien, Moldawien, Rumänien) sowie die mitteleuropäischen Länder (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn); weitergehend die drei baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), die Länder Osteuropas (Russland, Ukraine, Weißrussland) und die nach 1992 sukzessiv gegründeten Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Slowenien). Zusätzlich erfüllen ebenso die nach 1989 in Kaukasien (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) und Zentralasien (Kasachstan, Kirgisien, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) neu gegründeten Staaten die oben ausgeführten Abgrenzungseigenschaften, um in die Liste möglicher Untersuchungseinheiten aufgenommen zu werden. Diese (vorläufige) Länderauswahl umgeht damit den Kritikpunkt eines herrschenden „*Provinzialismus*“ (Hensell 2010: 166) in der Transformationsforschung. So werden die Länder Mitteleuropas und des Baltikums überdurchschnittlich häufig untersucht, ohne dass diese regionale Selektion eine umfassende Begründung erfährt (vgl. Munck/ Synder 2007: 10; Hensell 2010: 166). Durch die hier verfolgte Vorgehensweise wird ein „selection bias“ vermieden, weswegen aus den Ergebnissen auch verallgemeinerbare Aussagen für die postkommunistischen Transformationsstaaten getroffen werden können.

Das dritte Merkmal zur Bestimmung der Analyseeinheiten bildet der angesprochene Begriff der „demokratischen Entwicklung“. An dieser Stelle soll noch keine vertiefende Diskussion des Demokratieverständnisses dieser Arbeit erfolgen (vgl. dazu Kapitel 2.1); da die vorliegende Arbeit unter dem Lipset'schen Begriff „*sustain democracy*“ den Fortbestand eines demokratischen Systems versteht, ist es zur Bestimmung der Untersuchungseinheiten erst einmal sinnvoll nur Staaten in die Analyse einzubeziehen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt über ein Minimum an Demokratie verfügten und darauf folgend deren demokratische Entwicklung zu analysieren. Wie in der Transformationsforschung üblich, wird hier von einem solchen demokratischen Minimum ausgegangen, wenn periodisch wiederkehrend allgemeine, freie, faire und geheime Wahlen stattfinden, bei denen mehrere Parteien um die Wählergunst konkurrieren (vgl. Sartori 1992: 94; Przeworski et al. 1996: 39); erfüllt ein Land diese Bedingungen kann es als elektorale Demokratie bezeichnet werden. Die Entscheidung über eine Einstufung als elektorale Demokratie erfolgt – ähnlich wie auch von Diamond (1999: 25) präferiert – anhand der

von Freedom House (1996) veröffentlichen „Electoral Democracies“-Auflistung.¹² Die Festlegung auf das Jahr 1996 hat dabei sowohl theoretische wie auch methodische Gründe, die im Folgekapitel noch eingehend zu erläutern sind. Durch diese Vorgehensweise kann sichergestellt werden, dass sowohl die für quantitativ-empirische Analysen notwendigen Fallzahlen, als auch messbare Unterschiede zwischen den Untersuchungseinheiten im Zeitablauf vorliegen.

Auf Grundlage dieses letzten Kriteriums verbleiben aus der im vorherigen Abschnitt vorgestellten Aufzählung noch die Staaten Albanien, Bulgarien, Estland, Georgien, Kirgisien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, die Mongolei, Polen, Rumänien, Russland, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, die Ukraine und Ungarn. Daraus folgt, dass sich die folgende Untersuchung auf die Analyse dieser 19 postkommunistischen Transformationsstaaten stützt, die im Jahr 1996 als Wahldemokratien eingestuft wurden.

1.3.2 Auswahl des Untersuchungszeitraums

Wie bereits kurz angedeutet ist das „selection bias“-Problem keineswegs nur auf die Auswahl von Untersuchungseinheiten beschränkt, sondern erstreckt sich gleichwohl auch auf den Zeitraum, innerhalb dessen die Analyse stattfindet. Diese Arbeit untersucht die oben erwähnte Fragestellung zwischen den Jahren 1996 und 2009, was an dieser Stelle noch zu begründen ist.

In der transformationstheoretischen Literatur wird – als erstes Argument für den gewählten Startpunkt im Jahr 1996 – argumentiert, dass die Etablierung marktwirtschaftlich orientierter Institutionen nach der Transformation des Wirtschaftssystems zumeist einige Jahre erfordert und diese Institutionen erst gefestigt sein müssen, damit eine konjunkturelle Wirtschaftsdynamik einsetzen kann (vgl. Dahl 1998: 167 f.). Eine genaue Bestimmung des Zeitpunktes, ab wann die marktwirtschaftlichen Institutionen als funktionsfähig bezeichnet werden konnten, kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. In der Literatur wird jedoch übereinstimmend davon ausgegangen, dass etwa die Entwicklung eines funktionierenden Banken- und Kreditsystems (vgl. Calvo/ Coricelli 1993;

¹² Eine Einstufung als Wahldemokratie erfolgt im Fall der Erfüllung folgender vier Kriterien: „1) *A competitive, multiparty political system*; 2) *Universal adult suffrage for all citizens [...]*; 3) *Regularly contested elections conducted in conditions of ballot secrecy, reasonable ballot security, and in the absence of massive voter fraud, and that yield results that are representative of the public will*; 4) *Significant public access of major political parties to the electorate through the media and through generally open political campaigning*“ (Freedom House 2011: 30).

Coricelli/ Masten 2004) oder der Aufbau stetiger und verlässlicher Informationskanäle für ökonomische Aktivitäten (vgl. Blanchard/ Kremer 1997) einige Zeit in Anspruch nahm; dieser Prozess aber Mitte der 1990er-Jahre zumindest als partiell abgeschlossen gelten kann (vgl. Rudi 2007: 94). Für diese Feststellung spricht auch, dass zumeist zwischen einer konjunkturellen Abschwung- (1990-1993) und einer Aufschwungsphase (1994-1999) unterschieden wird (vgl. World Bank 1996; Havrylyshyn/ Izvorski/ van Rooden 1998; Havrylyshyn 2001), was sich etwa an dem Rückgang der hyperinflationären Tendenzen in den meisten Transformationsstaaten ablesen lässt (vgl. Aslund et al. 1996: 220).

Zusätzlich gehen viele Demokratieforscher davon aus, dass von einer erfolgreichen Etablierung grundlegender demokratischer Institutionen im Sinne der elektoralen Demokratie erst ab der Durchführung einer zweiten demokratischen Wahl gesprochen werden kann (vgl. Powers/ Cox 1997; Beichelt 2001b; Anderson/ Lewis-Beck/ Stegmaier 2003), da erst zu diesem Zeitpunkt die theoretische Möglichkeit eines Regierungs- oder Regimewechsels besteht. Da in den meisten untersuchten Ländern die zweiten demokratischen Wahlen zwischen 1993 und 1995 stattfanden, ist im Jahr 1996 von einem Mindestmaß an Stabilität der demokratischen Institutionen auszugehen, was den Startpunkt der Untersuchung wiederum als sinnvoll erscheinen lässt.

Dritter und entscheidender Punkt für die Wahl des Untersuchungszeitraums ist – neben den angeführten theoretischen Argumenten – der Mangel an vergleichbaren Daten für die untersuchten Länder zu Beginn der 1990er-Jahre. Dies lässt sich nicht zuletzt auf die notwendige Umstellung und fortlaufenden Anpassungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch nationale Statistikbehörden oder die, insbesondere in der frühen Transformationsphase übliche, unzureichende Kooperationsbereitschaft von Unternehmen mit den Statistikbehörden zurückführen (vgl. Brada/ King/ Kutan 2000: 3 ff.). Aus diesen Gründen resultiert einerseits eine große Unzuverlässigkeit in den publizierten Daten und andererseits eine meist zu gering ausfallende Schätzung makroökonomischer Kerngrößen vor dem Jahr 1996, was den Startpunkt der Analyse noch einmal weitergehend rechtfertigt.

Dieser letztgenannte Aspekt greift in anderer Form auch für den zeitlichen Endpunkt der Analyse im Jahr 2009. Detaillierte Makrodaten werden durch internationale Organisationen erst mit deutlichem zeitlichem Abstand zum tatsächlichen Geschehen publiziert, da die Sammlung und Aufbereitung der Daten in aller Regel einige Zeit in Anspruch nimmt. Fasst man die in diesem Kapitel erläuterten Aspekte zusammen, wird

deutlich, dass der gewählte Zeitraum zwischen 1996 und 2009 für die Beantwortung der Fragestellung geeignet und damit ein zeitlicher „selection bias“ ausgeschlossen sein dürfte.

1.4 Aufbau der Arbeit

Nachdem nun bereits Relevanz der Thematik, Forschungslücke und daraus folgend die Fragestellung grundlegend erläutert wurden, soll an dieser Stelle ein detaillierter Überblick über den Aufbau der Arbeit gegeben werden.

Im ersten Teil des zweiten Kapitels müssen, bevor mit der eigentlichen Argumentation begonnen werden kann, noch einige begriffliche Grundlagen gelegt werden. Dabei geht es um die Definition und den damit verbundenen Bedeutungsinhalt des zentralen Begriffes der „demokratischen Entwicklung“, um dadurch für ein einheitliches Begriffsverständnis zu sorgen. Daran anschließend erfolgt die Vorstellung des zentralen theoretischen Modells zum Zusammenhang von „Modernisierung“ und demokratischer Entwicklung. Dabei wird im Rahmen dieser Arbeit zwischen endogener und exogener Modernisierung unterschieden. Erst genannte Variante beschreibt die Entwicklung, welche durch sozioökonomische *Binneneffekte* generiert werden. Kapitel 2.2 erklärt aus theoretischer Sicht dementsprechend den Zusammenhang der endogenen Variante und demokratischer Entwicklung. Im Unterschied dazu wird der Begriff „exogene Modernisierung“ (synonym dazu steht Globalisierung) für denjenigen Sachverhalt verwendet, der sich auf Entwicklungsschritte bezieht, die durch *internationale* sozioökonomische Effekte ausgelöst werden. Der Zusammenhang für diese Version von Modernisierung wird in Kapitel 2.3 beschrieben. Nur vor dem Hintergrund eines so eindeutig spezifizierten Theorierahmens können die erhobenen Daten auch interpretiert werden. Da empirisch-quantitative Messungen immer in Bezug auf klare „Wenn-Dann-Aussagen“ erfolgen müssen, werden in Kapitel 2.4 – unter Rückgriff auf den aktuellen Forschungsstand – noch konkrete Hypothesen formuliert. Seinen Abschluss erfährt das zweite Kapitel mit einer systematischen Aufstellung und Diskussion der Forschungsergebnisse modernisierungstheoretischer Studien im postkommunistischen Transformationskontext.

Im Zentrum des dritten Kapitels steht die Operationalisierung der Variablen. In Kapitel 3.1 wird zuerst die abhängige Variable – also die empirisch-quantitative Erfassung der Demokratieentwicklung – vorgestellt. Der zweite Teil dieses Kapitels enthält die Erläuterung der zentralen unabhängigen Variablen: Analog zur analytischen Zweiteilung von

Modernisierung, werden zuerst die Variablen zur Erfassung der endogenen Modernisierung operationalisiert, bei welchen es sich um die sozioökonomische Entwicklung (Kapitel 3.2.1.1) sowie die Einkommensungleichheit (Kapitel 3.2.1.2) handelt. Zur Vervollständigung des theoretischen Modells müssen darauf folgend noch die Variablen zur Messung der exogenen Modernisierung vorgestellt werden; auch hier erfolgt eine Aufspaltung in die zwei Varianten „ökonomisch-exogene“ (Kapitel 3.2.2.1) sowie „sozial-exogene“ Modernisierung (Kapitel 3.2.2.2). Komplimentiert wird die Darstellung der exogenen Modernisierung durch die Erörterung der gewählten Datenaggregationsprozedur. Den letzten Schritt bildet die Operationalisierung von Kontrollvariablen, die sich für die postkommunistischen Transformationsstaaten als relevant erwiesen haben und für die Hypothesenprüfung in die Analyse einzubeziehen sind.

Hauptanliegen von Kapitel 4 ist die Darstellung der empirischen Ergebnisse und die Entscheidung über die aufgestellten Hypothesen. Zu Beginn muss in Kapitel 4.1 noch das verwendete Schätzverfahren vorgestellt werden, um so die adäquate Datenanalyse und -interpretation zu gewährleisten. Dabei wird auf ein multivariates Regressionsverfahren zurückgegriffen, welches speziell die noch zu erläuternden Probleme kombinierter Quer- und Längsschnittbetrachtungen adressiert. Bevor die eigentliche statistische Messung und die Hypothesenprüfung in Kapitel 4.3 erfolgen können, wird in Kapitel 4.2 noch eine deskriptive Bestandsaufnahme der zentralen Variablen vorgeschaltet. Diese zeigt einerseits die grundlegenden Zusammenhänge zwischen den Variablen auf; andererseits kann so auch bereits die spätere Ergebnisinterpretation erleichtert werden. Den Abschluss bildet in Kapitel 5 die Zusammenfassung der Analyse und Ergebnisse, wobei darauf aufbauend auch auf neue Forschungslücken verwiesen wird.

2 Theoretischer Bezugsrahmen zum Zusammenhang von Modernisierung und Demokratie

2.1 Demokratiekonzeption und -definition

Gerade durch die Auswahl eines Demokratiebegriffes ergeben sich einige Implikationen für den weiteren Verlauf der Untersuchung, da dementsprechend auch die (noch zu entwickelnden) Hypothesen spezifiziert werden müssen. In der Literatur konkurrieren eine Vielzahl unterschiedlichster Zugänge und Definitionen, die an dieser Stelle nicht umfassend diskutiert werden können (vgl. dazu den umfangreichen Überblick in Schmidt 2010). Vielmehr erscheint es für den Zweck dieser Untersuchung sinnvoll, den Demokratiebegriff explizit in den transformationstheoretischen Kontext der postkommunistischen Staaten zu stellen, um so eine möglichst große Realitätsnähe herzustellen und empirisch umsetzen zu können.

Überraschenderweise hat die Transformationsforschung erst recht spät die Frage nach einem für die Untersuchungsziele geeignetem Demokratiebegriff auf die Agenda gesetzt (vgl. Merkel/ Thiery 2010: 187). Der „Mainstream“ der Forschung lässt sich dabei weiterhin bei dem von Robert Dahl (1971, 1989, 1998) entwickelten Polyarchy-Konzept verorten. Dieses hat seinen Ausgangspunkt in der klassischen Demokratiedefinition von Schumpeter (1946: 269), welcher den demokratischen Wettbewerb um Wählerstimmen durch die politischen Eliten in den Vordergrund stellt. Dahl (1998: 37) erweitert diese Sichtweise entscheidend und definiert in einem ersten Schritt Demokratie als ein institutionelles Arrangement, bei dem die Bevölkerung am politischen Leben partizipieren kann („right to participate“) und ein öffentlicher Wettbewerb um Wählerstimmen („public contestation“) stattfindet. Er präzisiert in einem zweiten Schritt seine Konzeption, in dem er für real existierende Repräsentativdemokratien der Moderne den Begriff Polyarchy („Herrschaft der Vielen“) verwendet und den Terminus Demokratie für einen Idealzustand reserviert (vgl. Dahl 1998: 33).¹³ In diesem Sinn ist die Dahl'sche Konzeption prozessual zu verstehen, da politische Systeme hinsichtlich der Ausgestaltung der Polyarchy verschiedene „Entwicklungsniveaus“ aufweisen können. Ein politisches System kann dann als Polyarchy bezeichnet werden, wenn die folgenden acht Charakte-

¹³ Dahl (1998: 81) ersetzt den Begriff „Polyarchy“ später durch „actual democracy“. In der Politikwissenschaft hat sich dafür der Terminus „liberale Demokratie“ durchgesetzt, weswegen im weiteren Verlauf diese Begrifflichkeiten synonym zueinander verwendet werden.

ristika darin verankert sind (Dahl 1971: 3): Dazu gehören die Assoziationsfreiheit, die Rede- und Meinungsfreiheit, das aktive sowie passive Wahlrecht, der Wettbewerb um Wählerstimmen zwischen politischen Eliten, das Recht auf pluralistische Informationsquellen, die Durchführung freier und fairer Wahlen sowie abschließend das Vorhandensein von Institutionen, welche die Regierungspolitik von Wählerstimmen und anderweitig geäußerten politischen Präferenzen der Wähler abhängig macht.¹⁴ Der Dahl'sche Polyarchy-Begriff ist vor dem Hintergrund dieser institutionellen Eigenschaften insoweit auch minimalistisch angelegt, da etwa soziale und ökonomische Aspekte von Demokratie nicht als Bestandteil einer Polyarchy angesehen werden (vgl. Pickel/ Pickel 2006: 164) oder auch die Ausgestaltung des Rechtsstaates nur eine untergeordnete Rolle spielt.¹⁵

Nach der grundlegenden Erläuterung des Demokratiebegriffes müssen an dieser Stelle noch einige Abgrenzungen zu den weiteren transformationstheoretischen Begrifflichkeiten gemacht werden. Zumeist wird in der Transformationsforschung zwischen den drei Phasen Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung unterschieden. Diese modelltheoretische und akteurszentrierte Einteilung beruht auf der Analyse von O'Donnell und Schmitter (1991), wobei für die postkommunistische Systemtransformation solch klare Abgrenzungen empirisch nur schwer haltbar sind (vgl. Merkel 2010: 94). Innerhalb der Liberalisierungsphase – so das Modell der Autoren (vgl. O'Donnell/ Schmitter 1991: 7) – kommt es zu einer Erweiterung bürgerlicher Freiheiten durch die herrschenden Eliten, ohne dass dabei eine Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen vorgesehen ist. Verorten lässt sich der Übergang von der Liberalisierungs- zur Demokratisierungsphase an demjenigen Punkt, in welchem die „alten“ herrschenden Eliten zunehmend die politische Kontrolle verlieren. Darauf aufbauend findet in der Demokratisierungsphase ein Institutionalisierungsprozess der demokratischen Bestrebungen statt,¹⁶ der mit der erstmaligen Durchführung einer geheimen, freien und fairen Wahl als abgeschlossen gelten kann.

Weiterhin stellt sich darauf folgend die Frage nach dem Fortbestand bzw. der Vertiefung der demokratischen Institutionen. Für diese Phase hat sich der Begriff der Konsolidierung durchgesetzt, wobei mit diesem höchst unterschiedliche Bedeutungsinhalte verknüpft werden. In der Forschung findet zumeist eine Systematisierung der verschie-

¹⁴ Dahl reduzierte seinen Anforderungskatalog in späteren Publikationen auf sieben (Dahl 1989) bzw. sechs (Dahl 1998) Kriterien, ohne dass damit substanzielle inhaltliche Veränderungen verbunden sind.

¹⁵ Ansätze für diesen Aspekt finden sich etwa bei Merkel (2004) oder Diamond und Morlino (2004).

¹⁶ Dieser Übergang ist jedoch, O'Donnell und Schmitter (1991: 10) folgend, keineswegs als zwangsläufig anzusehen; auch ein Reautokratisierungsprozess ist dabei problemlos möglich.

denen Ansätze statt, so dass diese in minimalistische und maximalistische Konzeptionen eingeteilt werden.¹⁷ Die maximalistischen Ansätze verfolgen den Anspruch, die Konsolidierung einer Demokratie in all ihrer Breite zu erfassen. Die entsprechenden Autoren (anstatt vieler Linz/ Stepan 1996; Diamond 1999; Merkel 2010) berücksichtigen dabei sowohl strukturelle als auch akteurszentrierte Faktoren. Daneben wird zwischen einer Bürger-, Eliten- sowie teilweise Organisationsebene unterschieden sowie die Einstellungen und/ oder Verhaltensweisen der relevanten Akteure erfasst. Ein solch maximalistischer Begriff zeichnet zwar ein realistisches, aber auch (zu) komplexes Abbild der Konsolidierungsphase. Diese Vorgehensweise ist zwar prinzipiell zu befürworten; aus forschungspraktischer Sicht gestaltet sich jedoch die empirische Umsetzung aller Dimensionen in quantifizierbare Werte als außerordentlich schwierig (vgl. für Messansätze etwa Schedler 2000; Schneider/ Schmitter 2004).

Bereits in der Einleitung kurz angesprochen wurde der Begriff „demokratische Entwicklung“. Dieser ist eng verwandt mit der positiv-minimalistischen Blickrichtung von Konsolidierung,¹⁸ die sich auf die Entwicklung von einer elektoralen in eine liberale Demokratie bezieht (vgl. Schedler 1998: 98 ff.). Diese Arbeit erweitert diesen Begriff in so weit, dass innerhalb der „demokratischen Entwicklung“ nicht nur eine Ausweitung demokratischer Standards hin zu einer vollständig entwickelten liberalen Demokratie, sondern auch der umgekehrte Weg hin zu einer Aushöhlung des demokratischen Systems („De-Demokratieentwicklung“) möglich ist (ähnlich auch Tilly 2007: 14; Teorell 2010: 32). Durch diese Erweiterung können auch die Entwicklungen in denjenigen postkommunistischen Transformationsstaaten nachvollzogen werden, die sich nach der Einstufung als Wahldemokratie im Jahr 1996 eher zu einem autokratischen als zu einem liberaldemokratischen Pol hin entwickelt haben. Aus komparativer Sicht stellt dies einen wichtigen Vorteil dar, da dadurch nicht nur positiv gelagerte Entwicklungen, sondern tatsächlich *alle* möglichen Fälle für die Analyse herangezogen werden können.

¹⁷ Diese Einteilung bedeutet nicht, dass die verschiedenen Ansätze in den Gruppen deckungsgleich zueinander sind. Eine umfangreiche Diskussion der Konsolidierungskonzepte würde den Rahmen der Arbeit sprengen; daneben bezieht sich das Erkenntnisinteresse, wie in der Fragestellung beschrieben, nicht auf den Aspekt der Konsolidierung, sondern auf die *demokratische Entwicklung*.

¹⁸ Diese Begrifflichkeit ist dabei von der Bedeutung „positiver Konsolidierung“ bei Pridham (1995) und Merkel (2007, 2010) abzugrenzen. Diese Autoren verstehen darunter, dass sich die Konsolidierung in der einstellungs- und verhaltensbasierten Legitimität von Demokratie sowohl bei Eliten als auch Bürgern widerspiegeln muss.

2.2 Zusammenhang von endogener Modernisierung und Demokratie

In Anbetracht der Fragestellung muss die angestrebte empirische Untersuchung vor dem Hintergrund klar formulierter Hypothesen erfolgen. Dazu muss innerhalb dieses Kapitels eine Vorstellung über die kausale Verbindung zwischen endogener Modernisierung und der demokratischen Entwicklung entwickelt werden. In der Literatur finden sich dabei eine beträchtliche Anzahl von Strömungen, aus denen es den analytisch praktikabelsten für den postkommunistischen Kontext auszuwählen gilt; daneben stellt sich weiterhin auch noch die Frage, ob überhaupt von einem kausalen Zusammenhang auszugehen ist. Weiterhin muss dafür der angesprochene Begriff „endogene Modernisierung“ klar definiert werden, da nur so Theorie und Empirie miteinander verknüpft werden können.

Als einer der Gründungsväter des modernisierungstheoretischen Ansatzes – obgleich er diesen Begriff selbst nicht verwendet – gilt Seymour Lipset und sein 1959 veröffentlichter Artikel „*Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*“, der seit seinem Erscheinen für stetige, mitunter auch kontroverse Diskussionen in den verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften gesorgt hat. Ausgangspunkt seiner Analyse ist die eingangs bereits zitierte Hypothese, dass sich mit steigendem Wohlstand einer Nation („*more-well-do a nation*“) auch die Chance zur Etablierung bzw. Aufrechterhaltung („*sustain*“) einer Demokratie erhöht (Lipset 1959: 72). Lipset teilt für seine Analyse eine Vielzahl von Ländern dichotom in stabile Demokratien vs. instabile Demokratien/ Diktaturen (für die untersuchten europäischen und angelsächsischen Staaten) bzw. in Demokratien/ instabile Diktaturen vs. Diktaturen (für die Länder Lateinamerikas) ein. Anhand verschiedener Korrelationsanalysen kann er so den postulierten positiven Zusammenhang zwischen hohem Wohlstand und einem demokratischen Herrschaftsregime nachweisen.

An dieser Stelle ist es für den weiteren Verlauf der theoretischen Argumentation wichtig, den Begriff „endogene Modernisierung“ grundlegend zu definieren. In der Literatur findet eine solche Begriffsbestimmung in aller Regel nicht oder nur mittels Attributzuschreibungen statt. Dies erschwert den Zugriff stark und vermag nicht zuletzt die unterschiedlichen Forschungsergebnisse zu erklären (vgl. Muno 2001: 41). Einen Ansatzpunkt zu Gunsten einer adäquaten Begriffsbestimmung bietet der Bedeutungswandel des – in der angelsächsischen Literatur zumeist gebräuchlichen – Begriffes „economic

development“ (vgl. Stieglitz 1998: 6 ff.).¹⁹ Bis in die 1980er-Jahre wurden dem Terminus, zumeist vor dem Hintergrund neo-klassischer Denkmuster, primär rein ökonomische Charakteristika zugeschrieben. Durch die optimale Allokation von Ressourcen und steigendem Kapitalstock ergäben sich steigende Einkommen innerhalb einer Volkswirtschaft. In diesem Sinne würde Modernisierung lediglich durch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP pro Kopf) definiert werden.

Den zentralen Kritikpunkt an dieser Sichtweise bildet die Feststellung, dass auf der einen Seite das BIP pro Kopf nicht die Zusammensetzung und individuelle Verwendung des verfügbaren Einkommens aufgezeigt; auf der anderen Seite definieren Individuen ihren persönlichen Wohlstand zumeist nicht nur durch das monetäre Einkommen, sondern ziehen dafür auch weitere Faktoren heran (vgl. UNDP 1990: 9). Vor diesem Hintergrund hat die neo-klassische Sichtweise massiv an Bedeutung verloren und weitergehende Denkansätze hervorgebracht. Der so genannte „capability approach“ von Amartya Sen (u.a. 1979, 2000) subsumiert unter dem Begriff „development“ individuelle Freiheiten im weitesten Sinne: Das Modell enthält nicht nur (sozio-) ökonomische Faktoren, sondern auch politische Freiheiten und Transparenzregeln sowie soziale Chancen und Sicherheiten (vgl. Sen 2000: 52). Zwar stellt Sen's Konzeption wohl den anerkanntesten Definitionsversuch dar; für die vorliegende Arbeit kann dieser jedoch nicht verwendet werden, da eine sehr starke Überschneidung mit der in Kapitel 2.1 erläuterten Demokratiekonzeption besteht. Lipset selbst verzichtete bereits zeitlich früher auf eine präzise Definition des von ihm verwendeten Terminus „economic development“, sondern nähert sich diesem mittels einer attributiven Beschreibung: „[...] *it seems clear that the factors of industrialization, urbanisation, wealth, and education, are so closely interrelated as to form one common factor [...] subsumed under economic development*“ (Lipset 1959: 80).²⁰

Aus wissenschaftstheoretischer Sicht sind diese operationalen Definitionen – einen ähnlichen Ansatz findet sich etwa noch bei Stieglitz (1998) – jedoch nicht unproblematisch. Eine solche Vorgehensweise birgt immer die Gefahr, dass die Definition und die anknüpfende Operationalisierung miteinander vermischt werden. Somit würde die Mess-

¹⁹ Zur Vermeidung von Missverständnissen sei hier erwähnt, dass diese Arbeit den englischsprachigen Begriff „economic development“ nicht synonym mit der nahe liegenden deutschen Übersetzung „(sozio-) ökonomische Entwicklung“ verwendet. Wie innerhalb dieses Kapitel noch zu erläutern sein wird, ist der Terminus „(sozio-) ökonomische Entwicklung“ zu eng und würde eine wichtige Modernisierungskomponente vernachlässigen.

²⁰ Auch in späteren Arbeiten wird diese Beschreibung zwar verengt, aber nicht unbedingt weitergehend präzisiert. Der Begriff umfasst hier das Bruttonationaleinkommen, die Existenz von Bildungschancen sowie die Gesundheitsvorsorge (vgl. Lipset 1994: 16).

methode *per definitionem* für valide erklärt werden (vgl. Behnke/ Baur/ Behnke 2006: 124), was für ein theoriegeleitetes Forschungsdesign ungeeignet erscheint. Einen Ansatzpunkt zur Umgehung dieses Problems bildet das Konzept der *Triangulation*, bei dem letztlich durch umfangreiches Literaturstudium der zu definierende Begriff in seine Einzelkomponenten zerlegt wird und diese hinsichtlich ihrer Validität beurteilt werden (vgl. Behnke/ Baur/ Behnke 2006: 125).

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die modernisierungstheoretische Literatur, die Diskussion in angrenzenden Disziplinen und die oben erörterten Konzeptionen besteht wohl ein weitestgehender wissenschaftlicher Konsens darin, den Begriff „Modernisierung“ grundlegend wie folgt zu definieren:²¹

„[...] *development* [hier verstanden als Modernisierung, der Verfasser] *is a process of enlarging people's choices. The most critical ones are to lead a long and healthy life, to be educated and to enjoy a decent standard of living*“ (UNDP 1990: 10).

Entscheidend an dieser Definition sind die individuellen Wahlmöglichkeiten. Dabei geht es sowohl um die individuelle *Befähigung*, als auch um die *Fähigkeit* zum Einsatz der Wahlmöglichkeiten. Implizit wird hierdurch deutlich, dass Modernisierung nicht nur die sozioökonomische Entwicklung, sondern auch die innergesellschaftliche Verteilung dieser Entwicklung betrifft. In Gesellschaften mit starken Einkommensunterschieden können die Fähigkeiten auf Grund der geringeren Wahlmöglichkeiten (etwa bei der Berufswahl oder der Freizeitgestaltung) nur in schwächerem Maße eingesetzt werden. Um diese beiden Aspekte analytisch voneinander zu trennen, wird im Folgenden zwischen der „sozioökonomischen Entwicklung“ und den „Einkommensungleichheiten“ als Komponenten der endogenen Modernisierung unterschieden. Der Endogenitäts-Begriff bezieht sich in dieser Arbeit auf diejenigen Modernisierungsaspekte, die auf sozioökonomische *Binneneffekte* zurückgeführt werden können und grenzt diese zu den – in Kapitel 2.3 erläuterten – globalisierungsbedingten exogenen Effekten ab.

Nachdem somit nun die notwendigen definitorischen Grundlagen geschaffen wurden, wird im Folgenden der theoretische Bezugsrahmen entwickelt. Den Ausgangspunkt dazu bildet – wie in praktisch jeder anderen Untersuchung – die bereits in ihren Grundzügen erläuterte Arbeit von Lipset (1959). Dabei fällt jedoch auf, dass diese von den verschiedenen Wissenschaftlern zumeist nur zitiert anstatt tiefergehend reflektiert wird.

²¹ Trotz der Definition erübrigt sich natürlich keine kritische Diskussion der einzubeziehenden Variablen. Auch somit kann die Validität weitergehend nachgewiesen werden (vgl. Kapitel 3.2.1).

Anders lässt es sich kaum erklären, dass die Frage nach der theoretischen Verbindung zwischen endogener Modernisierung und Demokratie bestenfalls am Rande betrachtet wird.²² Dieser Einwand ist von großer Bedeutung für den weiteren Gang dieser Untersuchung, da ohne ein eingängiges theoretisches Erklärungsmodell die empirischen Ergebnisse nicht sinnvoll interpretiert werden können.

Für diesen Zweck bietet sich der Rückgriff auf eine – in der Literatur nicht immer beachtete – Konzeption von Lipset (1959: 105) an. Dieser unterscheidet zwischen verschiedenen Funktionsvoraussetzungen („*requisites*“/ „*conditions*“), welche die demokratische Entwicklung in Folge einer steigenden endogenen Modernisierung theoretisch erklären und selbst in einer multikausalen Verbindung zueinander stehen. Da Lipset innerhalb seiner Argumentation bei der Beschreibung einzelner Funktionsvoraussetzungen teilweise etwas vage bleibt, müssen diese Überlegungen zusätzlich um neuere Erkenntnisse aus der modernisierungstheoretischen Forschung ergänzt werden. Dazu werden hier besonders die theoretischen Überlegungen von Welzel und Inglehart (2005) und die Überblicksartikel von Diamond (1992) und Teorell (2010) herangezogen.

Den ersten Aspekt bildet das Argument, dass endogene Modernisierung für eine offenerere Klassengesellschaft sorgt. Dabei kommt besonders der größer werdenden Mittelklasse eine besondere Stellung zu: „*A large middle class plays a mitigating role in moderating conflicts since it is able to reward moderate and democratic parties and penalize extremist groups*“ (Lipset 1959: 83). Diesem Zitat folgend, schwächt eine steigende endogene Modernisierung Klassenkonflikte ab, was sich wiederum in einer geringer ausgeprägten Neigung zur Unterstützung nicht-demokratischer Gruppen durch die Bürger der Mittelklasse äußert. Obwohl von anderer Stelle (vgl. Rueschemeyer/ Stephens/ Stephens 1992: 271) eher die Arbeiterklasse als prominenteste Gruppe angeführt wird, kann vor dem Hintergrund dieses ersten Argumentes festgehalten werden, dass die demokratische Entwicklung entscheidend von der Erstarkung einer Mittelklasse abhängt, was sich weitergehend in einem Abbau sozioökonomischer Ungleichgewichte äußert. Dahl (1971: 103) stößt in eine vergleichbare Richtung wie Lipset; er stellt die Frage nach dem Einfluss von Ungleichheiten allerdings noch expliziter für die Stabilität von Demokratien. Dabei findet auch bei seinen Argumenten eine multikausale Verknüpfung mit den anderen noch vorzustellenden Funktionsvoraussetzungen statt: Eine stark ungleiche Verteilung von Einkommen – so Dahl – verursacht auf der einen Seite direkt

²² Prominente Ausnahmen jüngerer Datums bilden die Konzeptionen von Boix (2003), Inglehart und Welzel (2005) sowie Acemoglu und Robinson (2006), die im weiteren Verlauf des Kapitels noch näher gehend betrachtet werden.

eine Ungleichverteilung von demokratischen Werten und Einstellungen. Demzufolge wären die Möglichkeiten zur politischen Partizipation innerhalb der Bevölkerung nicht gleichmäßig verteilt, was eine stabile Demokratie nicht möglich macht. Gleichzeitig führt eine Ungleichverteilung auch zu Frustration und Ressentiments in der Bevölkerung, was wiederum den Gemeinschaftssinn und die Legitimität der Demokratie verringern würde. Somit könnte bei den unteren Einkommensschichten eine deutliche Radikalisierung festzustellen sein (vgl. Lipset 1959: 83; Kennedy 2004: 9). Dies würde im Umkehrschluss dazu führen, dass diese Bevölkerungsgruppen viel eher antidemokratische Einstellungen entwickeln und demnach auch die Stabilität der Demokratie bedrohen könnten.

Die zweite Funktionsvoraussetzung, welche endogene Modernisierung und demokratische Entwicklung miteinander verbindet, besteht in der Herausbildung prodemokratischer politischer Einstellungen und einer damit einhergehenden demokratieförderlichen politischen Kultur: *„The wealth level will [...] affect the extent to which given countries can develop ‚universalistic‘ norms among its civil servants and politicians“* (Lipset 1959: 84). Lipset präzisiert dabei den Ausdruck „universalistische Normen“ nur indirekt; es geht ihm dabei um die Steigerung der generellen Toleranz aller Bevölkerungsschichten gegenüber oppositionellen Ansichten (vgl. Teorell 2010: 65). Für diesen Sachverhalt haben in jüngerer Vergangenheit – in Anlehnung an die Gedankengänge von Almond und Verba (1963) – insbesondere Inglehart und Welzel (2005; Welzel/Inglehart 2008) eine theoretische Erweiterung geliefert: In Folge einer steigenden endogenen Modernisierung erhalten die Bürger einer Gesellschaft in steigendem Maße die materielle und kognitive Möglichkeit zur Selbstverwirklichung der eigenen Person (vgl. Welzel/ Inglehart 2008: 129). Unter dem Begriff „Selbstverwirklichung“ subsumieren die beiden Autoren Werte wie interpersonales Vertrauen und Toleranz, welche ihrerseits der Entwicklung von prodemokratischen Einstellungen und damit letztlich der demokratischen Entwicklung selbst förderlich gegenüber stehen. Schon Lipset (1959: 83) machte deutlich, dass sich diese prodemokratischen Einstellungen in allen Bevölkerungsteilen durchsetzen: Innerhalb der unteren Einkommensschichten wird der Klassenkonflikt zu Gunsten der Herausbildung einer gemeinsamen „nationalen Kultur“ überwunden; die oberen Einkommensschichten einer Gesellschaft tolerieren in Folge der Ausbreitung prodemokratischer Einstellungen die politischen Rechte unterer Einkommensschichten in stärkerem Maße.

Eng verwandt mit der zuletzt vorgestellten Funktionsvoraussetzung ist das Argument, dass sich durch die endogene Modernisierung die Alphabetisierungsrate bzw. – allgemeiner formuliert – das Bildungsniveau einer Gesellschaft erhöht. Lipset (1959: 79; ähnlich auch Teorell 2010: 65) schreibt der Bildung insbesondere deswegen eine exponierte Stellung zu, da die Herausbildung einer prodemokratischen politischen Kultur entscheidend von dieser Komponente abhängig ist. Wie bereits die klassische Studie von Almond und Verba (1963) aufzeigte, ist ein hoher Bildungsstand existenziell für das Verständnis demokratischer Normen und Werte. Aus diesen können sich prodemokratische Einstellungen und damit auch eine eben solche politische Kultur entwickeln. Daneben können die Bürger einer Gesellschaft durch ein hohes Bildungsniveau auch ein intensiveres Verständnis für politische Prozesse aufbauen und rationalere Wahlentscheidungen treffen (Lipset 1959: 79). Weiterhin führt Diamond (1992: 117) aus, dass ein hohes Bildungsniveau auch Mitvoraussetzung für die aktive Teilnahme in zivilgesellschaftlichen Organisationen sei, was unten noch näher ausgeführt wird. Auch in den neueren modernisierungstheoretischen Überlegungen von Acemoglu und Robinson (2006) nimmt die Bildungskomponente einen wichtigen Stand ein, da diese die Akkumulation von individuellem Humankapital befördert. Durch steigendes Humankapital erhöhe sich – so die These – die Bereitschaft zur politischen Partizipation und der aktiven Unterstützung der Demokratie.

Als letztes Verbindungsstück zwischen der endogenen Modernisierung und der demokratischen Entwicklung nennt Lipset eine möglichst hohe Partizipation in „Freiwilligenorganisationen“, wobei sich für diesen Begriff in der Zwischenzeit die Verwendung des Terminus „zivilgesellschaftliche Organisationen“ durchgesetzt hat: „[...] *the presence of intermediary organizations and institutions [...] can act as sources of countervailing power, and recruiters of participants in the political process*“ (Lipset 1959: 84). Lipset führt diesen Gedanken an gleicher Stelle noch weiter aus und macht deutlich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen etwa eine Machtverlagerung von dominanten Akteuren auf verschiedenste andere Gesellschaftsbereiche befördern und einen Ort für die Entwicklung neuer (auch oppositioneller) Ideen bilden. Weitergehend nehmen diese Organisationen eine Vermittlungsposition für die Kommunikation und Verbreitung neuer Ideen in größere gesellschaftliche Teilbereiche ein, leisten einen entscheidenden Beitrag zur politischen Bildung der Bevölkerung und fördern somit insgesamt das Interesse und die Partizipationsbereitschaft an politischen Prozessen. Diamond (1992: 125) macht allerdings auf Basis dieser Argumente deutlich, dass diesem Faktor mitunter kei-

ne überragende Rolle zugeschrieben werden sollte. Dies resultiere etwa daraus, dass einzelne zivilgesellschaftliche Organisationen auch nicht-demokratische Ideale bzw. Ziele verfolgen könnten, was dementsprechend keine förderliche Bedingung für die demokratische Entwicklung darstellen würde.

Somit sollte auf Basis dieser vier präsentierten Funktionsvoraussetzungen klar geworden sein, *auf welche Art und Weise* die endogene Modernisierung die demokratische Entwicklung im hier verstandenen Sinne beeinflusst. Dabei stellt sich aber auch noch die Frage nach der kausalen Abhängigkeit zwischen den beiden Komponenten, also in wie weit ein endogener Modernisierungsprozess die demokratische Entwicklung oder aber *vice versa* die demokratische Entwicklung die endogene Modernisierung beeinflusst. Dies ist in der Forschung keineswegs unumstritten: Bereits Lipset (1959: 105) war sich durchaus dem Einwand bewusst, dass seine beobachteten Korrelationen noch keinerlei Aussagen über einen kausalen Zusammenhang zulassen. Er weist dementsprechend folgerichtig darauf hin, dass die einzelnen Faktoren zugleich Voraussetzung als auch Auswirkung eines demokratischen Systems sein können. Mit dem Aufkommen verbesserter ökonometrischer Methoden hat eine Reihe von Autoren (vgl. Burkhart/ Lewis-Beck 1994; Helliwell 1994; ambivalente Resultate zeigen Heo/ Tan 2001) diese Frage auch empirisch aufgegriffen. Obwohl der letzte Beweis noch aussteht, lässt sich auf Basis der Resultate zusammenfassen, dass *„the causal arrow most probably run from economic development to democracy, rather than vice versa“* (Burkhart/ Lewis-Beck 1994: 907). Auf ähnliche Weise zeigen auch Inglehart und Welzel (2005: 183), dass eine Granger-kausale Beziehung zwischen endogener Modernisierung und Demokratie vorliegt.²³

Neben den beschriebenen Funktionsvoraussetzungen ist die Lipset'sche Perspektive in jüngsten Theorieansätzen insbesondere durch die Modellierung von Kosten-Nutzen-Kalkülen durch die herrschenden Eliten eines Landes ergänzt worden.²⁴ Dabei argumentieren prominente Vertreter dieser Strömung wie Boix (2003) sowie Acemoglu und Robinson (2006), dass sich eine Demokratie dann einstellt, wenn die elitären Kreise einer

²³ Die „Granger-Kausalität“ (vgl. Granger 1969) baut auf der Grundidee auf, dass die Ursache der Wirkung zeitlich immer vorausgehen muss. Im Falle einer abhängigen Variablen *y* müsste diese dann besser prognostiziert werden, wenn bei der Prognose die ursächliche Variable *x* anstatt eines Vergangenheitswertes von *y* in das Modell einbezogen wird. Die vorliegende Arbeit verfolgt nicht den Anspruch mittels ökonometrischer Methoden einen empirischen Kausalitätsnachweis zu erbringen; durch die noch zu erläuternden gezielten Modellspezifikationen sollte die Möglichkeit von *reverse causality* jedoch weitestgehend ausgeschlossen werden (vgl. dazu Kapitel 4.1).

²⁴ Der in diesen Zusammenhängen verwendete Begriff der Eliten bezieht sich auf die „reichen“ Bürger einer Gesellschaft (vgl. Acemoglu/ Robinson 2006: 15), wobei unklar bleibt, ab welchem Punkt von „Reichtum“ gesprochen werden kann. Daneben ist Reichtum zwar sicherlich ein Charakteristikum des Elitenstatus, eine solch starke Verengung hierauf ist jedoch deutlich zu kurz gegriffen.

Gesellschaft davon ausgehen, dass die ökonomischen Kosten einer Demokratie geringer ausfallen als die Repressionskosten im Falle der Beibehaltung eines autokratischen Regimes.

Insbesondere Acemoglu und Robinson (2006) und später auch Houle (2009) präzisieren diesen Zugang für den Zusammenhang von Einkommensungleichheiten auf die Stabilität einer Demokratie, jeweils verstanden im Sinne der Vermeidung eines Rückfalls in ein autokratisches System. Dabei wird argumentiert, dass eine ungleiche gesellschaftliche Einkommensverteilung die Umverteilungskosten für die Eliten ansteigen lassen würde (vgl. Acemoglu/ Robinson 2006: 36 f.). Dies resultiert aus dem erhöhten, zur Umverteilung benötigten Steueraufkommen, welche das Kosten-Nutzen-Kalkül der Eliten verschlechtert. Dementsprechend wäre eine Rückkehr zu einem autoritären System für die Eliten nützlicher, da dort geringere Umverteilungskosten anfallen. Die Autoren nehmen zusätzlich auch Bezug auf die von Lipset hervorgehobene Stellung der Mittelklasse (vgl. Acemoglu/ Robinson 2006: 246 f.). Dabei zeigen sie, dass eine breite und wohlhabende Mittelschicht keine Umverteilung von Einkommen zu ihrem Nutzen benötigt und daraus folgend das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Eliten nicht belastet wird, ja sich sogar – im Falle steigender Einkommen der Mittelklasse – verbessert. Daraus resultiert, dass sich die Umverteilungskosten für die Eliten verringern und weitergehend die Stabilität der Demokratie befördert würde.

Trotz der auf den ersten Blick eingängig anmutenden Argumentation muss die von den Autoren vertretene Sichtweise einige deutliche Einschränkungen erfahren. Zu Recht kritisiert Schmidt (2010: 442), dass eine zu starke Vereinfachung der transformations-theoretischen Sachverhalte vorliegt. Bei Acemoglu und Robinson (2006: vi) werden etwa – im Sinn des *homo oeconomicus* – stabile Präferenzen und strategisch orientiertes, spieltheoretisch modellierbares Verhalten der einzelnen Akteure unterstellt; daneben existieren in der Forschung eine Vielzahl an Beispielen für unterschiedlichste Transformationsformen, die durch die elitären Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht erklärt werden können. Im Vergleich zu der Lipset'schen Konzeption sind die Überlegungen von diesen elitenzentrierten Forschungsrichtungen zwar ein wenig stringenter und in sich geschlossener, sie vermögen aber nicht die Komplexität und damit auch nicht die Realität der Verhältnisse in den postkommunistischen Transformationsstaaten darzustellen. Folglich wird auf Grund dieser Einwände fortan in erster Linie auf das klassische Lipset'sche Konzept zurückgegriffen.

2.3 Zusammenhang von exogener Modernisierung und Demokratie

Nachdem im vorhergehenden Kapitel das theoretische Modell zum Zusammenhang endogener Modernisierung und Demokratie vorgestellt wurde, muss nun gleiches auch für die exogene Dimension von Modernisierung erfolgen. Zu diesem Zweck muss zu Beginn des Kapitels noch der Begriff der Globalisierung – als Synonym zu exogener Modernisierung – definiert werden. Darauf folgt ein systematischer Überblick über die in der Literatur erfolgende theoretische Diskussion zum Kausalzusammenhang von Globalisierung und Demokratie. Hier wird eine Zweiteilung der Argumentationslinie erfolgen, da – wie die Definition aufzeigen wird – zwischen einer ökonomischen und einer sozialen Komponente von Globalisierung zu unterscheiden ist.

Der Begriff der Globalisierung ist trotz der nunmehr zwanzigjährigen Forschung weiterhin umstritten. Ähnlich wie bei der endogenen Modernisierung vernachlässigen die meisten Studien, welche den Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie adressieren, die Notwendigkeit einer deutlichen Begriffsbestimmung. Zumeist überwiegen hier wiederum operationale Definitionen, die in aller Regel ökonomische Facetten von Globalisierung in den Vordergrund stellen (so etwa Li/ Reuveny 2003; Rudra 2005). Wie bereits innerhalb des vorangegangenen Kapitels dargelegt, greift eine solche Vorgehensweise für den Untersuchungsrahmen dieser Arbeit zu kurz.

Im Rahmen dieser Analyse kann keine umfassende bedeutungsgeschichtliche Herleitung des Begriffes Globalisierung erfolgen; dazu existiert in der Literatur eine zu große Anzahl an Definitionsbemühungen, deren Auflistung und analytische Aufgliederung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Vielmehr bietet sich für die Begriffsbestimmung ein Rückgriff auf die jüngst erfolgte Zusammenfassung von Kessler (2007: 4 ff.) an, der – unter Beachtung verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen – einen gemeinsamen Kern der gängigsten Bedeutungszuschreibungen zu dem Begriff Globalisierung herauszuarbeiten versucht.²⁵ Er baut dabei in erster Linie auf den gängigen Definitionen von Giddens (1990: 64) sowie Held und Kollegen (1999: 16) auf und kommt abschließend zu dem Schluss, dass Globalisierung als Prozess verstanden werden kann, in dessen Zuge eine Zunahme und grenzüberschreitende Ausdehnung sozialer Interaktion stattfindet (vgl. Kessler 2007: 8). Diese Definition bedarf für die Zwecke

²⁵ In Einzelfällen wird in der Literatur auch zwischen den beiden Ausdrücken Globalität und Globalisierung unterschieden (vgl. Keohane/ Nye 2000). Der erst genannte Ausdruck bezieht sich in stärkerem Maße auf eine Zustandsbeschreibung zu einem bestimmten Zeitpunkt. Da sich die Analyse allerdings auf eine Zeitraumbetrachtung bezieht, ist der Begriff Globalisierung durch seinen prozessualen Charakter besser geeignet.

dieser Arbeit noch zweier Modifikationen: Auf der einen Seite wird Globalisierung hier nicht nur vor dem Hintergrund einer rein positiven Zunahme oder Ausdehnung verstanden. Dies würde einen zeitlichen bzw. räumlichen Vergleich von Ländern ausschließen, sobald eine der Untersuchungseinheiten im Jahresvergleich *abnehmende* grenzüberschreitende soziale Interaktionen aufweisen würde. In letzter Konsequenz führt dieser Sachverhalt dazu, dass eine Abnahme nicht als Globalisierung, sondern mit einem andersartigen Begriff (etwa „De-Globalisierung“) titulierte werden müsste, obwohl trotz abnehmender Intensität weiterhin ein Globalisierungsprozess stattfindet. Auf der anderen Seite fungiert der Begriff „soziale Interaktion“ zu stark als ein *catch-all-term*, da so prinzipiell *jede* grenzüberschreitende Interaktion in die Analyse einfließen müsste. Im Sinne der Modernisierungstheorie erfolgt für den weiteren Fortgang der Arbeit eine Verengung auf soziale Interaktionen der sozioökonomischen Ebene. Dadurch werden kulturelle, politische oder auch institutionelle Aspekte von Globalisierung nachfolgend aus der Analyse ausgeschlossen. In diesem Sinn werden auch bei der exogenen Modernisierung ausschließlich die strukturell-sozioökonomischen Bedingungen demokratischer Entwicklung betrachtet, was die theoretische Verknüpfung der beiden Modernisierungskomponenten stark erleichtern sollte. Globalisierung kann auf dieser Basis wie folgt definiert werden:

„Globalisierung beschreibt einen Prozess der Zu- oder Abnahme grenzüberschreitender sozialer Interaktionen in Bezug auf sozioökonomische Sachverhalte.“

Nach dieser Begriffsbestimmung soll – auf theoretischer Ebene – im Folgenden ein systematischer Überblick des Forschungsstands zum Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie erfolgen. Li und Reuveny (2003: 32 ff.) haben vor einiger Zeit einen der wenigen systematischen Überblicke über die unterschiedlichen theoretischen Erklärungsansätze vorgelegt, in welcher Art und Weise unterschiedliche Autoren der Globalisierung einen positiven Einfluss auf die Demokratie zuschreiben. Die beiden Autoren arbeiten dabei allerdings mit einem sehr breiten Globalisierungsverständnis, welches nur in Teilaspekten mit der hier verwendeten Definition übereinstimmt. Demzufolge kann diese Zusammenstellung nur als Annäherung dienen. Stattdessen findet eine Verengung auf diejenigen Forschungszweige statt, die explizit vor einem ökonomischen

oder sozialen Hintergrund argumentieren.²⁶ Eine klare Abgrenzung zwischen ökonomischen und sozialen Aspekten ist dabei angebracht, da die wissenschaftliche Diskussion zu den beiden Komponenten zumeist getrennt voneinander verläuft, nur selten eine Verknüpfung erfolgt und demnach auch keine Aufnahme beider Dimensionen in empirische Konzeptionen stattfindet.

Betrachtet man zuerst die ökonomische Globalisierung, geht die Forschung in aller Regel von einem indirekten Effekt dieser Komponente auf die Demokratie eines Landes aus. Ausgangspunkt für diesen Standpunkt bildet die Feststellung, dass sich durch eine stärkere Einbettung in internationale Handels- und Kapitalströme positive Effekte auf die ökonomische Entwicklung eines Landes ergeben (vgl. etwa Frankel/ Romer 1999: 394; Crafts 2004: 54 f.). Dies wiederum kann etwa auf Produktivitätssteigerungen (vgl. Alcalá/ Ciccone 2004: 638) oder auch auf Aufholungseffekte wenig entwickelter Staaten zurückgeführt werden (vgl. Dollar/ Kraay 2001: 27) und findet einen zentralen politischen Ankerpunkt in dem so genannten *Washington Consensus*, mit dem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank ab Anfang der 1990er-Jahre ein Quasi-Standardmodell für die weitere ökonomische Entfaltung von Entwicklungs- und Schwellenländern propagierten. Dabei handelt es sich in der Regel um die Anleitung für Strukturanpassungen in Form von Liberalisierung, Privatisierung und makroökonomischer Stabilisierung (vgl. Williamson 1990; 2000).²⁷

Theoretisch gehen diese Argumente auf die *Theorie der komparativen Vorteile* (Ricardo 1969 [1818]) zurück, welche auch heute noch zu einem der wichtigsten Beiträge der makroökonomischen Theorie gezählt werden kann und nachfolgend in ihren Grundzügen erläutert werden soll (vgl. für eine umfassendere Darstellung etwa Krugman/ Obstfeld 2009: 10 ff.): Ausgangspunkt des Ricardo-Modells bildet die Beobachtung, dass die Produktion eines Gutes in einem Land A durch andere Arbeitsproduktivitätsparameter gekennzeichnet ist als die Produktion desselben Gutes in einem Land B.²⁸ Die Arbeitsproduktivität wiederum ruft unterschiedliche Opportunitätskosten in der Güterproduktion hervor. In Folge dieser Kosten gestaltet sich die Produktion eines Gutes für das Land A trotz absoluter Kostennachteile gegenüber Land B dann als sinnvoll, wenn es

²⁶ Die Darstellung von Li und Reuveny (2003: 33) umfasst weiterhin die Argumente, dass Globalisierung a) mögliche Anreize für autoritäre Eliten an einer Machtumklammerung verringert, b) eine Dezentralisierung von Macht verursacht oder c) den Aufbau binnenstaatliche Institutionen zur Demokratieförderung erlaubt.

²⁷ Eine Diskussion des Washington Consensus hinsichtlich seiner Praktikabilität würde den Rahmen hier sprengen. Für die postkommunistischen Transformationsstaaten wird der Erfolg des ursprünglich erdachten Programms zumindest stark angezweifelt (vgl. Kolodko/ Nuti 1997; Kolodko 1999).

²⁸ Ein gängiger Parameter für die Messung von Arbeitskraftproduktivität bildet etwa das Verhältnis von Produktionsoutput und der dafür eingesetzten Arbeitszeit.

im Vergleich zu einem anderen Produkt dieses im Inland kostengünstiger produziert und für den Handel ein paritätisches Tauschverhältnis mit Land B ausgehandelt werden kann.

Trotz oder gerade wegen der Einprägsamkeit des klassischen Modells von Ricardo wurde dieses später vielfach erweitert und revidiert, indem man etwa so genannte Faktorpreisrelationen in das Modell einführt (vgl. erstmals Ohlin 1952 [1933]). Darunter versteht man das Verhältnis der Inlandspreise der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden zueinander, wobei die Preisrelationen zusätzlich zwischen den verschiedenen, in den internationalen Handel involvierten Ländern variieren. Resultat der unterschiedlichen Proportionen, so die von Ohlin begründete *Faktorproportionentheorie*, ist eine Spezialisierung, wobei Staaten, deren Faktor Arbeit im Vergleich zu den anderen Faktoren stärker entwickelt ist, sich dementsprechend auf die Produktion von arbeitsintensiven Gütern konzentrieren sollten. Gleiches gilt für Faktorrelationen, die durch ein Übermaß von Kapital bzw. Boden zustande kommen. Beiden theoretischen Konzeptionen gemeinsam bleibt die Überzeugung, dass durch die Spezialisierung auf die Produktion eines Gutes beziehungsweise mehrerer Güter positive Wohlstandsgewinne für alle am Handel beteiligten Länder generiert werden können.

In Anlehnung an die im vorherigen Kapitel vorgestellten elitenzentrierten Zugänge – etwa von Acemoglu und Robinson (2006) – hat jüngst Rudra (2005: 705 f.) einen weiteren Vorschlag geliefert, der den Einfluss ökonomischer Globalisierung auf die Demokratie mit einem stärker politikwissenschaftlichen Zugang zu erklären versucht. Sie geht davon aus, dass Globalisierung dann einen positiven Effekt auf demokratische Bestrebungen verursacht, wenn die aus internationalem Handel und Kapital resultierenden Gewinne von den herrschenden Eliten zu einem gewissen Teil zu Gunsten der Bürger umverteilt werden. Bei Gewährleistung der materiellen Absicherung der Eliten erzeuge diese Umverteilung größere soziale Stabilität im Einklang mit einer Ausweitung von Freiheitsrechten für die Bürger. Wie in Kapitel 2.2 aufgezeigt, haben sich diese akteurs-theoretischen Zugänge für die postkommunistischen Transformationsstaaten als nur bedingt praktikabel erwiesen. Im Sinne dieses Einwands ist der kausale Erklärungsmechanismus des Einflusses von ökonomischer Globalisierung auf die demokratische Entwicklung indirekter Natur und damit zweigeteilt: Die Basis bildet die These, dass eine starke Einbindung in internationalen Handel und Kapitaltransfer das sozioökonomische Wohlstandsniveau eines Landes positiv beeinflusst; dieses nimmt darauf fol-

gend unter Rückgriff auf die oben beschriebenen Lipset'schen Überlegungen einen positiven Einfluss auf die demokratische Entwicklung.

Wie bereits oben angekündigt, bedarf diese vorgestellte strikt ökonomische Sichtweise einer Erweiterung um eine soziale Komponente, da nur so auch der Einfluss beider besagter Globalisierungsbestandteile auf die demokratische Entwicklung erläutert und gemessen werden können. Zwar finden sich bei einzelnen Autoren durchaus Theoriebestandteile, die Ausführungen lassen jedoch – wie bei Li und Reuveny (2003: 33) – die nötige Präzision und auch eine klare Formulierung von Wirkungsweisen vermissen. Aus diesem Grund muss im Folgenden ein eigener theoretischer Rahmen entwickelt werden, welcher den Zusammenhang von sozialer Globalisierung und demokratischer Entwicklung zu erklären vermag. Dazu werden hier die Einstellungen der Bürger zur Demokratie in den Vordergrund gestellt, da so ein mit der Lipset'schen Konzeption vereinbarter Rahmen geschaffen werden kann. Auf diese Weise kann eine große inhaltlich-theoretische Nähe zwischen den theoretischen Blöcken gewährleistet werden, was die Ergebnisinterpretation erheblich vereinfachen sollte.

Einen geeigneten Ansatzpunkt für diesen Zweck bildet die Idee von einer grenzüberschreitenden Diffusion der Demokratie. Dieser Gedanke hat in der vergleichenden Politikwissenschaft durchaus für Furore gesorgt und gilt in der Zwischenzeit als empirisch abgesichert (vgl. u.a. Starr 1991; Starr/ Lindborg 2003; Brinks/ Coppedge 2006). Für den weiteren Argumentationsgang ist wichtig zu konstatieren, dass Diffusion hier *nicht* in dem Sinne verstanden wird, dass die Wahrscheinlichkeit eines Systemwechsels eines autokratischen Systems mit der Anzahl der um den entsprechenden Staat geographisch gebündelten Demokratien steigt.²⁹ Vielmehr geht es um einen „*process by which* [demokratische, der Verfasser] *institutions, practices, behaviours, or norms are transmitted between individuals and/ or social systems*“ (Welsh 1984: 3; ähnlich auch Starr 1991: 359). Für die Herleitung eines theoretischen Erklärungsrahmens muss diese Definition insoweit noch eine leichte Modifizierung erfahren, dass natürlich nur solche Diffusionsaspekte betrachtet werden, die im Sinne des Globalisierungsbegriffs grenzüberschreitend und durch soziale Interaktion stattfinden.

Löst man diesen modifizierten Diffusionsbegriff nun aus seinem ursprünglichen Kontext heraus und verwendet die Argumentationszüge – wie von Schwartzman (1998: 165 ff.), Whitehead (2001: 6 ff.), Li/ Reuveny (2003: 34 f.) oder Weiffen (2009: 103 f.) ex-

²⁹ Bei der Operationalisierung der Kontrollvariablen wird diese Art Diffusion noch einmal explizit aufgegriffen, da sich die geographische Nähe einzelner Untersuchungsstaaten zur Europäischen Union als vorteilhaft für die demokratische Entwicklung erwiesen hat (vgl. Kapitel 3.3.2).

plizit angeregt – für den Sachverhalt der sozialen Globalisierung ergibt sich ein fruchtbarer theoretischer Ansatzpunkt. Kopstein und Reilly (2000: 13 f.) haben dabei ausdrücklich für den postkommunistischen Kontext eine theoretische Konzeption vorgeschlagen, die es für die Erklärung des Zusammenhangs von sozialer Globalisierung und Demokratieentwicklung zu nutzen gilt. Demnach verändern die Bürger eines Staates ihre Einstellungen und Verhaltensweisen durch neutrale – das heißt nicht direkt aktEURSGESTEUERTE – internationale Informationsflüsse und Kommunikationsnetzwerke.³⁰ Folgt man Kopstein und Reilly (2000: 13) in ihrer Argumentation weiter, muss bei den internationalen sozialen Interaktionen zwischen so genannten „stocks“ und „flows“ unterschieden werden. Dabei steht der Begriff „stocks“ synonym zu der geographischen Lage eines Staates. Dieser Aspekt wurde oben für die hier eingenommene Perspektive definitorisch bereits verworfen und findet dementsprechend keine weitere Berücksichtigung. Entscheidend für den theoretischen Rahmen des Zusammenhangs von sozialer Globalisierung und Demokratieentwicklung sind die „flows“, welche durch Kopstein und Reilly (2000: 13) als *„movement of information and resources between countries“* definiert werden. Diese Begriffsbestimmung kann so gedeutet werden, dass diese die oben vorgestellte soziale Teildimension der Globalisierungsdefinition um die *Art und Weise der Übertragung* grenzüberschreitender sozialer Interaktionen ergänzt. Die „flows“ ihrerseits repräsentieren – nach Meinung der Autoren – die Möglichkeiten von Akteuren (im vorliegenden Fall der Bürger) zur Interaktion mit der internationalen Umwelt.

Unter Rückgriff auf diese Überlegungen kann festgehalten werden, dass grenzüberschreitende soziale Interaktionen dann einen positiven Einfluss auf die Demokratieentwicklung nehmen, wenn die Bürger neutrale Informationen über andere demokratisch verfasste Länder aufnehmen und deren ökonomische wie politische Performanz mit ihrem eigenen System vergleichen (vgl. Elkins 2011: 1656). Sollte die wahrgenommene Performanz der anderen demokratisch verfassten Länder die Leistungsfähigkeit des eigenen Systems übersteigen, verändern die Bürger ihre individuellen Einstellungen hin zu einem demokratischen Pol. Unter Rückgriff auf die Lipset'sche Argumentation kann daraus gefolgert werden, dass solche Einstellungsänderungen der Bürger die Herausbildung einer prodemokratischen politischen Kultur fördert, welche wiederum die demokratische Entwicklung eines Landes vorantreibt.

³⁰ Whitehead (2001: 6 f.) weist ausdrücklich daraufhin, dass sich die *Annahme* einer neutralen Informationsübermittlung insbesondere für den postkommunistischen Raum als hochgradig plausibel erwiesen hat und unterstützt seine These durch einige Fallbeispiele.

Vor dem Hintergrund dieser Argumentation muss prinzipiell allerdings auch in Betracht gezogen werden, dass ein negativer Einfluss von sozialer Globalisierung auf die demokratische Entwicklung ausgehen könnte. Wie in Kapitel 2.1 ausgeführt, wird der Demokratiebegriff hier auch auf Staaten angewandt, die nach der Einstufung als Wahldemokratie im Zeitablauf eine „De-Demokratieentwicklung“ erfahren haben. Dadurch liegt in Bezug auf die soziale Globalisierung die Vermutung nahe, dass in einer solchen Situation die internationalen Informationsflüsse durch einzelne nicht-demokratische Akteure (etwa Regierungsstellen, Elitenorganisationen oder auch andere Staaten) gestört bzw. sogar manipuliert sein könnten (vgl. Li/ Reuveny 2003: 37; Whitehead 2001: 8). Dementsprechend würden die Bürger auf diese Weise lediglich verzerrte Informationen erhalten, die verstärkt autokratische Positionen darstellen könnten. Somit wäre eine Einstellungsänderung in Richtung eines demokratischen Pols erschwert, was *ceteris paribus* die demokratische Entwicklung abschwächen würde. Ob die soziale Globalisierung nun vor dem Hintergrund dieser sich widersprechenden theoretischen Argumente einen positiven oder negativen Einfluss auf die Demokratieentwicklung ausübt, ist letztlich eine empirische Frage, die es innerhalb der Messung zu beantworten gilt.

Weiterhin stellt Elkins (2011: 1660) zu Recht fest, dass Informationsflüsse in Bezug auf die Demokratie in erster Linie im unmittelbaren persönlichen Umfeld und dementsprechend binnenstaatlich stattfinden. In eine ähnliche Richtung stößt auch Linos (2011: 679): Sie argumentiert, dass die Informationsaufnahme und -verarbeitung zumeist nur über passive Kanäle – etwa über den Konsum verschiedener Medieninhalte – verläuft. Auf diese Art und Weise könnte eine Informationsverzerrung entstehen, da sich die mediale Berichterstattung häufig auf kulturell ähnliche oder ökonomisch bedeutungsvolle Staaten bezieht. Diese beiden Einwände greifen dabei für beide möglichen Wirkungsrichtungen von sozialer Globalisierung und gilt es im Laufe der Operationalisierung der Variablen entsprechend zu minimieren.

Somit sollte nun klar geworden sein, dass grenzüberschreitende soziale Interaktionen nicht nur über den Umweg einer weiteren Vergrößerung des sozioökonomischen Wohlstands durch ökonomische Globalisierungsaspekte einen Einfluss auf die demokratische Entwicklung nehmen; weitergehend müssen auch die beschriebenen weiteren Formen internationaler sozialer Interaktionen erfasst werden, um sowohl die ökonomische als auch die soziale Dimension von Globalisierung abzudecken.

2.4 Hypothesenbildung

Nachdem nun der theoretische Rahmen für die Erklärung von endogener sowie exogener Modernisierung und demokratischer Entwicklung festgesteckt ist, widmet sich dieses Unterkapitel der Aufstellung konkreter Hypothesen, die es innerhalb des empirischen Teils dieser Arbeit zu prüfen gilt. Diese notwendige Hypothesenformulierung erfolgt dabei unter Einbezug einer detaillierten Darstellung bisheriger empirischer Forschungsergebnisse, wobei dabei besonders deren methodischen Schwächen aufgezeigt werden sollen.

2.4.1 Hypothesen zum Einfluss der endogenen Modernisierung

Für den Forschungsbereich der endogenen Modernisierung wurde eine unüberschaubare Anzahl empirisch-quantitativer Studien vorgelegt. Eine Erfassung *aller* Untersuchungen kann hier nicht geleistet werden; vielmehr müssen aus theoretischen wie methodischen Gründen folgende Einschränkungen getroffen werden:

- a. Sowohl Fragestellung als auch das Demokratieverständnis beziehen sich auf diejenige Phase, in der ein demokratisches System bereits installiert ist und nun die Frage nach dessen Fortbestand gestellt wird. Daraus resultiert der Ausschluss von Studien, die einzig den Übergang von einem autokratischen in ein demokratisches System in Folge endogener Modernisierung zu erklären versuchen.
- b. Die Definition von endogener Modernisierung unterscheidet zwischen der sozioökonomischen Entwicklung und den Einkommensungleichheiten. Die Darstellung des aktuellen Forschungsstands muss dementsprechend diese analytische Trennung auch widerspiegeln.
- c. Der Untersuchungsaufbau dieser Arbeit folgt der Logik der quantitativ-empirischen Sozialforschung. Demzufolge erfolgt nur eine Erfassung von Studien mit einem eben solchen methodischen Design.

Die folgende Tabelle zeigt – getrennt nach den beiden Dimensionen endogener Modernisierung – diejenigen Arbeiten, welche explizit die drei aufgeführten Einschränkungen erfüllen. Dabei wird tabellarisch auch bereits die empirisch festgestellte Wirkung der jeweiligen Komponente dargestellt:

Tabelle 1: Empirische Studien zum Zusammenhang von endogener Modernisierung und Demokratie

<i>Dimension endogener Modernisierung</i>	<i>Wirkungsrichtung</i>	<i>Quelle</i>
Sozioökonomische Entwicklung	Positiver Zusammenhang	Przeworski/ Limongi 1997; Przeworski et al. 2000; Bernhard/ Nordstrom/ Reenock 2001; Boix/ Stokes 2003; Epstein et al. 2006; Persson/ Tabellini 2006; Teorell 2010
	Kein Zusammenhang	Acemoglu et al. 2009; Lupu/ Murali 2009
Einkommensungleichheiten	Negativer Zusammenhang	Boix 2003; Boix/ Stokes 2003; Acemoglu/ Robinson 2006; Houle 2009
	Kein Zusammenhang	Papaioannou/ Siourounis 2005; Ansell/ Samuels 2010; Freeman/ Quinn 2010; Teorell 2010

Quelle: Eigene Darstellung.

Aufbauend auf der vorab publizierte Teilstudie von Przeworski und Limongi (1997), haben Przeworski und Kollegen (2000) eine der bislang umfassendsten Analysen zum modernisierungstheoretischen Zusammenhang vorgelegt. Die Autoren untersuchen insgesamt mehr als 140 Staaten über einen Zeitraum von 40 Jahren und konstatieren abschließend, dass sich die sozioökonomische Entwicklung positiv auf die *Überlebenswahrscheinlichkeit* etablierter Demokratien auswirkt. Die abhängige Variable unterscheidet dabei allerdings nur dichotom zwischen dem Vorliegen einer Autokratie oder Demokratie. Dies muss als ein Hauptkritikpunkt gewertet werden, da sich hierdurch Informationsverluste in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung demokratischer Institutionen ergeben (vgl. Hadenius/ Teorell 2005: 91) und eine kontinuierliche Messweise von Demokratie auch generell von höherer Reliabilität zeugt (vgl. Bollen 1990: 13).³¹ Der gleiche Kritikpunkt greift auch für die Studie von Persson und Tabellini (2006). Die Ergebnisse dieser beiden Autoren zeigen ebenfalls einen positiven Einfluss der sozioökonomischen Entwicklung, wobei hier notwendige Kontrollvariablen nur spärlich zum Einsatz kommen und mit dem BIP pro Kopf auch nur eine mögliche Variable zur Beschreibung von sozioökonomischer Entwicklung betrachtet wird. Diese Maßzahl steht auch im Fokus von Boix und Stokes (2003), die einen deutlichen Effekt dieser auf den Fortbestand von Demokratien – wiederum allerdings nur dichotom erfasst – nachweisen können. Die Robustheit der Resultate wird dabei auch bei der Verwendung verschiedener Kontrollvariablen bestätigt. Epstein und Kollegen (2006) bauen auf der von Przeworski und Kollegen (2000) auf und untersuchen den Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Demokratie für die Jahre 1975 bis 2000. Sie finden ebenfalls einen positiven Einfluss der sozioökonomischen Entwicklung auf die Demokratie, wobei sie eine Reihe von Kontrollvariablen verwenden, um die Robustheit der Resultate zu überprüfen. Auch sie finden, dass die sozioökonomische Entwicklung einen positiven Einfluss auf die Demokratie hat, wobei sie ebenfalls nur dichotom zwischen Demokratie und Autokratie unterscheiden.

³¹ Natürlich können dichotome Demokratiemaße prinzipiell nicht als ungerechtfertigt abgestempelt werden. Durch die Verwendung einer kontinuierlichen Messweise ist jedoch gewährleistet, dass eine breitere Informationsbasis für die Analyse herangezogen werden kann. Dies ist insoweit für den postkommunistischen Kontext wichtig, da bei der Verwendung einer dichotomen Messweise praktisch nur eine Handvoll an Untersuchungsobjekten übrig bleiben würde. Auf für die Zwecke dieser Arbeit besser geeigneten Demokratiemaße (etwa Freedom House, PolityIV) wird in der Operationalisierung noch umfassend eingegangen (vgl. Kapitel 3.1).

worski und seiner Koautoren angeregten Messweise von Demokratie auf und entwickeln ein „trichotomes“ Demokratiemaß. Der positive Zusammenhang von sozioökonomischer und demokratischer Entwicklung bleibt dabei statistisch weiterhin bestehen. Allerdings vermag auch diese „trichotome“ Messweise keineswegs die Dahl'sche Demokratiekonzeption umfassend abzubilden.

Die Analyse von Bernhard, Nordstrom und Reenock (2001) kann ebenfalls einen positiven Effekt des BIP pro Kopf nachweisen, welcher auch dann bestehen bleibt, wenn zusätzlich die institutionelle Ausgestaltung des politischen Systems als Erklärungsvariable dient. Kritisch muss hier konstatiert werden, dass das Untersuchungssample nicht die Transformationsstaaten in Osteuropa und Zentralasien einschließt; weiterhin wird als abhängige Variable ein Stabilitätsindex verwendet, bei dem für alle Untersuchungseinheiten die Anzahl der Jahre unter demokratischer Herrschaft aufaddiert werden. Dies stellt im Vergleich zu der dichotomen Messung zwar ein anspruchsvolleres Verfahren dar, kann aber ebenfalls nicht die hier verwendete Demokratiekonzeption empirisch vollständig nachbilden. Teorell (2010) analysiert in seiner jüngst erschienen Monographie den Einfluss sozioökonomischer Entwicklung auf die Demokratie für den Zeitraum der dritten Demokratisierungswelle. Er verwendet dabei ein deutlich anspruchsvolleres Demokratiemaß; dabei werden der Freedom House- und der PolityIV-Index miteinander kombiniert (vgl. zur Konstruktion Teorell 2010: 33), was sich in Punkto Validität und Reliabilität als durchaus geeignet erweist. Der positive Einfluss sozioökonomischer Entwicklung auf den Fortbestand der Demokratie bestätigt sich innerhalb dieser Analyse sowohl bei dem Einbezug des BIP pro Kopf als zentrale unabhängige Variable als auch bei der Einführung eines breiter gefassten Index sozioökonomischer Entwicklung. Kritisch muss allerdings auch bei dieser Untersuchung festgehalten werden, dass die verwendeten Kontrollvariablen keineswegs die postkommunistischen Charakteristika abbilden.

Im Unterschied zu den bereits beschriebenen Studien zeigen Acemoglu und Kollegen (2009) mittels einer ganzen Reihe ökonometrischer Spezifikationen und unter Verwendung verschiedener Demokratiemaße, dass von ihrer zentralen unabhängigen Variablen – dem BIP pro Kopf – nur eine sehr geringe Erklärungskraft ausgeht. Vielmehr wären historisch-institutionelle Gegebenheiten für den Fortbestand von Demokratien verantwortlich. Vergleichbare empirische Resultate zeigen auch Lupu und Murali (2009), die daneben auch zwischen verschiedenen Untersuchungsperioden unterscheiden, wobei die postkommunistische Ära keineswegs umfassend genug berücksichtigt wird.

Trotz der vielfachen Untersuchung des Einflusses sozioökonomischer Entwicklung auf den Fortbestand eines demokratischen Systems lässt sich vor dem Hintergrund der dargestellten widersprüchlichen Forschungsergebnisse abschließend konstatieren, dass kaum eine gesicherte Erkenntnis über die Stärke des Kausalzusammenhangs – soweit denn überhaupt einer besteht – vorliegt. Dieser Befund kann sicherlich insbesondere auf die häufig genutzte dichotome Messung von Demokratie und die einseitige Verwendung des BIP pro Kopf zurückgeführt werden, was auf der einen Seite weder die Demokratiekonzeption von Dahl, noch andererseits die sozioökonomische Entwicklung im Sinne der hier verwendeten Definition abbildet. Vor diesem Hintergrund fasst Teorell (2010: 155) seine eigenen exzessiven Forschungsbemühungen so zusammen, dass *„large-n studies of democratization need to be made more sensitive to country-specific causal lags.“* Aus dieser Feststellung leitet sich direkt die erste zu überprüfende Hypothese ab, wonach von der sozioökonomischen Entwicklung ein positiver Einfluss auf die demokratische Entwicklung in den untersuchten Transformationsstaaten ausgeht:

H1: „Je größer die sozioökonomische Entwicklung, desto stärker die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten.“

Nach Vorstellung dieser ersten These, müssen nachfolgend noch die bisherigen Ergebnisse bezüglich des Einflusses von Einkommensungleichheiten auf den Fortbestand der Demokratie zusammengefasst werden, umso auch für diesen Wirkungszusammenhang eine Hypothese aufzustellen. Auch hier finden sich sowohl empirische Resultate, die auf eine negative Beziehung schließen lassen, als auch die gegenteilige Argumentation, dass kein Effekt vorhanden sei.

Boix (2003) zeigt in seiner Analyse, dass eine ausgeglichene Einkommensverteilung einen positiven Effekt auf die Stabilität demokratischer Institutionen ausübt. Dabei verwendet der Autor verschiedene Indikatoren zur Messung von Einkommensungleichheiten, um so seine Analyse auch auf den Zeitraum vor dem zweiten Weltkrieg auszudehnen. Er greift dazu auf die beiden von Vanhanen (1997) vorgestellten Variablen „family farms“ und den „index of knowledge distribution“ zurück.³² In der ähnlich gelagerten Analyse von Boix und Stokes (2003) finden sich vergleichbare Ergebnisse, wobei hier

³² Boix (2003: 89 f.) erfasst mit dem Indikator „family farms“ näherungsweise den Anteil des gesamten Grundbesitzes durch Familienfarmen. Der „index of knowledge distribution“ wird per Bestimmung des arithmetischen Mittels aus der Alphabetisierungsrate und dem Anteil von Studenten an der Gesamtbevölkerung gebildet. Dieser zweite Indikator erscheint jedoch nur wenig geeignet für die Messung von Einkommensungleichheiten, repräsentiert er doch vielmehr eine mögliche Komponente – etwa den Zugang zu Bildungseinrichtungen – der sozioökonomischen Entwicklung.

der Effekt der Einkommensungleichheit umso kleiner wird, je stärker die Industrialisierung des Landes voranschreitet. Dabei ist in Bezug auf die verwendete abhängige Variable jedoch zu beachten, dass lediglich ein Schumpeter folgendes Demokratieverständnis angewendet wird und zusätzlich die postkommunistischen Staaten bewusst von der Analyse ausgeklammert werden. Auf eine vergleichbare Methode greift auch Houle (2009) zurück. Seine empirischen Resultate zeigen, dass starke Einkommensunterschiede die Wahrscheinlichkeit einer Re-Autokratisierung deutlich erhöhen. Dazu verwendet der Autor so genannte „capital shares“ als Maßzahl zur Messung von Ungleichheiten, was – wie noch aufgezeigt wird – keine sehr gute Lösung darstellt.³³ Die Studie von Acemoglu und Robinson (2006) entwickelt einen durchaus fruchtbaren (neuen) theoretischen Ansatz, indem die Verfasser nicht von einem linearen Effekt von Einkommensungleichheiten auf die Demokratie, sondern von einer invertierten U-förmigen Kurve ausgehen. Leider lässt die empirische Umsetzung der Argumente zu Wünschen übrig; die Autoren präsentieren lediglich vier Fallbeispiele, die ihre Hypothese stützen.

Ansell und Samuels (2010) verwenden für ihre Analyse sowohl eine dichotome Einteilung von Staaten in Demokratien oder Autokratien als auch den PolityIV-Index. Die Resultate sind dabei für beide Konstrukte zur Messung demokratischer Stabilität zweigeteilt: Für den ersten zur Messung von Ungleichheit verwendeten Indikator – den Gini-Koeffizienten – ergibt sich ein positiver, bei der Verwendung der Variablen „family farms“ ein negativer Effekt. Teorell (2010) kann in seiner Analyse keinen statistisch signifikanten Effekt nachweisen, wobei diese Analyse auf die dritte Demokratisierungswelle beschränkt ist. Freeman und Quinn (2010) verkürzen ihren Beobachtungszeitraum ebenfalls, umso ihre These explizit vor dem Hintergrund der Liberalisierung internationaler Kapitalströme nach 1970 zu untersuchen und dies auch als intervenierende Variable in die Analyse aufnehmen zu können. Es ergibt sich aus dieser Spezifikation allerdings kein Effekt der Einkommensungleichheit auf den Fortbestand der Demokratie. Papaioannou und Siourounis (2005) können ebenfalls keinen signifikanten Effekt nachweisen.

Auf Basis dieser Evaluation muss festgehalten werden, dass bisher alles andere als eine umfassende Bestätigung des Einflusses von Einkommensungleichheiten auf die demokratische Entwicklung vorliegt. Dies dürfte auf der einen Seite erneut an dem teilweise verwendeten dichotomen Demokratiemaß liegen, welches nicht der hier verfolgten Demokratiekonzeption entspricht. Daneben wird zwar mit teils sehr großen Datensets ge-

³³ „Capital shares“ erfassen Einkommenskonzentrationen im industriellen Wirtschaftssektor (vgl. für eine genaue Definition und Problematiken dieser Maßzahl Kapitel 3.2.1.2).

arbeitet; dabei muss jedoch die Reliabilität der verwendeten Indikatoren zur Messung von Einkommensungleichheiten teilweise in Frage gestellt werden. Weiterhin greift auch hier das in Bezug auf Hypothese H1 bereits zitierte Resümee von Teorell (2010: 155), dass regionenspezifische Charakteristika in all diesen Globalstudien nicht adäquat abgebildet werden. Dies lässt sich etwa an der partiell vorgenommenen Exklusion postkommunistischer Länder festmachen. Somit stellt sich darauf aufbauend die Frage, ob in den postkommunistischen Transformationsstaaten von ungleich verteilten Einkommen ein negativer Effekt auf die demokratische Entwicklung ausgeht:

H2: „Je ungleich verteilter die Einkommen, desto schwächer die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten.“

2.4.2 Hypothesen zum Einfluss der exogenen Modernisierung

Quantitative Überprüfungen zum Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie sind in der Literatur in der Zwischenzeit zwar nicht mehr allzu rar gesät; die Studien variieren jedoch sehr stark in ihrer jeweiligen Ausgestaltung und fokussieren praktisch ausschließlich die ökonomischen Aspekte von Globalisierung. Für diesen Forschungsüberblick kann die erste für die endogene Modernisierung gemachte Einschränkung nicht angewandt werden, da eine analytische Trennung zwischen den beiden Sichtweisen von „*sustain democracy*“ bisher keine Anwendung findet. Die folgende Tabelle zeigt die empirisch nachgewiesene Wirkungsrichtung der entsprechenden Studie:

Tabelle 2: Empirische Studien zum Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie

<i>Wirkungsrichtung</i>	<i>Quelle</i>
Positiver Zusammenhang	Lopez-Cordova/ Meissner (2005), Eichengreen/ Leblang (2006), Yu (2007)
Negativer Zusammenhang	Quinn (2000), Li/ Resnick (2003), Rigobon/ Rodrik (2005), Rudra (2005), Papaioannou/ Siourounis (2008)
Gemischte Resultate	Burkhart/ de Soysa (2003), Li/ Reuveny (2003), Epstein et al. (2006)

Quelle: Eigene Darstellung.

Auf der einen Seite weisen mehrere Studien auf einen statistisch messbaren positiven Zusammenhang zwischen der Globalisierung und der Demokratie hin. Lopez-Cordova und Meissner (2005) sowie Eichengreen und Leblang (2006) verwenden für ihre Analyse jeweils die PolityIV-Datenbank, was für eine sehr breite Basis an Untersuchungsein-

heiten sorgt. Die Autoren können weiterhin zeigen, dass die Resultate weder von der Distanz zwischen den Handelspartnern, noch von einzelnen Demokratisierungswellen abhängig sind. Letzteres wird auch durch die Analyse von Yu (2007) bestätigt, wobei der positive Zusammenhang etwa für den südasiatischen Raum hier nicht vollständig aufrecht zu erhalten ist.

Einen negativen Zusammenhang zeigt vor allem Quinn (2000). Dieser operationalisiert die Globalisierung jedoch lediglich mittels internationaler Kapitalströme, was bei weitem nicht alle grenzüberschreitenden sozialen Interaktionen abzudecken vermag (vgl. dazu Kapitel 3.2.2). Die Studie von Papaioannou und Siourounis (2008) beinhaltet als Datenmaterial lediglich erfolgreich verlaufende Systemwechsel von einem autokratischen in ein demokratisches System, wobei insgesamt nur ein sehr schwacher negativer Effekt nachgewiesen werden kann. In eine methodisch andere Richtung stoßen Rigobon und Rodrik (2005). Sie greifen für ihre Schätzungen auf Instrumentalvariablen zurück und weisen einen deutlich ausgeprägten negativen Effekt von Globalisierung auf die Demokratie nach. Rudra (2005) präsentiert für Entwicklungsländer zwar negative Resultate bezüglich des Zusammenhangs; es zeigt sich jedoch, dass sich im Falle einer aktiven Umverteilung der globalisierungsbedingten Wohlstandgewinne ein deutlich positiver Effekt einstellt.

Daneben weisen einige Studien auch gemischte Resultate aus. Herauszuheben ist dabei die Analyse von Li und Reuveny (2003). Die Autoren zeigen mittels einer sehr breiten Datenbasis, dass für unterschiedliche Regionen der Effekt internationaler Kapitalströme sowohl positiv als auch negativ ausfällt. Abgesehen von den wiederum gemischten Resultaten, ist die Analyse von Burkhart und de Soysa (2003) insoweit hoch interessant, da die beiden Autoren empirisch nachweisen können, dass sowohl internationaler Handel als auch Kapitalströme die Demokratie Granger-kausal beeinflussen.³⁴ Epstein und Kollegen (2006) weisen ebenso gemischte Effekte aus, deren Arbeit bezieht sich jedoch nicht explizit auf den Einfluss von Globalisierung und Demokratie und bietet dementsprechend auch keine theoretische Begründung für die empirischen Ergebnisse an.

Aus dieser Bestandsaufnahme der empirischen Forschung lässt sich ableiten, dass aktuell auch für diesen Forschungskomplex kaum eine gesicherte Aussage über den Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie getroffen werden kann. Der Grund

³⁴ An dieser Stelle sei angemerkt, dass in der Literatur durchaus auch diskutiert wird, ob und welche Effekte von Demokratien auf Globalisierungsprozesse ausgehen (vgl. bspw. Dailami 2000; Milner/Mukherjee 2009). Ähnlich wie innerhalb des letzten Kapitels bereits gezeigt, besteht in der Forschung kein Konsens darüber, in welcher Richtung die Kausalkette letztendlich verläuft.

hierfür ist dabei zu einem großen Teil in den unterschiedlichen Operationalisierungsstrategien, Forschungsdesigns oder auch Untersuchungseinheiten begründet. Daneben muss angemerkt werden, dass die empirischen Studien nahezu ausschließlich die ökonomischen Aspekte von Globalisierung betrachten; die auf theoretischer Ebene identifizierte Dimension von sozialer Globalisierung wird theoretisch als auch für quantitative Untersuchungen bisher völlig ausgeklammert. Weitergehend kritisiert Rudra (2005: 707), dass die meisten empirischen Ergebnisse durch eine unreflektierte Auswahl der Untersuchungseinheiten verzerrt werden; weniger stark entwickelte Staaten werden entweder nicht oder nur als Teil eines größeren Samples betrachtet. In eine ähnliche Richtung stößt auch Mitschke (2005: 28), der vor dem Hintergrund der wenig eindeutigen Ergebnisse „eine geographische Konkretisierung bzw. Differenzierung“ anregt, um so die Spezifika verschiedener Regionen theoretisch als auch empirisch besser abbilden zu können. Genau in diesen Einwand stoßen die dritte und vierte zu überprüfende Hypothese vor. Vor dem Hintergrund der *Theorie komparativer Vorteile* bzw. deren Weiterentwicklungen wird hier einerseits postuliert, dass aus der ökonomischen Globalisierung ein positiver Effekt für den sozioökonomischen Wohlstand in den postkommunistischen Transformationsstaaten resultiert. Dieser sorgt – wiederum Lipset (1959) folgend – u.a. für eine Ausbreitung der Mittelklasse und einer prodemokratischen politischen Kultur, wodurch die demokratische Entwicklung gefördert wird:

H3: „Je größer die ökonomische Globalisierung, desto stärker die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten.“

Wie auf theoretischer Ebene innerhalb des letzten Kapitels erläutert, muss auch der sozialen Komponente von Globalisierung ein Einfluss auf die Demokratie zugeschrieben werden. Dies wird – wie dargestellt – durch einen steigenden internationalen Informationsfluss und einer daraus folgenden Veränderung demokratischer Einstellungen verursacht. Um diesem Aspekt Rechnung zu tragen, wird mit der folgenden Hypothese getestet, ob auch von der sozialen Globalisierung ein positiver Effekt auf die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten ausgeht:

H4: „Je größer die soziale Globalisierung, desto stärker die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten.“

2.5 Aktueller Forschungsstand in den Untersuchungseinheiten

Im Folgenden soll aufbauend auf den vorgestellten empirischen Ergebnissen zum Einfluss endogener und exogener Modernisierung auf die Demokratie ein systematischer Überblick für den Forschungsstand in den postkommunistischen Transformationsstaaten zu diesem Thema erfolgen. Wie bereits in der Einleitung kurz angemerkt ist die Anzahl der verfügbaren Studien äußerst gering; daneben weisen einige Untersuchungen erhebliche methodische Mängel auf oder arbeiten nicht in konsequenter Art und Weise mit einem komparativen Forschungsdesign. Tabelle 3 zeigt die – geordnet nach dem jeweiligen Erscheinungsdatum – verfügbaren Studien. Um eine Vergleichbarkeit mit dem hier verfolgten Forschungsdesign herzustellen, werden für die jeweilige Arbeit die Anzahl der Untersuchungseinheiten, die einbezogenen Einfluss- und Kontrollvariablen, die zentrale abhängige Variable sowie der gemessene Effekt dargestellt. Die letzte Spalte beinhaltet die zentralen Kritikpunkte an der jeweiligen Studie, welche für den weiteren Aufbau der empirischen Untersuchung möglichst umfassend gelöst werden sollen.

Tabelle 3: Empirische Studien zum modernisierungstheoretischen Zusammenhang in postkommunistischen Transformationsstaaten

<i>Studie</i>	<i>N</i>	<i>Einflussvariablen</i>	<i>Kontrollvariablen</i>	<i>Abhängige Variable</i>	<i>Effekt?</i>	<i>Probleme</i>
Vassilev (1999)	1	a) BIP pro Kopf b) Industrialisierung	Keine	Unklar	Hoch	Deskriptiv-bivariat; Demokratieverständnis unklar
Beichelt (2001a)	3	a) Human Development Index b) Machtdispersion (Vanhanen 1997) c) Gini-Koeffizient	Keine	Regime- typen	Hoch	Deskriptiv-bivariat
Kurtz/ Barnes (2002)	26	a) BIP pro Kopf b) ökonomische Liberalisierung c) Agrarische Klassenstruktur	a) EU-Mitgliedschaft b) internationaler Handel c) Ratifizierung der UN-Menschenrechtskonvention	Freedom House-Index	Keiner; gemischt nach Einbezug der Kontrollvariablen	Geringer Zeitraum; Fallauswahl unklar; enger Globalisierungsbegriff
Skaaning (2005)	28	a) BIP pro Kopf b) Bildung (Alphabetisierungsrate, Personen in Ausbildung)	a) natürliche Ressourcen des Landes b) ethnische Fraktionalisierung c) präautokratische Demokratieerfahrung	Civil Liberties-Skala (Cingranelli/ Richards 2004)	Ambivalent (kein Effekt des BIP; negativer Effekt der Bildung)	Kein Datenpooling; unzureichender Demokratieindex; keine Aggregation der Einflussvariablen
Pop-Elches (2009)	Unklar	a) BIP pro Kopf b) Urbanisierung c) Personen des zweiten Ausbildungssektors d) Einkommensquintille	a) Sowjetunion-Zugehörigkeit b) ethnische Fraktionalisierung c) natürliche Ressourcen des Landes	Freedom House-Index	Schwach positiv für Einflussvariablen a-c; schwach negativ für Einkommensquintille	Fallzahl unklar; keine Betrachtung von Globalisierung; keine Aggregation der Einflussvariablen

Quelle: Eigene Dar- und Zusammenstellung.

Die erst genannte Studie von Vassilev (1999) untersucht den modernisierungstheoretischen Zusammenhang für den Einzelfall Bulgarien. Der Autor kann – ohne jedoch eine umfassende Datensammlung auszuweisen – einen positiven Effekt nachweisen. Dabei wird in erster Linie allerdings der Übergang in ein demokratisches System analysiert und die Argumentation lediglich auf die Phase nach der ersten demokratischen Wahl erweitert und statistisch kaum untermauert. Weiterhin ist kritisch das unklare Demokratieverständnis oder auch die Verwendung einfacher Mittelwertberechnungen zur Überprüfung der Hypothese anzumerken. Methodisch kaum elaborierter präsentiert sich die Analyse von Beichelt (2001a). Dieser untersucht die drei Staaten Russland, Weißrussland und die Ukraine und vergleicht diese partiell mit anderen postkommunistischen Staaten in Europa. Somit arbeitet der Autor in Bezug auf die Untersuchungseinheiten wenig systematisch; daneben bleibt die Analyse rein deskriptiver Natur.

Die weiteren verfügbaren Studien sind in Bezug auf den methodischen Anspruch und Forschungsdesign deutlich näher an der – hier angestrebten – makrokomparativen Forschungslogik. Die wohl anspruchsvollste Untersuchung von Kurtz und Barnes (2002) zeichnet sich insbesondere durch die Verwendung eines kombinierten Quer- und Längsschnittvergleich für 26 Staaten aus. Positiv anzumerken ist dabei auch das bewusste Hinzuziehen von Kontrollvariablen, die auf die postkommunistische Vergangenheit der Länder abgestimmt sind. In Bezug auf den Einfluss von sozioökonomischer Entwicklung und ökonomischer Globalisierung auf die Demokratie bleibt festzuhalten, dass sich – nach Einbezug der Kontrollvariablen – nur insignifikante Effekte ergeben. Leider wird innerhalb dieser Studie nicht klar ersichtlich, welche Staaten genau untersucht werden; daneben wird die ökonomische Globalisierung lediglich durch einen Indikator, den internationalen Handel, operationalisiert und erfolgt ohne eine klare theoretische Erörterung.

Die Studie von Skaaning (2005) ist insofern einzigartig, dass hier nicht nur die übliche Regressionsanalyse, sondern auch die so genannte „fuzzy-set“-Methode zur Anwendung kommt.³⁵ Diese wäre – nach Aussage des Autors – besser für eine vergleichende Untersuchung der 28 untersuchten Staaten geeignet. Die Auswahl der Untersuchungseinheiten ist dabei auch nicht auf die zumeist fokussierten osteuropäischen Länder beschränkt, sondern das Datenset enthält auch postkommunistische Staaten in Zentral-

³⁵ Bei der „fuzzy set“-Methode handelt es sich um ein Verfahren, mit welchem komplexe kausale Beziehungen zwischen Variablen und Untersuchungsfällen bei einer mittleren Fallzahl dargestellt werden können (vgl. dazu weitergehend Pennings 2009).

asien. Die Ergebnisse zeigen, dass das BIP pro Kopf keinen Einfluss auf das verwendete Demokratiemaß ausübt, während dem Bildungsindikator überraschenderweise sogar ein stark negativer Effekt zugeschrieben werden muss. Kritisch zu hervorzuheben ist einerseits die Beschränkung der Untersuchung auf einen einzigen Zeitpunkt. Weiterhin werden globalisierungsbedingte Aspekte und auch die Analyse von Einkommensungleichheiten für die empirische Untersuchung ausgeklammert.

Die jüngste Studie stammt von Pop-Elches (2009). Der Autor untersucht dabei postkommunistische Transformationsstaaten – eine Auflistung bleibt dabei allerdings aus – hinsichtlich der endogenen Modernisierung und leitet aus den Ergebnissen ab, dass ein leicht positiver Effekt des BIP, einer hohen Bildung und gleich verteiltem Einkommen auf die Demokratie ausgeht. Trotz der methodisch klaren Vorgehensweise muss kritisch festgehalten werden, dass auf der einen Seite keine Aggregation der verschiedenen Variablen der endogenen Modernisierung erfolgt. So weist etwa der Indikator zur Messung von Urbanisierung sogar einen – zu den übrigen Modernisierungsvariablen konträr stehenden – negativen Effekt auf. Auf der anderen Seite werden globalisierungsbedingte Effekte nicht erfasst und die Operationalisierung der Kontrollvariablen ist nicht optimal genug auf den Transformationskontext abgestimmt.

Aus den verfügbaren Studien lässt sich vor diesem Hintergrund insgesamt schlussfolgern, dass eine systematisch komparativ angelegte Untersuchung noch nicht für die eurasischen Transformationsstaaten geleistet wurde. Es mangelt insbesondere an einer systematischen theoretischen sowie empirischen Verknüpfung der endogenen und exogenen Modernisierung sowie einer konsequenten Abstimmung des Untersuchungsdesigns auf den postkommunistischen Kontext. Innerhalb der folgenden Kapitel, welche sich mit der Operationalisierung und Aggregation der Variablen sowie der Entwicklung eines geeigneten ökonometrischen Messmodells beschäftigen, werden diese identifizierten Schwachpunkte vorheriger Analysen entsprechend angesprochen und Lösungsvorschläge präsentiert.

2.6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das vorliegende Kapitel hatte das Ziel, einen theoretischen Bezugsrahmen für die Erklärung des Zusammenhangs von endogener sowie exogener Modernisierung und Demokratieentwicklung zu schaffen. Dazu wurde zu Beginn das zugrunde liegende Demokratieverständnis vorgestellt: Wie in der Transformationsforschung zumeist üblich, wird hier die Konzeption von Robert Dahl aufgegriffen, welches an den beiden Dimensionen Partizipationsrecht und öffentlicher Wettbewerb ansetzt. Durch die Verwendung dieses Verständnisses ist es nachfolgend möglich, die postkommunistischen Transformationsstaaten einem Vergleich unter modernisierungstheoretischen Gesichtspunkten zu unterziehen. Weiterhin wurde in diesem Zusammenhang der Begriff „demokratische Entwicklung“ eingeführt, welcher die Entwicklung von einer elektoralen hin zu einer liberaldemokratisch verfassten Demokratie in den Vordergrund stellt, wobei hier explizit auch eine mögliche autokratische Rückentwicklung eines Staates in Betracht gezogen wird.

Im Anschluss daran wurde zuerst der theoretische Rahmen von endogener Modernisierung und demokratischer Entwicklung fixiert. Unter endogener Modernisierung werden hier – in Anlehnung an eine Definition der Vereinten Nationen – die Wahlmöglichkeiten von Individuen auf binnenstaatlicher Ebene verstanden, die ihrerseits in die beiden Dimensionen sozioökonomische Entwicklung und Einkommensungleichheit aufgespaltet werden können. Für die theoretische Kausalverbindung wurde in erster Linie auf die Überlegungen von Seymour Lipset zurückgegriffen, welche um jüngere Erkenntnisse aus der Forschung ergänzt wurden. Dementsprechend verläuft die Kausalverbindung zwischen endogener Modernisierung und demokratischer Entwicklung über verschiedene intermediäre Phänomene wie der Herausbildung einer prodemokratischen politischen Kultur und Zivilgesellschaft, einer offener werdenden Klassengesellschaft und der gleichzeitigen Vergrößerung der Mittelklasse sowie einer Erhöhung des Bildungsstands in der Bevölkerung, wobei eine multikausale Verbindung zwischen den Variablen angenommen werden muss.

Daran anschließend wurde der theoretische Erklärungsrahmen zwischen der Verbindung von exogener Modernisierung – synonym verstanden zu dem Begriff „Globalisierung“ – und demokratischer Entwicklung präzisiert. Gemäß der gewählten Definition als grenzüberschreitende soziale Interaktion im Bezug auf sozioökonomische Sachverhalte wurde eine analytische Aufspaltung in ökonomische sowie soziale Globalisierung vor-

genommen. Für die erst genannte Komponente besteht – so die Argumentation – eine indirekte Kausalbeziehung zur demokratischer Entwicklung: Im Sinne der Theorie der komparativen Vorteile erhöhen internationale Wirtschaftsbeziehungen und Kapitalströme den binnenstaatlichen sozioökonomischen Wohlstand und fördern dadurch weitergehend die Demokratieentwicklung. Für die Erklärung der Beziehung von sozialer Globalisierung und demokratischer Entwicklung wurde eine Idee aus der politikwissenschaftlichen Diffusionsforschung aufgenommen. Demnach bildet sich eine prodemokratische politische Kultur auch durch international stattfindende Informations- und Kommunikationsflüsse zwischen Individuen heraus.

Vor diesem theoretischen Hintergrund wurden unter Rückgriff auf aktuelle Forschungsergebnisse vier Hypothesen formuliert: Demnach nehmen die sozioökonomische Entwicklung und die ökonomische sowie soziale Globalisierung einen positiven, die Einkommensungleichheiten einen negativen Einfluss auf die demokratische Entwicklung. Bei dem erfolgten Literaturüberblick hat sich gezeigt, dass die verfügbaren empirischen Studien mit vielerlei theoretischen als auch methodischen Problemen zu kämpfen haben. Insbesondere sind dabei die mangelnde Ausgestaltung des theoretischen Rahmens, die unzureichenden Demokratiekonzeptionen und die einseitige Fokussierung auf ökonomische Globalisierungsprozesse zu nennen. Diese Defizite bestätigten sich auch durch die Betrachtung der wenigen modernisierungstheoretischen Studien, die explizit den postkommunistischen Kontext beleuchten. Auf dieser Basis kann nun in den folgenden Kapiteln die empirische Überprüfung der formulierten Hypothesen eingeleitet werden. Um die angestrebten Messungen auch tatsächlich durchführen zu können, müssen zuerst noch die zentralen Variablen operationalisiert und die Untersuchung an den postkommunistischen Hintergrund angepasst werden. Dies stellt das Anliegen von Kapitel 3 dar.

3 Operationalisierung der Variablen

Gemäß der im vorigen Kapitel vorgestellten Hypothesen müssen zu ihrer Überprüfung die Einflussvariablen operationalisiert, das heißt messbar gemacht werden. Dazu wird zuerst die abhängige Variable „demokratische Entwicklung“ in Kapitel 3.1 vorgestellt, wobei hier, wie noch zu begründen ist, auf das Freedom House-Ranking zurückgegriffen wird. Die Operationalisierung der einzelnen unabhängigen Variablen endogener und

exogener Modernisierung erfolgt in Kapitel 3.2. Daneben müssen für die empirische Analyse noch einige Kontrollvariablen in das Modell miteinbezogen werden, welche die besonderen Umstände der postkommunistischen Transformationsstaaten abbilden. Durch diese Vorgehensweise wird der modernisierungstheoretische Untersuchungsrahmen konkret an den postkommunistischen Kontext angepasst. Dies stellt das Anliegen von Kapitel 3.3 dar. Kapitel 3.4 fasst die verschiedenen Operationalisierungen der Variablen abschließend zusammen.

3.1 Operationalisierung der abhängigen Variablen „demokratische Entwicklung“

Die Operationalisierung der abhängigen Variablen „demokratische Entwicklung“ stellt die entscheidende Voraussetzung zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen dar. Versuche, das latente Konstrukt „Demokratie“ in einer aggregierten Maßzahl zusammen zu fassen, ist dabei ein junges, aber keineswegs neues Anliegen in der Politikwissenschaft. Folgt man dem frühen Überblicksartikel von Bollen (1980: 373 ff.) kann zwischen objektiven und subjektiven Messstrategien unterschieden werden: Erstgenannte Verfahren nehmen direkten Bezug auf real beobachtbare demokratische Phänomene wie etwa die Wahlbeteiligung (vgl. Lerner 1958; Stack 1979), politische Stabilität (vgl. Muller 1988) oder die Zusammensetzung des Parlamentes (vgl. Vanhanen 1990). Zentrales Problem bei diesen und ähnlichen Maßen ist deren einseitige Fokussierung auf einen Teilaspekt von Demokratie sowie die Tatsache, dass die angesprochenen Phänomene auch in autokratischen Systemen auftreten können. Der in dieser Arbeit verwendete Demokratiebegriff nach Dahl ist jedoch wesentlich multidimensionaler angelegt, was sich dementsprechend auch in der Operationalisierung niederschlagen muss.

Im Zuge der besseren Verfügbarkeit komparativer Daten, weiter entwickelter statistischer Methoden und dem stärkeren Fokus auf quantitative Analysen hat die vergleichende Politikwissenschaft in jüngerer Vergangenheit den, im Gros auf Expertenmeinungen beruhenden subjektiven Messmethoden hohe Aufmerksamkeit zukommen lassen. So entwickelten eine Reihe von Autoren verschiedene Indizes (vgl. überblicksartig Lauth 2004), aus denen es nachfolgend den für diese Analyse praktikabelsten zu ermitteln gilt. Zu diesem Zweck können die in der empirischen Sozialforschung üblichen Forderungen nach Reliabilität, Validität und Objektivität der Daten herangezogen werden (vgl. Schumann 2006: 29 f.), wenn man diese um die drei von Bollen und Paxton

(2000: 60) speziell für die Messung liberaler demokratischer Merkmale aufgestellten Kriterien ergänzt.³⁶

Tabelle 4: Kriterien zur Beurteilung der Praktikabilität von Demokratieindizes

<i>Nummer</i>	<i>Kriterium</i>	<i>Definition</i>	<i>Quelle</i>
1	Reliabilität	Zuverlässigkeit der Messung	Schumann (2006: 29)
2	Validität	Belastbarkeit der Konstruktoperationalisierung	Schumann (2006: 29)
3	Objektivität	Unabhängigkeit der Ergebnisse von Rahmenbedingungen	Schumann (2006: 29)
4	Abbildung der Definition	Exakte Abbildung der Demokratiedefinition im empirischen Relativ	Bollen/ Paxton (2000: 60)
5	Datenverfügbarkeit	Verfügbarkeit der Daten für den angestrebten Untersuchungszeitraum	Bollen/ Paxton (2000: 60)
6	Indikatorenvielfalt	Beurteilung eines Konstruktes anhand mehrerer Indikatoren	Bollen/ Paxton (2000: 60)

Quelle: Eigene Darstellung.

Gemäß der in Kapitel 2.1 skizzierten Demokratiekonzeption wird hier auf den Dahl'schen Polyarchybegriff zurückgegriffen, was dementsprechend den Einbezug der beiden Dimensionen Partizipation und öffentlicher Wettbewerb in die Messung voraussetzt. Aus diesem Grund scheiden für die Quantifizierung der abhängigen Variablen Demokratieindizes aus, die an einem zu minimalistischen Demokratiebegriff ansetzen. Dies trifft etwa auf die Messversuche von Alvarez und Koautoren (1996), Przeworski und Limongi (1997), Przeworski und Kollegen (2000) oder Cheibub (2007) zu, die sich zu stark an der engen Demokratiedefinition von Schumpeter orientieren und Staaten nur dichotom in Demokratien oder Autokratien einteilen. Die Daten von Autoren wie Coppedge und Reinicke (1991), Gasiorowski (1996) und Vanhanen (2000) verfügen zwar über eine kontinuierliche Messweise von Demokratie, vernachlässigen jedoch das Attribut der Regierungsbildung und -zusammensetzung und bilden somit die Dahl'sche Demokratiekonzeption nicht umfassend genug ab (vgl. Munck/ Verkuilen 2002: 11 f.). Unter Vernachlässigung der bereits ausgeschlossenen Alternativen stehen noch folgende Datenquellen – in alphabetischer Reihenfolge – zur Verfügung:³⁷

³⁶ Alternativ zu diesem Evaluierungsschema stehen die anspruchsvolleren Ansätze von Munck und Verkuilen (2002: 8) oder Pickel und Müller (2006: 148 ff.), wobei eine detaillierte Analyse anhand einem dieser Vorschläge hier nicht geleistet werden kann. Neben den thematisierten Voraussetzungen bestehen etwa Schwierigkeiten bei der Behandlung zufälliger Messfehler (vgl. Bollen 1993: 1224 f.) oder der geringen Sorgfalt bei der Festlegung des Skalenniveaus (vgl. Müller/ Pickel 2007: 534).

³⁷ Daneben ist in jüngster Vergangenheit auch die Frage nach der Qualität etablierter Demokratien und deren quantitative Erfassung in den Vordergrund gerückt (vgl. für einen Überblick Diamond/ Morlino 2004); bisher stellen allerdings keine ausreichend komparative Daten zur Verfügung (vgl. für verschiedene Konzeptionen Lauth 2008; Alexander/ Welzel 2011; Bühlmann et al. 2011).

- Bertelsmann Transformations Index (Bertelsmann Stiftung 2009)
- Demokratie-Autokratie-Skala (Marshall/ Jagers 2010)
- Freedom House-Ranking (Freedom House 2011)
- Index of Democracy (Hadenius 1992)

Sowohl der Bertelsmann Transformations Index, als auch der „Index of Democracy“ bieten für die Untersuchungseinheiten keine jährlich verfügbaren Daten an. Die hierdurch stark sinkende Anzahl an möglichen Beobachtungspunkten schließt die Verwendung einer der beiden Datenquellen aus. Daneben würden in dem erst genannten Index, selbst wenn wie bei Merkel (2007) lediglich einzelne Unterkategorien Verwendung finden, wichtige Aspekte der Demokratiedefinition nicht abgebildet.

Die Demokratie-Autokratie-Skala innerhalb der PolityIV-Datenbank (vgl. Marshall/ Jagers 2010) stellt den dritten zu evaluierenden Index dar. Auf Grund der Abdeckung eines Zeitraums von mehr als 200 Jahren und einer großen Länderzahl sowie der guten Dokumentation der Methodologie wird insbesondere in modernisierungstheoretischen Untersuchungen bevorzugt auf diesen Indikator zurückgegriffen. Bei der Demokratie-Autokratie-Skala handelt es sich – dem Demokratiekonzept der Autoren zufolge (vgl. Jagers/ Gurr 1995) –³⁸ in erster Linie um eine Messung der institutionellen Ausgestaltung einer Demokratie. Durch die starke Fokussierung auf die Exekutive sowie die festgeschriebenen Strukturen des politischen Systems wird ein hohes Augenmerk auf die Ausgestaltung der Verfassung gelegt, was jedoch nicht zwangsläufig die demokratische Realität widerspiegeln muss. Weiterhin weisen Munck und Verkuilen (2002: 11) zu Recht kritisch darauf hin, dass die von Dahl spezifizierte Dimension der Partizipation nur unzureichend innerhalb der Demokratie-Autokratie-Skala abgebildet ist, was in Konsequenz das Messkonzept deutlich minimaler als den Freedom House-Index (FHI) erscheinen lässt. Trotz einzelner Verbesserungsversuche (vgl. Marshall et al. 2002: 41 f.) besteht weiterhin eine deutliche Unterrepräsentation der Partizipationsdimension. Daraus ist zu schlussfolgern, dass die oben formulierte vierte Forderung nach einer genauen Abbildung der Demokratiedefinition in dem verwendeten Indikator als nicht erfüllt angesehen werden muss.

³⁸ Das Demokratiekonzept der Autoren setzt sich aus den drei Dimensionen „Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte“, „Partizipation und Wettbewerb“ sowie der institutionellen „Machtbegrenzung der Exekutive“ zusammen (vgl. Jagers/ Gurr 1995: 471), wobei für die Indexkonstruktion lediglich die beiden letztgenannten Dimensionen herangezogen werden und der Einbezug der Menschen- und Freiheitsrechte lediglich unterstellt wird (vgl. Pickel/ Pickel 2006: 186).

Das Freedom House-Ranking, in der obigen Auflistung an zweiter Stelle, stellt die letzte genannte Alternative für die Messung der demokratischen Entwicklung dar. Dieses ist in seiner Konstruktion als Freiheitsindex angelegt: „*The survey does not rate governments or government performance per se, but rather the real-world rights and freedoms enjoyed by individuals*“ (Freedom House 2011: 30).³⁹ Der seit 1972 auf jährlicher Basis herausgegebene Index setzt sich aus den zwei Teilkomponenten „Civil Liberties“ und „Political Rights“ zusammen (vgl. für die folgenden Ausführungen zur Konstruktion Freedom House 2011: 31 ff.): Beide Komponenten bestehen jeweils aus mehreren Unterkategorien,⁴⁰ denen wiederum Checklisten aus verschiedenen Fragen zugeordnet werden, die jeweils mit einem Punktescore zwischen 1 und 4 bedacht werden. Die Einschätzungen erfolgen sowohl durch Expertenurteile, als auch verschiedene Sekundärdatenbanken. Den aufsummierten Punktescores werden Werte zwischen 1 und 7 zugewiesen, wobei der Wert 1 die vollständige Anwesenheit politischer Rechte beziehungsweise bürgerlicher Freiheiten repräsentiert; demgegenüber beschreibt der Wert 7 analog die völlige Abwesenheit dieser. Um die Gesamteinstufung für ein Land zu erhalten werden die beiden Komponenten miteinander addiert, woraus ein Wertebereich zwischen 2 und 14 resultiert.⁴¹ Für die vorliegende Analyse wird dieser durch die Formel $FHI = [14 - (f_{\text{Civil Liberties}} + f_{\text{Political Rights}})] / 0,12$ so transformiert, dass der korrigierte Index zwischen 0 und 100 variiert. Mittels dieser Umformung kann der Wert 100 nun – dem Freedom House-Maß und seiner Anlage folgend – als vollständig entwickelte liberale Demokratie, der Wert 0 entsprechend gegenteilig interpretiert werden.

Evaluiert man das Freedom House-Ranking anhand der oben vorgestellten Qualitätsmerkmale lässt sich feststellen, dass insbesondere die Reliabilität der Messung nicht durchweg als zufriedenstellend bezeichnet werden kann (vgl. Munck/ Verkuilen 2002; Müller/ Pickel 2007). Die Einstufung der Länder basiert nur teilweise auf objektiv erhobenen Daten, woraus sich zahlreiche Eingriffsmöglichkeiten für die entsprechenden Länderexperten ergeben und dadurch auch die geforderte Objektivität nicht als uneinge-

³⁹ Der Hauptinitiator des Freedom House-Index – Raymond Gastil – selbst spricht dem Ranking allerdings ausdrücklich den Status als Demokratieindex zu (vgl. Gastil 1990: 25).

⁴⁰ Die Komponente Political Rights wird in die Kategorien „Electoral Process“, „Political Pluralism and Participation“ sowie „Functioning of Governing“ aufgespaltet; die Civil Liberties demgegenüber wird mittels der Kategorien „Freedom of Expression and Belief“, „Associational and Organizational Rights“, „Rule of Law“ und „Personal Autonomy and Individual Rights“ gebildet.

⁴¹ Die additive Zusammensetzung des Freedom House-Index ist auf Grund der nicht-erfolgenden Begründung häufiger Kritik ausgesetzt. Da sich die Forschung jedoch nur am Rande mit dieser Problematik auseinander setzt (vgl. Coppedge/ Reinicke 1991) und sich daneben noch kein anerkanntes Verfahren durchgesetzt hat, wird hier auf eine entsprechende Anpassung verzichtet.

schränkt gegeben angesehen werden kann: „*In the end, the aggregated data offered by Freedom House has to be accepted largely on faith*“ (Munck/ Verkuilen 2002: 33). Die jüngsten Datenerhebungen durch Freedom House versuchen diese berechtigten Kritikpunkte etwa dadurch zu umgehen, indem den Experten präzisere Fragen zur Einstufung der Ländern vorgelegt und auch die Operationalisierung der verwendeten Begriffe konkretisiert werden. Für den Bereich der Validität konstatiert Welzel (2000: 159), dass dieses Qualitätskriterium als erfüllt angesehen werden kann, obwohl auch hier anders lautende Stimmen vorhanden sind (vgl. Müller/ Pickel 2007: 333).

Für die Verwendung der Freedom House-Einstufungen spricht einerseits, dass die Datenverfügbarkeit für den angestrebten Untersuchungszeitraum als sehr gut beurteilt werden kann. Andererseits entspricht – so konstatiert Dahl (1998: 197 f.) selbst – die Anlage des FHI auch näherungsweise der verwendeten Demokratiekonzeption. Trotz der verschiedenartigen Probleme, die den Freedom House-Index zweifellos begleiten, können mittels diesem die aufgestellten Hypothesen methodisch wie inhaltlich, auch in Anbetracht mangelnder Alternativen, adäquat getestet werden. Neben der zufriedenstellenden methodologischen Eignung spricht für diese Vorgehensweise auch, dass auch in der modernisierungstheoretischen Forschung in steigendem Maße dieser Index verwendet wird (vgl. Inglehart/ Welzel 2005; Teorell 2010), was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erhöhen sollte und als Vorteil gewertet werden kann.

3.2 Operationalisierung der unabhängigen Variablen

3.2.1 Operationalisierung der endogenen Modernisierung

Erster Bestandteil der beiden vorgestellten Modernisierungsbegriffe bildet dessen endogene Variante. Innerhalb dieses Begriffes wurde hier definitorisch zwischen der sozioökonomischen Entwicklung einerseits und der Einkommensungleichheit andererseits unterschieden, für welche die Operationalisierungen nun nachfolgend in den Kapiteln 3.2.1.1 respektive 3.2.1.2 erfolgt.

3.2.1.1 Operationalisierung der sozioökonomischen Entwicklung

Zur Überprüfung der ersten Hypothese H1 muss der Begriff „sozioökonomische Entwicklung“ operationalisiert werden. Gemäß der in Kapitel 2.2 vorgestellten Definition wird unter sozioökonomischer Entwicklung die Befähigung zur Ausübung individueller Wahlmöglichkeiten verstanden, was es nachfolgend durch eine oder mehrere geeignete Maßzahlen darzustellen gilt, umso den theoretisch vermuteten Zusammenhang auch empirisch überprüfen zu können.

In der modernisierungstheoretischen Forschungsliteratur existiert dabei weder ein einheitliches Vorgehen, noch kann auf eine allgemein akzeptierte Standardoperationalisierung zurückgegriffen werden. Der Grund hierfür dürfte wie beschrieben in der Mehrzahl auf die unzureichende, wenn überhaupt vorhandene Definition von sozioökonomischer Entwicklung zurückzuführen sein (vgl. zur Kritik etwa Alkire 2002: 181), was eine adäquate Operationalisierung methodologisch zumindest erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht. Hinzu kommt, dass unter der sozioökonomischen Entwicklung im hier verstandenen Sinne zumeist zwei unterschiedliche Sachverhalte subsumiert werden, ohne dass dies in den meisten Fällen allerdings explizit formuliert wird (so etwa bei Epstein et al. 2006: 552).

Einerseits wird sozioökonomische Entwicklung mehrheitlich mittels des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf operationalisiert. Das BIP misst den Gesamtwert aller in einer bestimmten Zeitperiode (zumeist ein Kalenderjahr) produzierten Güter in einem festgelegten, räumlich abgrenzbaren Territorium (in der Regel Staaten) und wird zusätzlich um die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen in den untersuchten Ländern korrigiert. Dieses hoch aggregierte Maß, so die Argumentation, vereinige unterschiedliche sozioökonomische Prozesse zu einer Maßzahl und wird deshalb nach wie vor bevorzugt für empirische Messungen verwendet (vgl. Merkel 2010: 71).

Die Maßzahl BIP ist allerdings mit unterschiedlichen Problemen behaftet: Die erste Problematik resultiert aus den unterschiedlichen Preisniveaus und Währungen der verschiedenen Länder. In den internationalen Datenbanken hat es sich aus diesem Grund durchgesetzt, das BIP pro Kopf in laufenden US-Dollars zur Überbrückung von Währungsunterschieden sowie in Kaufkraftparitäten (Purchasing Power Parity, PPP) anzugeben. Durch die zweite Anpassung werden die länderspezifischen Preise für einen bestimmten Warenkorb berücksichtigt. Diese Strategie soll auch hier für die empirische

Analyse angewendet werden, da nur so die postkommunistischen Transformationsstaaten miteinander verglichen werden können.

Weiterhin stellt sich die im Rahmen dieser Arbeit nicht zu lösende Frage, wie mit denjenigen Gütern, die keinen explizit bestimmbaren Marktwert haben und damit nur als Schätzung in das BIP einfließen können, zu verfahren ist (vgl. Brynjolfsson/ Saunders 2009: 95). Für moderne Volkswirtschaften kann daneben empirisch nachgewiesen werden, dass individueller Wohlstand nicht zwangsläufig einer linearen Funktion in Abhängigkeit von dem verfügbaren Einkommen folgt (vgl. Kuznet 1934). Ab einem Wert von circa 50000 US-Dollar pro Jahr ergeben sich degressive Effekte, wobei auch nicht auszuschließen ist, dass sogar ein abnehmender Grenznutzen des Einkommens möglich ist (vgl. Layard/ Mayraz/ Nickell 2008: 11).⁴²

Auf der anderen Seite wird sozioökonomische Entwicklung auch auf eine deutlich breitere Basis gestellt (vgl. Diamond 1992: 126; Muno 2001: 41 f.), was diese Komponente als Bestandteil der Definition von endogener Modernisierung in stärkerem Maße abbildet. Gerade in Bezug auf die Kritik an der unreflektierten und einseitigen Verwendung des BIP pro Kopf ist diese Variable nicht umfassend genug.⁴³ Dies resultiert nicht zuletzt auch aus dem relativ effektiven Bildungssystem in der Sowjetunion und deren Anrainern vor 1990, dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart spürbar sind (vgl. Lane 2007: 21). In der politikwissenschaftlich orientierten Forschung wird die Kritik an der alleinigen Verwendung des BIP pro Kopf zumeist dadurch umgangen, dass verschiedene Subdimensionen des sozioökonomischen Entwicklungsniveaus zu einem Indikator zusammengefasst werden. Welzel und Inglehart (2008) greifen beispielsweise für ihre empirische Untersuchung auf den „Human Development Index“ (HDI) zurück, der von dem United Nations Development Programme seit 1990 (UNDP 1990) publiziert wird. Dieser aggregiert das Bruttonationaleinkommen pro Kopf (Dimension: Einkommen),⁴⁴ die Lebenserwartung eines Menschen bei Geburt (Dimension: Gesundheit) und die durchschnittliche (erwartete) Anzahl an Schuljahren (Dimension: Bildung) zu

⁴² Letztgenannte Problematik spielt für die postkommunistischen Transformationsstaaten allerdings nur eine untergeordnete Rolle, da der Wert von 50000 US-Dollar zu keinem Zeitpunkt überschritten wird und dies in absehbarer Zukunft auch kaum der Fall sein dürfte.

⁴³ Für diese Vorgehensweise spricht auch der Sachverhalt, dass etwa ölexportierende Länder zumeist ein sehr hohes BIP ausweisen, aber der Zugang zu Bildungseinrichtungen oder Kommunikationsmedien nur sehr gering ausgeprägt ist. Auf theoretischer Ebene wird in diesem Bereich darauf hingewiesen, dass eine ölbasierte Einkommensgenerierung nur bedingt für den Aufbau von Humankapital sorgt und dies die Wahrscheinlichkeit einer demokratischen Entwicklung verringert (vgl. Barro 1999: 164; weitergehend zu diesem Thema auch Ross 2001).

⁴⁴ Das Bruttonationaleinkommen erhält man durch die Addition von BIP und dem Primäreinkommen, welche von im Ausland ansässigen Inländern in das entsprechende Territorium strömen.

einem Indexwert. Diese Maßzahl entspricht näherungsweise der Definition sozioökonomischer Entwicklung, ist jedoch ebenfalls mit Problemen behaftet: Gegen die Verwendung des HDI in seiner publizierten Fassung spricht insbesondere, dass dieser in jährlichen Abständen erst ab dem Jahr 2002 für die postkommunistischen Transformationsstaaten zur Verfügung steht und somit nicht den angestrebten Untersuchungszeitraum abdeckt.

Aus diesen Überlegungen folgt, dass für die angestrebten Regressionsanalysen eine neue Maßzahl zur Messung sozioökonomischer Entwicklung entwickelt werden muss, wobei bei der Auswahl der Variablen eine klare Orientierung an dem HDI erfolgt. Die folgende Tabelle zeigt diese Variablen inklusive deren hier verwendeten Bezeichnungen, der dazu gehörigen Definition des jeweiligen Maßes und der Datenquelle:

Tabelle 5: Variablen der sozioökonomischen Entwicklung

<i>Variable</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Definition</i>	<i>Quelle</i>
Einkommen	BIP pro Kopf	BIP pro Kopf in PPP und internationalem US-Dollar	IMF (2010)
Bildung	Erwartete Anzahl an schulischen Ausbildungsjahren	Durchschnittlich erwartete Anzahl an schulischen Ausbildungsjahren im Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich	Barro/ Lee (2010); UNESCO (2010)
Gesundheit	Lebenserwartung	Lebenserwartung bei Geburt	World Bank (2010)

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Aggregation der Variablen zu einer Maßzahl erfolgt hier – analog zur Methodik des HDI (vgl. UNDP 2010: 216 f.) – mittels der Berechnung des geometrischen Mittels aus den drei genannten Variablen: $HDI = Einkommen^{1/3} * Bildung^{1/3} * Gesundheit^{1/3}$. Anders als bei einer rein additiven Verknüpfung der Dimensionen verhindert diese Vorgehensweise mögliche Kompensationseffekte, wie sie im Falle konträr verlaufender Werte zwischen mindestens zwei der Variablen auftreten könnten (vgl. UNDP 2010: 216). Daneben liegt keine theoretische Rechtfertigung für eine empirische Über- bzw. Unterrepräsentation einer der drei Einflussvariablen vor; die mathematische Modellierung einer anderen Aggregationsregel würde eine umfangreiche Begründung bedürfen, was hier nicht geleistet werden kann und auch in der Literatur bestenfalls am Rande diskutiert wird (vgl. hierfür Kovacevic 2010). Einzelne Kritiker beschreiben den so generierten Index zwar als subjektiv (vgl. Ravallion 1997: 632; Cahill 2005: 4); dieser Einwand ist jedoch insoweit vernachlässigbar, da der HDI direkt an der verwendeten Definition von sozioökonomischer Entwicklung ansetzt und diese ihrerseits zwar nicht als unum-

stritten, aber als durchaus konsensfähig angesehen werden kann. Die in die Regressionsanalysen eingehende Variable wird im Folgenden zwecks besserer Übersichtlichkeit als *GeoMittel_HDI* bezeichnet.

3.2.1.2 Operationalisierung der Einkommensungleichheit

Anliegen von Hypothese H2 ist die Überprüfung der kausalen Beziehung zwischen der Ungleichverteilung des Einkommens in der Bevölkerung und der demokratischen Entwicklung. In der Literatur herrscht – ähnlich wie auch bei der sozioökonomischen Entwicklung – dabei keineswegs Einigkeit über die geeignete Operationalisierung von Einkommensungleichheit. Verwendung finden einerseits „normative Messmethoden“, die eine Annahme bezüglich der sozialen Wirkung von Einkommensungleichheit unterstellen, und andererseits „positive Messmethoden“ (vgl. für die Gruppierung Sen 2009 [1975]: 45), was im Folgenden eingehend erläutert werden soll.

Normative Verfahren zur Messung von Einkommensungleichheit setzen an der subjektiven Erfassung wahrgenommener Einkommensunterschiede an, die in der Regel durch Bevölkerungsumfragen erhoben werden (vgl. für die unterschiedliche Methoden übersichtsblickartig Amiel 1998: 2 ff.). Hintergrund ist hierbei, dass eine statistische Maßzahl zur Beschreibung der Einkommensverteilung schon innerhalb der Datenerhebung immer vor dem Hintergrund ihrer ökonomischen Nutzenfunktion diskutiert werden sollte (vgl. erstmals Dalton 1920: 348). Neben der klassischen Vorgehensweise von Dalton wird dieser Ansatz in der Forschung seit Anfang der 1970er Jahre intensiv vorangetrieben (vgl. u.a. Atkinson 1970). Für die Datenerhebung selbst kommen dabei verschiedene quantitative mündliche oder schriftliche Befragungstechniken zum Einsatz, deren Unterschiede und Vielfalt in ihrer Fülle kaum noch zu rekapitulieren sind (vgl. bspw. Amiel/ Cowell 1992). Die Messung der Einkommensungleichheit durch individuelle Befragungen ist für die hier verfolgte Untersuchungsanlage jedoch kaum geeignet, da insbesondere keine länderübergreifenden Daten für den vollständigen Untersuchungszeitraum zur Verfügung stehen und die Befragungsergebnisse nicht ohne weiteres über Ländergrenzen hinweg vergleichbar sind.

Aus diesem Grund muss für die vorliegende Analyse auf eine positive Messmethode zurückgegriffen werden. In der Forschungsliteratur werden auch in diesem Bereich verschiedene Methoden diskutiert und verwendet: Bollen und Jackman (1985; ähnlich auch

Burkhart 1997 oder Barro 1999) greifen für ihre empirische Analyse auf Einkommensquintille zurück, wobei als Quelle zumeist die Datensammlung der Weltbank (vgl. World Bank 2010) herangezogen wird. Gegen die Verwendung dieses Verfahrens spricht insbesondere, dass die Einkommensunterschiede innerhalb der Quintille nicht erfasst werden können und somit eine Verzerrung der Werte vorliegen könnte.

In jüngster Vergangenheit wird von verschiedenen Autoren (vgl. Acemoglu/ Robinson 2006; Dunning 2008; Houle 2009) auch die Verwendung so genannter „capital shares“ zur Messung von Einkommensungleichheit angeregt. „Capital shares“ sind definiert als der Anteil der Kapitaleigentümer industrieller Unternehmen an der Wertschöpfung innerhalb einer Zeitperiode im Vergleich zu den abhängig Beschäftigten des gleichen Sektors (vgl. Houle 2009: 602). Dementsprechend wird so die Einkommenskonzentration auf die Kapitaleigentümer im industriellen Wirtschaftssektor gemessen. Die zu Verfügung stehenden Datensätze sind jedoch aus mehreren Gründen nicht für das vorliegende Untersuchungsdesign geeignet: Zentraler Kritikpunkt an der Verwendung von „capital shares“ ist deren Datenerhebung. Unter Rückgriff auf Umfragen bezüglich der Einkommensverhältnisse in großen Unternehmen werden weite Teile der Einkommensverhältnisse in kleineren oder in informellen Wirtschaftssektoren aktiven Unternehmen nicht erfasst (vgl. Freeman/ Quinn 2010: 19). Zwar tragen große Unternehmen auch in den postkommunistischen Transformationsstaaten einen großen Anteil zur jährlichen Wertschöpfung bei, eine Reduktion hierauf (und die daraus folgende Ausklammerung aller anderen Bereiche) erscheint jedoch nicht gerechtfertigt, zumal sich bei den Untersuchungseinheiten bis in die Gegenwart beträchtliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur sowohl im Quer-, als auch im Längsschnittvergleich feststellen lassen (vgl. Fabrizio/ Leigh/ Mody 2009). Auf der anderen Seite decken die verfügbaren Daten weiterhin entweder nicht vollständig den relevanten Untersuchungszeitraum ab (etwa die Daten von Rodriguez/ Ortega 2006) oder sind nicht öffentlich zugänglich (so die INDSTAT4-Datenbank der United Nations Industrial Development Organization 2011). Daneben existiert in der publizierten Literatur weder eine adäquate Dokumentation der Bestimmung der „capital shares“, noch werden die zahlreichen methodologischen Probleme umfassend diskutiert (vgl. etwa Houle 2009: 602; für eine umfangreiche Kritik vgl. Rodriguez/ Ortega 2006: 8 ff.). Aus diesen Gründen wird auf eine Verwendung der „capital shares“ für die Überprüfung von Hypothese H2 verzichtet.

In empirischen Analysen zur Messung von Einkommensungleichheit kommt am häufigsten der Gini-Koeffizient zur Anwendung, was auch dem Standardvorgehen in der

Modernisierungstheorie entspricht (vgl. bspw. Muller 1988, 1995; Papaioannou/ Siourounis 2005; Ansell/ Samuels 2010). Dieser Koeffizient, der ursprünglich von Corrado Gini (1921) entwickelt wurde, ist definiert als „*the ratio of the difference between the line of absolute equality [...] and the Lorenz curve*“ (Sen 2009: 51), wobei die Lorenz-Kurve (vgl. Lorenz 1905) die relative Konzentration innerhalb der Einkommensverteilung im Verhältnis zu den kumulierten Einkommen der gesamten Bevölkerung eines Landes angibt. Seiner mathematischen Logik zufolge beschreibt der Gini-Koeffizient inhaltlich, inwieweit die individuellen Einkommen von einer perfekten Gleichverteilung abweichen. Der Koeffizient variiert dabei zwischen 0 und 1 und wird umso größer, je ungleich verteilter die Einkommen sind.

Der Gini-Koeffizient wird sowohl durch nationale Statistikbehörden, als auch von den unterschiedlichen internationalen Organisationen verschiedenartig definiert und unterliegt demzufolge starken mathematischen Beeinflussungsmöglichkeiten (vgl. Sen 2009: 51). Dies schlägt sich insbesondere in unterschiedlichen publizierten Werten innerhalb der verschiedenen Datenbanken nieder.⁴⁵ Die umfassendste Dokumentation des Gini-Koeffizienten für die Untersuchungseinheiten wird durch das TransMONEE-Projekt der Vereinten Nationen (vgl. UNICEF 2011) zur Verfügung gestellt. Diese Datenbank hat etwa gegenüber zur „World Development Indicators Database“ der Weltbank (vgl. World Bank 2010) oder der Datensammlung von Deininger und Squire (1996) den deutlichen Vorteil, dass eine größere Anzahl von Messpunkten zur Verfügung steht.

Trotz diesen vermeintlichen Vorteils weist der TransMONEE-Datensatz einige fehlende Werte auf, deren Behandlung nachfolgend erläutert werden muss. Da dieses Problem direkt die in die Regressionsanalysen eingehende Fallzahl negativ beeinflussen würde, wird auf das Verfahren der linearen Inter- und Extrapolation für die Ersetzung fehlender Gini-Koeffizient-Werte zurückgegriffen (vgl. zur Logik etwa Bortz/ Schuster 2010: 33).⁴⁶ Da in den angestrebten Regressionsanalysen ein lineares Schätzverfahren zur Anwendung kommen wird (vgl. Kapitel 4.1), sollte dieses Vorgehen, welches für insgesamt 17 Werte angewendet wurde, zur partiellen Überwindung des Problems fehlender Daten geeignet sein. Auf Inter- und/ oder Extrapolationen über einen einjährigen Zeitraum hinaus wird verzichtet, da die lineare Trendberechnung angesichts der Volatilität

⁴⁵ Aus diesem Grund kann für die Ersetzung fehlender Werte auch keine Kombination mehrerer Datenbanken durchgeführt werden.

⁴⁶ In der Literatur werden auch andere Verfahren zur Behandlung fehlender Werte diskutiert. Da diese mit unterschiedlichsten mathematischen Problemen behaftet sind, wird für diese Analyse darauf verzichtet (vgl. etwa für ein mögliches Verfahren King et al. 2001).

des Gini-Koeffizienten zu Verzerrungen der Werte führen dürfte und dementsprechend nicht gerechtfertigt ist. Nachfolgend wird die Variable „Einkommensungleichheit“ für die Regressionsanalyse als *Gini_Koeffizient* bezeichnet.

3.2.2 Operationalisierung der exogenen Modernisierung

Nach der Operationalisierung der ersten beiden zentralen unabhängigen Variablen werden nachfolgend die Variablen der exogenen Modernisierung zur Überprüfung von Hypothese H3 und H4 vorgestellt. Wie bereits innerhalb von Kapitel 2.3 beschrieben, wird hier – anders als die meisten Untersuchungen zum Zusammenhang von Globalisierung und Demokratie – ein deutlich breiterer Zugang verfolgt, was sich dementsprechend auch in der Datenerhebung niederschlagen muss. Aus der vorgenommenen analytischen Trennung zwischen ökonomischer und sozialer Globalisierung – bei gleichzeitiger Ausklammerung kultureller, politischer oder institutioneller Aspekte – ergibt sich weiterhin, dass die Operationalisierung der Variablen in zwei Schritten zu erfolgen hat. Im Folgenden wird hier zuerst auf die ökonomischen, anschließend auf die sozialen Gesichtspunkte von Globalisierung eingegangen. Den Abschluss bildet die Darstellung der gewählten Logik zur Datenaggregation, wodurch die einzelnen Variablen des jeweiligen latenten Konstruktes von Globalisierung zusammengefasst werden.

3.2.2.1 Operationalisierung der ökonomischen Globalisierung

Bei der Operationalisierung der ökonomischen Aspekte von Globalisierung lassen sich zwei unterschiedliche Messstrategien identifizieren, aus denen es im Folgenden den zweckmäßigsten Ansatz auszuwählen gilt (vgl. für die folgenden Ausführungen Bodenstein 2006: 245 f.). Dabei wird zwischen so genannten Verhaltenindizes und regulatorischen Indizes unterschieden: Im Bereich des zuletzt genannten Verfahrens werden in der Forschung verschiedene Methoden diskutiert (vgl. etwa Sachs et al. 1995; Quinn 1997; Bodenstein/ Plümper/ Schneider 2003; Wacziarg/ Welch 2004), die jedoch alle Strukturen von politischen Handelshemmnissen eines Landes zu messen versuchen, ohne die tatsächlichen Waren- oder Kapitalströme – und in diesem Sinne grenzüberschreitende soziale Interaktionen – zu erfassen. Gegen die Verwendung eines regulatorischen Index spricht vor allem deren als problematisch einzustufende Kausalbeziehung

mit der demokratischen Entwicklung. Regulatorische Indizes nehmen einen starken Bezug auf politische Outputs bezüglich verschiedener Sachverhalte der ökonomischen Globalisierung. Vor diesem Hintergrund kann hier argumentiert werden, dass solche Outputs – unabhängig ihrer Ausgestaltung – einem Globalisierungsprozess kausal vorgelagert wären, was der Hypothese H3 entgegengesetzt wäre. Daneben existieren insbesondere für die 1990er-Jahre kaum valide Daten zur Bildung eines regulatorischen Index, die für die Untersuchungseinheiten in umfassender Form vorliegen. Aus diesem Grund wird die Verwendung eines solchen für diese Studie verworfen.

Ein Verhaltensindex misst im Gegensatz dazu den realen Handelsumfang eines Landes mit anderen Ländern und lässt daher, wenn zusätzlich auch internationale Kapitalflüsse berücksichtigt werden, den Schluss auf den tatsächlichen Grad an grenzüberschreitender ökonomischer Interaktion zu. Ein solcher Index setzt sich dabei zumeist aus zwei verschiedenen Gesichtspunkten zusammen, die nachfolgend definiert und kurz vorgestellt werden sollen: Erster Aspekt der zu bildenden Variablen ist das Verhältnis von international gehandelten Gütern sowie Dienstleistungen zu der Gesamtwirtschaftsleistung eines Landes. Diese so genannte Handelsintensität wird in der Globalisierungsliteratur üblicherweise definiert als die Summe von Im- und Exporten, wobei diese Maßzahl zumeist unreflektiert um das länderspezifische Bruttoinlandsprodukt korrigiert wird (vgl. für diese Operationalisierung und weitere Spezifikationen Squalli/ Wilson 2006). Die so generierte Maßzahl repräsentiert das Ausmaß an Verflechtungen mit der Weltwirtschaft in Bezug auf reale Güter und Dienstleistungen im Verhältnis zum ökonomischen Wohlstand eines Landes. Quelle für die *Rohdaten* für die Im- und Exporte ist dabei die „World Economic Outlook Database“ des Internationalen Währungsfonds (vgl. IMF 2010).

Unter „Foreign Direct Investments“ (FDI) werden allgemein *„international capital flows in which a firm in one country creates or expands a subsidiary in another“* (Krugman/ Obstfeld 2009: 163) verstanden und erfassen damit die internationalen Kapitalflüsse.⁴⁷ Zentrales Charakteristikum der FDI ist dabei, dass es sich bei dieser Art von Kapitalflüssen zumeist um langfristig angelegte Investitionen handelt und durch den Kauf von Firmenanteilen oder Immobilien auch die Kontrolle über das Investitionsob-

⁴⁷ Auf den Einbezug der Portfolio-Investments, als zweite mögliche Komponente internationaler Kapitaltransfers, wird hier verzichtet, da die verfügbaren Daten als nur begrenzt valide eingestuft werden können. Daneben kann aus theoretischer Perspektive argumentiert werden, dass Portfolio-Investments auf Grund ihrer Anlage als extrem kurzfristige und damit stark volatile Investitionen in Aktien und andere Wertpapiere gelten, wodurch diese kaum einen Einfluss auf einen Globalisierungsprozess im Sinne der Definition nehmen dürften.

jekt erworben wird. Für die Analyse werden die FDI-Bestandsdaten („FDI-stocks“) der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD 2010) in laufenden US-Dollars verwendet; erfasst werden hierbei alle FDI, bei denen ein Investor mehr als zehn Prozent der Anteile an einem Investitionsobjekt hält. Für den Gebrauch der „FDI-stocks“ im Gegensatz zu den FDI-Stromgrößen („FDI-flows“) spricht auf der einen Seite deren geringere Volatilität im Zeitablauf; auf der anderen Seite muss bei der Verwendung der „FDI-stocks“ keine Korrektur für unterjährige Anpassungen wie statistisch bedingten Reklassifikationen von Portfolio- zu Foreign Direct Investments vorgenommen werden, da sich diese Art Effekte bereits in den Daten widerspiegeln (vgl. Duce 2003: 7). Somit dürften die Bestandsdaten für die anstrebte kombinierte Quer- und Längsschnittbetrachtung besser geeignet sein (vgl. Schulze/ Ursprung 1999: 305; Kessler 2007: 10).

3.2.2.2 Operationalisierung der sozialen Globalisierung

Neben der beschriebenen Messung der ökonomischen Globalisierung, wurde mit der vierten Hypothese auf die soziale Komponente von Globalisierung verwiesen, die erst in jüngerer Vergangenheit theoretisch als auch noch später empirisch in der Forschung aufgegriffen wurde (vgl. etwa Held et al. 1999; Scholte 2000; Kessler 2009). Aus diesem Grund steht kein generell anerkanntes Verfahren für die Operationalisierung dieses Aspektes zur Verfügung, was die Entwicklung eines eigenen Ansatzes für die vorliegende Untersuchung notwendig macht.

In der Globalisierungsforschung werden von einer Vielzahl von Autoren unterschiedliche Messinstrumente zur Erfassung der sozialen Dimension vorgestellt. Sowohl innerhalb der in der Zwischenzeit zahlreich erschienen Globalisierungsindizes (vgl. Dreher 2006; A.T. Kearney/ Foreign Policy 2007; Martens/ Raza 2009),⁴⁸ als auch bei eher Einzelindikatoren-orientierten Autoren (vgl. Held et al. 1999; Kessler 2007, 2009) herrscht jedoch keine Einigkeit darüber, welche Variablen im Einzelnen herangezogen werden sollen. Auf Basis der von Dreher und Kollegen (2010: 180) getroffenen Einschätzung weisen der so genannte „Maastricht Globalisation Index“ (vgl. Zywiets 2003;

⁴⁸ Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Indizes sollen an dieser Stelle nicht vertiefend diskutiert werden, da eine Verwendung dieser aus verschiedenen konzeptionellen Schwierigkeiten, mangelnder Datenvalidität oder inkonsequenter Aggregationsregeln nicht in Frage kommt (vgl. für umfangreiche Kritiken De Lombaerde/ Iapadre 2008; Dreher et al. 2010).

Martens/ Zywiets 2006; Martens/ Raza 2009) und der „KOF Globalization Index“ (vgl. Dreher 2006; Dreher/ Gaston/ Martens 2008) die methodisch anspruchsvollsten Konzeptionen auf. Beide Indizes sind jedoch in der analytischen Aufspaltung der einzelnen Unterkategorien von Globalisierung wenig trennscharf, was zu Überschneidungen in den Messkategorien führt. Aus diesem Grund wird für die Operationalisierung des Konstruktes „soziale Globalisierung“ auf den jüngst erfolgten Vorschlag von Kessler (2007, 2009) zurückgegriffen, der zwischen internationalen Transport- und Kommunikationskanälen für die Darstellung sozialer Globalisierung unterscheidet.

Als erste Komponente für letztgenannte Kategorie bietet sich die Messung über die Häufigkeit der Internetnutzung an, welches auch bei allen anderen gängigen Quantifizierungsversuchen Verwendung findet. Dies geschieht mittels des von der Weltbank (2010) publizierten Indikators „Internetnutzer pro 100 Einwohner“, der die Nutzerzahlen aus verschiedenen Quellen in einer Datenbank zusammenführt. Diese Rohdaten lassen zwar unglücklicherweise keine direkte Aussage über die Qualität und die tatsächliche Häufigkeit der Nutzung zu; dieser Einwand ist dabei insoweit unproblematisch, da davon auszugehen ist, dass die vorhandenen technischen Ressourcen auch tatsächlich regelmäßig genutzt werden.

Weiterführend werden die grenzüberschreitenden Kommunikationsflüsse auch durch den nachfolgend als „internationaler Telefonverkehr“ bezeichneten Indikator gemessen. Ähnlich wie die Internetnutzung hat sich der transnationale Telefonverkehr auf Grund stark verbesserter technischer Möglichkeiten und dem deutlich gesunkenen Preisniveau in den vergangenen Jahrzehnten stark erhöht. Komparativ vergleichbare Daten werden dabei von der International Telecommunication Union (vgl. ITU 2010) innerhalb der „World Communication/ ICT Indicators Database“ zur Verfügung gestellt. Als Indikator wird die Anzahl der eingehenden grenzüberschreitenden Telefonminuten herangezogen.⁴⁹

Neben der Erfassung der internationalen Kommunikationskanäle, müssen – gemäß dem Kessler’schen Schema – auch die globalen Transportwege für die soziale Globalisierung erfasst werden. Diese Vorgehensweise erscheint auch insofern plausibel, dass insbesondere die flächendeckende Verbreitung des Internets in den zu untersuchenden Transformationsstaaten deutlich später als etwa in den OECD-Staaten einsetzte (vgl. Kornai

⁴⁹ Die Datenbank stellt auch die Anzahl der ausgehenden internationalen Telefonminuten zur Verfügung. Eine Kombination aus beiden Indikatoren würde zwar ein noch genaueres Abbildung des transnationalen Telefonverkehrs zeichnen; die Daten für die ausgehenden Telefonminuten weisen jedoch eine sehr hohe Anzahl an Missings auf, weswegen auf eine Verwendung verzichtet werden muss.

2006: 225); daneben ergeben sich für einzelne Staaten Probleme bei der Datenverfügbarkeit für Mitte der 1990er Jahre (vgl. McDaniel 2003: 142), woraus eine Verzerrung resultieren könnte. Zur Messung dieser zweiten Komponente werden in dieser Analyse die internationalen Tourismusströme sowie die internationalen Luftfahrtpassagiere herangezogen.

Im Vergleich zu den beiden Indikatoren der internationalen Kommunikationsströme lässt sich für die beiden letzten Jahrzehnte ein ähnlich starker Anstieg der grenzüberschreitenden Tourismusströme nachweisen (vgl. Held et al. 1999; Steiner 2008). Die Touristenströme werden hier der ebenso häufig verwendeten Erfassung von Migrationsströmen vorgezogen. Gerade die Daten für grenzüberschreitende Migration unterscheiden sich auf Grund hoher, nicht erfasster Dunkelziffern deutlich hinsichtlich ihrer Qualität, wobei dieses Problem gerade in den postkommunistischen Transformationsstaaten eine hohe Relevanz besitzt (vgl. Mansoor/ Quillin 2007: 26 ff.). Als Datenquelle für die Erfassung der internationalen Tourismusströme bietet sich erneut die „World Development Indicators Database“ (vgl. World Bank 2010) an. Dieser werden die beiden Größen ankommende und ausreisende Touristen aus beziehungsweise in das Ausland entnommen und per Addition in eine Maßzahl überführt.

Den letzten Operationalisierungsaspekt bilden die internationalen Luftpassagiere. In diesem Indikator lässt sich sehr gut die steigende internationale Mobilität von Individuen abbilden, die sich in grenzüberschreitenden, unmittelbar physischen Kontakte äußern. Kessler (2009: 57) weist zu Recht darauf hin, dass die Erfassung dieses Aspektes durch den Luftverkehrsweg besser geeignet ist als etwa die Quantifizierung durch die internationalen Schifffahrt- oder Kraftfahrzeugbewegungen. Dies resultiert auf der einen Seite daraus, dass nicht alle Staaten über einen vergleichbaren Anteil an Küstenregionen verfügen; auf der anderen Seite können Kraftfahrzeuge zwar international eingesetzt werden, für tatsächlich globale Reisen sind sie jedoch auf Grund der großen Entfernungen ungeeignet. Komparative Daten zur Abbildung des Sachverhalts finden sich in dem Indikator „Anzahl der transportierten Luftfahrtpassagiere“, der von der Weltbank zur Verfügung gestellt wird (vgl. World Bank 2010). In dieser Maßzahl werden alle nationalen und internationalen Passagiere zusammengefasst, wobei unglücklicherweise keine separate Ausweisung für die Anzahl der internationalen Flugpassagiere erfolgt. Dieser berechtigte Kritikpunkt fällt jedoch insoweit nicht ins Gewicht, da alternative Datenbanken entweder nicht öffentlich zugänglich sind (vgl. etwa die Daten der International Civil Aviation Organization 2008), nicht alle Passagierbewegungen erfas-

sen (vgl. Association of European Airlines 2007) oder den Untersuchungszeitraum nicht vollständig abdecken (vgl. Eurostat 2010: 496 ff.). Diese Einschränkungen würden letztendlich in einer Unverwendbarkeit des Indikators münden (vgl. für weitere Kritikpunkte Arndt 2002: 21 f.). In Anbetracht der mangelnden Alternativen wird, trotz der erwähnten Schwachpunkte,⁵⁰ hier davon ausgegangen, dass der Indikator der Weltbank zumindest näherungsweise dem zu messenden Konstrukt entspricht und dementsprechend für die Analyse verwendet werden kann.

3.2.2.3 Aggregation der Variablen exogener Modernisierung

Gemäß der in Kapitel 2.3 vorgestellten Globalisierungsdefinition im Sinne einer vertieften internationalen Interaktion müssen die vorgestellten Indikatoren eine weitergehende Korrektur erfahren.⁵¹ In der empirischen Globalisierungsforschung kann etwa eine stark positive Beziehung zwischen der Bevölkerungsgröße eines Landes und dessen internationalen Verflechtungen beobachtet werden (vgl. Milner/ Kubota 2005: 123), was partiell auch schon in die modernisierungstheoretische Forschung aufgenommen wurde (vgl. Milner/ Mukherjee 2009: 168): Kleinere Länder verfügen tendenziell über eine stärkere Einbindung in die internationale Wirtschaftsbeziehungen, da die Binnenwirtschaft keine ausreichenden Wachstumseffekte zu erzeugen vermag (vgl. Katzenstein 1985: 22; Katzenstein 2003: 27). Zwecks Kontrolle dieses Aspektes wird für die Korrektur der Globalisierungsvariablen auf den Vorschlag von Kessler (2007: 11 f.) zurückgegriffen, die entsprechenden Variablen – nicht wie sonst üblich durch das Bruttoinlandsprodukt – sondern durch die Bevölkerungsgröße eines Landes zu teilen, soweit dieser Aspekt nicht schon durch die empirischen Daten selbst abgebildet wird. Die so korrigierten Variablen beschreiben daraus folgend die jeweilige durchschnittliche internationale ökonomische bzw. soziale Interaktion pro Kopf, was der Definition von Glo-

⁵⁰ Wenig beachtet bei der Verwendung dieses Indikators bleibt zumeist die Reduzierung auf die Passagierzahlen von Fluggesellschaften, die in dem entsprechenden Land registriert sind. Dies ist insoweit unproblematisch, da sich für die postkommunistischen Staaten keine Anzeichen einer Über- bzw. Unterrepräsentation einer Gesellschaft ergeben.

⁵¹ Besonders in der makroökonomischen Theorie hat sich in jüngerer Vergangenheit durchgesetzt, auch die geographische Lokalität eines Staates mittels eines Gravitationsmodells in die jeweiligen Analysen einzubeziehen (vgl. Frankel/ Romer 1999: 379 ff.; einführend auch Krugman/ Obstfeld 2009: 13 ff.). Da eine solche Modellierung mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist und zudem kaum brauchbare Sekundärdaten zur Verfügung stehen, wird auf diesen Aspekt für die empirische Analyse verzichtet.

balisierung näherungsweise entspricht. Die Daten für die Bevölkerungsgröße stammen dabei vom Internationalen Währungsfonds (vgl. IMF 2010).

Die nachfolgende Tabelle 6 zeigt die sechs vorgestellten Variablen, die das latente Konstrukt „Globalisierung“ aus theoretischer Perspektive abbilden, wobei zusätzlich die jeweilige Dimension und Unterkategorien, die spezifischen Variablendefinitionen und die Datenquellen angegeben werden:

Tabelle 6: Dimensionen und Variablen der ökonomischen und sozialen Globalisierung

<i>Dimension</i>	<i>Kategorie</i>	<i>Variable</i>	<i>Definition</i>	<i>Quelle</i>
Ökonomische Globalisierung	Internationaler Handel	Handelsintensität	Summe des Güterwertes aus Im- und Exporten in konstantem US-Dollar, pro Kopf	IMF (2010)
	Internationale Kapitalflüsse	Foreign Direct Investments	Bestand ausländischer Direktinvestitionen in laufendem US-Dollar, pro Kopf	UNCTAD (2010); IMF (2010)
Soziale Globalisierung	Internationale Kommunikation	Telefonverkehr	Eingehende Gesprächsminuten aus dem Ausland, pro Kopf	ITU (2011)
		Internetnutzer	Personen mit Zugang zum Internet, pro 100 Einwohner	World Bank (2010)
	Internationale Transporte	Tourismus	Summe aus touristischen Ankünften und Ausreisen, pro Kopf	World Bank (2010); IMF (2010)
		Luftfahrtpassagiere	Anzahl beförderter Luftfahrtpassagiere, pro Kopf	World Bank (2010); IMF (2010)

Quelle: Eigene Darstellung.

Zur Überprüfung, ob die beiden Dimensionen von Globalisierung auch empirisch in einem Faktor verdichtet werden können, werden zwei voneinander getrennte explorative Hauptachsenanalysen durchgeführt. Diese Vorgehensweise gehört in jüngster Vergangenheit fast schon zum Standardvorgehen in der Globalisierungsforschung, bei dem aus den verschiedenen Einzelvariablen ein Globalisierungsindex zu erstellen versucht wird (vgl. anstatt vieler Dreher 2006; Vujakovic 2009). Als Teil der Faktorenanalyse hat die Hauptachsenanalyse zum Ziel, die Varianz von Variablen mittels hypothetischer Faktoren zu erklären und dient demgemäß der Ursachenaufdeckung der Korrelationen zwischen verschiedenen Variablen (vgl. Backhaus et al. 2008: 350 f.). Die Anzahl der zu extrahierenden Faktoren wird a priori auf 1 festgelegt,⁵² da hier lediglich von jeweils

⁵² Üblicherweise wird in der empirischen Sozialforschung das Eigenwertkriterium für die Entscheidung über die Anzahl der zu extrahierenden Faktoren verwendet. Dieses besagt, dass alle Faktoren, die über einen Eigenwert > 1 verfügen, auszugeben sind (vgl. Kaiser/ Dickman 1959). Hierauf wird verzichtet, wobei sich keine Anzeichen ergeben, dass auch bei Anwendung dieses Verfahrens mehr als ein Faktor extrahiert werden würde.

einem theoretisch relevanten Faktor (ökonomische bzw. soziale Globalisierung) ausgegangen wird.

Aus der Ergebnisbetrachtung der Hauptachsenanalysen ergibt sich, dass die aus theoretischer Sicht relevanten Variablen – mit Ausnahme des „Telefonverkehrs“ – auch empirisch in dem jeweiligen Faktor zusammengefasst werden können. Dies resultiert aus den Korrelationsmatrizen zur Prüfung der Voraussetzungen für eine Hauptachsenanalyse.⁵³ Die Variable „Telefonverkehr“ hingegen muss demgegenüber aus der weiteren Analyse ausgeschlossen werden. Ihr Einbezug verringert auf der einen Seite die erklärte Varianz des Faktors „soziale Globalisierung“ nachdrücklich, daneben ist die Höhe der extrahierten Faktorladung deutlich kleiner als 0,5, was in der empirischen Sozialforschung als Schwellenwert gilt (vgl. Backhaus et al. 2008: 356). Dies dürfte nicht zuletzt mit den oben bereits angesprochenen Unvollständigkeiten in dem ITU-Indikator zusammenhängen. Trotz dieses notwendigen Ausschlusses bleibt die Globalisierungsdimension „internationale Kommunikation“ weiterhin durch die Internetnutzer abgedeckt, die empirisch sehr gut mit den anderen beiden Variablen harmoniert.

Aus den Ausgangsdaten werden die beiden folgenden Faktormatrizen extrahiert, deren Eignungen insgesamt als durchaus zufriedenstellend beurteilt werden können (erklärte Varianz der ökonomischen Globalisierung = 86,996 Prozent; erklärte Varianz der sozialen Globalisierung = 52,306 Prozent):

Tabelle 7: Faktormatrizen für die Variablen der ökonomischen und sozialen Globalisierung

<i>Faktormatrix a)</i>	Faktor
	<i>Ökonomische Globalisierung</i>
Handelsintensität	0,933
Foreign Direct Investments	0,933

<i>Faktormatrix b)</i>	Faktor
	<i>Soziale Globalisierung</i>
Internetnutzer	0,799
Tourismus	0,714
Luftfahrtpassagiere	0,649

Quelle: Eigene Berechnungen.

⁵³ So weisen beide Hauptachsenanalysen einen signifikanten Bartlett-Test für Sphärität aus (vgl. Bartlett 1950). Die Signifikanz des Testes bejaht die Hypothese, ob die Variablen in der Grundgesamtheit miteinander korrelieren. Daneben wird in beiden Fällen auch das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium mit Werten deutlich über 0,5 erfüllt (vgl. Kaiser/ Rice 1974). Mittels dieser Maßzahl wird weitergehend überprüft, ob sich die Indikatoren auch tatsächlich durch einen Faktor darstellen lassen.

Aus der Hauptachsenanalyse werden zusätzlich für beide Konstrukte die Faktorwerte für alle Untersuchungseinheiten erhoben. Bei Faktorwerten handelt es sich – technisch gesprochen – um die mit den standardisierten Ausgangsdaten multiplizierten Faktorladungen. Inhaltlich wird so erfasst, wie stark die Einflussvariablen für die jeweilige Untersuchungseinheit auf dem Faktor ausgeprägt sind (vgl. Bortz/ Schuster 2010: 393). Der Faktor für die ökonomische Globalisierung wird für die empirische Analyse nachfolgend als *Faktor_OekGlobalisierung*, der für die soziale Komponente als *Faktor_SozGlobalisierung* bezeichnet und zur Überprüfung von Hypothese H3 bzw. H4 in die Regressionsgleichungen eingefügt.

3.3 Operationalisierung der Kontrollvariablen

Neben den nun spezifizierten zentralen Einflussvariablen hat es sich in den zahlreichen veröffentlichten empirischen Analysen als notwendig herausgestellt auch verschiedene Kontrollvariablen für die Messung zu verwenden. Dadurch kann insbesondere die mögliche Gefahr von Scheinkorrelationen zwischen den vorgestellten unabhängigen und der abhängigen Variable vermieden werden. In der Literatur herrscht dabei keineswegs Einigkeit über die Art der einzubeziehenden Kontrollfaktoren, weswegen hier nicht auf eine vorgefertigte Datensammlung zurückgegriffen wird. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund der Beschränkung auf die postkommunistischen Transformationsstaaten, deren spezifischen Gegebenheiten sicher nicht zwangsläufig deckungsgleich mit Kontrollvariablen für vergleichende Analysen auf globaler Ebene sind.

3.3.1 Operationalisierung der ethnischen Fraktionalisierung

In jüngerer Vergangenheit wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit auch die ethnisch-kulturellen Gegebenheiten eines Landes den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Wohlstand und Demokratie beeinflussen. In einer Vielzahl von empirischen Studien wird dieser Aspekt dementsprechend beachtet und statistisch bereinigt (vgl. u.a. Londregan/ Poole 1996; Barro 1999; Boix/ Stokes 2003; Epstein et al. 2006).

Die Frage nach dem Einfluss dieser Art von Faktoren ist dabei keineswegs neu; aus theoretischer Perspektive wird dabei das Argument angeführt, dass eine ethnische Kul-

tur, die vor einer Mehrzahl der Bevölkerung eines Landes geteilt wird, die Bildung einer gemeinsamen Identität und einer emotionalen Grundüberzeugung fördert (vgl. Dahl 1998: 150). In der Forschung hat sich dabei herausgestellt, dass insbesondere die Kultur des Islams eher unvorteilhaft, der Protestantismus hingegen als vorteilhaft für die demokratische Entwicklung eines Landes (vgl. Midlarsky 1998: 499; Houle 2009: 603) oder die Qualität einer Demokratie (vgl. La Porta et al. 1999: 224) angesehen werden kann. Zusätzlich kann davon ausgegangen werden, dass eine von der Mehrzahl getragene religiöse Grundeinstellung in einem Kulturraum die individuelle Toleranz gegenüber einer großen gesamtgesellschaftlichen Einkommensungleichheit positiv beeinflusst (vgl. Milanovic/ Gradstein/ Ying 2001: 33 ff.; Houle 2009: 603).

In Bezug auf die postkommunistischen Transformationsstaaten lässt sich feststellen, dass diese Länder über eine im internationalen Vergleich recht hohe ethnische und kulturelle Diversität verfügen, was sich daraus folgend in heterogen zusammengesetzten Staaten äußert (vgl. Fearon 2003: 17). Zusätzlich herrschen auch zwischen den untersuchten postkommunistischen Staaten beträchtliche Unterschiede (vgl. Fearon 2003: 18), was die Notwendigkeit der Kontrolle für die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung innerhalb eines Landes zusätzlich unterstreicht.

Die Operationalisierung dieses Sachverhalts erfolgt anhand der Variable *ethn_Fraktionalisierung*, was hier die „*probability that two randomly drawn individuals from the population belong to two different groups*“ (Alesina et al. 2003: 156) beschreibt.⁵⁴ Die Messwerte entstammen der von Alesina und Kollegen (2003: 184 ff.) zur Verfügung gestellten Datenbank. Der Wert 0 beschreibt inhaltlich, dass alle Bürger eines Staates der gleichen ethnischen Gruppe angehören; der Wert 1 zeigt demgegenüber auf, dass eine hochgradige ethnische Fraktionalisierung in der Gesellschaft vorliegt. Diese Vorgehensweise hat gegenüber der Verwendung der prozentualen Verteilung der ethnischen Gruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung den Vorteil, dass lediglich eine Maßzahl angewendet werden muss und daraus folgend die Interpretation erleichtert wird. Aus den geäußerten theoretischen Argumenten wird ein negativer Effekt einer starken ethnischen Fraktionalisierung auf die demokratische Entwicklung erwartet.

⁵⁴ Neben dieser Vorgehensweise werden in der Literatur auch weitere Möglichkeiten zur Messung ethnischer Fraktionalisierung diskutiert. Diese bilden jedoch entweder kein vollständiges Bild des Sachverhalts ab (etwa bei Easterly/ Levine 1997) oder sind mit dem Problem behaftet, dass nicht für alle Untersuchungseinheiten zuverlässige und aktuelle Daten vorliegen (so bei Annett 2001).

3.3.2 Operationalisierung des Snowballing Effects

Wie bereits in Kapitel 2.3 aufgezeigt, hat sich innerhalb der Transformationsforschung die Idee einer Diffusion der Demokratie als äußerst fruchtbar erwiesen. Dieser Begriff zielt für die theoretische Herleitung des Zusammenhangs von sozialer Globalisierung und demokratischer Entwicklung auf den internationalen interaktiven Austausch von demokratischen Einstellungen ab.

Weitergehend wird der Begriff jedoch auch für einen ähnlich gelagerten, aber keineswegs identischen Sachverhalt verwendet (vgl. Gleditsch/ Ward 2006): Der Übergang in ein demokratisches System und der Fortbestand der Demokratie in einem Land hängt davon ab, ob und wie viele seiner Nachbarstaaten ebenfalls als demokratisch deklariert werden können.⁵⁵ Weiterhin ist bei den beiden Begriffen zwischen einer bürger- und einer elitenorientierten Ebene zu unterscheiden (vgl. Berg-Schlosser 2008: 31). Während sich die erst genannte Ebene bereits in der theoretischen Konzeption der sozialen Globalisierung widerspiegelt und für die Kontrollvariable keine weitere Rolle spielt, zielt die Elitenebene viel stärker auf eine aktiv betriebene politische Unterstützung durch inter- oder supranationale Akteure und Organisationen ab. Zur terminologischen Abgrenzung wird diese zweite Betrachtungsweise von Diffusion nachfolgend als „snowballing effect“ (Huntington 1991: 100) bezeichnet.⁵⁶

Die Bedeutung dieses Effektes hat sich in der empirischen Forschung als außerordentlich relevant für die postkommunistischen Transformationsstaaten erwiesen. McFaul (2002: 241) zeigt, dass etwa Rumänien und Bulgarien ihre Demokratiebestrebungen durch die Aussicht auf einen möglichen Beitritt in die Europäische Union oder die NATO verstärkten. Auch in der deutschsprachigen Forschung wurde dieser Effekt mehrfach bestätigt (vgl. Pickel 2003; Kutter/ Trappmann 2006; Kneuer 2007; Ismayr 2010), wobei hier insbesondere die Bedeutung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union hervorgehoben wird. Zurückzuführen ist dieser Effekt auf das im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen sehr breite Spektrum der Politikfelder, in denen die europäischen Institutionen unterstützend für die Anrainer- bzw. späteren Mitgliedsstaaten wirken (vgl. Dimitrova/ Pridham 2004: 94).

⁵⁵ Der Terminus „Nachbarstaat“ setzt nach gängiger Meinung nicht eine gemeinsame territoriale Grenze zwischen zwei Staaten voraus; vielmehr geht es dabei um eine gewisse kulturelle wie historische Nähe (vgl. Berg-Schlosser 2008: 31).

⁵⁶ In der Literatur wird dieser Sachverhalt mit so unterschiedlichen Begriffen wie „democratic dominoes“ (Starr 1991), „neighbor emulation“ (Brinks/ Coppedge 2006) oder „neighborhood effects“ (Berg-Schlosser 2008) titulierte.

Dementgegen konstatieren Kopecky und Mudde (2000: 532), dass auch ambivalente Effekte durch eine Annäherung an die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union möglich wären, etwa wenn die adaptierten Institutionen nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung treffen. Analog dazu wurde für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nachgewiesen, dass diese auch heute noch stark von den autoritären Tendenzen Russlands, als „Herz“ der ehemaligen Sowjetunion, abhängen (vgl. Diamond 2008: 206 f.). McFaul formulierte diese Vermutung bereits zeitlich früher prägnant durch den Ausdruck „*as Russia goes, so goes the region*“ (McFaul 2001: 91), wobei sich die pessimistische Einstellung gegenüber den baltischen Staaten nicht bestätigt hat.

Zur Operationalisierung soll hier nicht das durchschnittliche Niveau der demokratischen Entwicklung in den Untersuchungseinheiten oder eines weltweiten Samples zur Anwendung kommen (so etwa bei Kennedy 2010: 26), da sich hierin nicht die festgestellte qualitative Bedeutung einer EU-Mitgliedschaft widerspiegeln würde. Besser geeignet erscheint die Erstellung einer Dummy-Variablen *EU-Mitgliedschaft*, welche anzeigt, ob zu einem bestimmten Beobachtungszeitpunkt das entsprechende Land zu den Mitgliedern der Europäischen Union zählt. Die Referenzkategorie wird dabei auf 0 = „keine Mitglied“ festgesetzt; der Wert 1 steht demzufolge für die Ausprägung der Variablen „Mitglied der EU“. Gemäß den oben erläuterten Überlegungen dürfte von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein positiver Effekt auf die demokratische Entwicklung ausgehen.

3.3.3 Operationalisierung der Sowjetvergangenheit und der präautokratischen Demokratieerfahrung

Die institutionenökonomische Forschung hat sich jüngst verstärkt mit dem Einfluss von Kolonialismus auf die ökonomische und politische Performanz beschäftigt (vgl. Acemoglu/ Johnson/ Robinson 2001; Acemoglu et al. 2003). Die These dabei lautet, dass im Falle hoher Sterblichkeitsraten unter den (zumeist westeuropäischen) Siedlern in stärkerem Maße – und notfalls durch Gewalteinsatz – europäische Institutionen in den kolonialisierten Gebieten installiert wurden (vgl. Acemoglu/ Johnson/ Robinson 2001: 1374). In Folge von Pfadabhängigkeiten nehmen diese bis heute Einfluss auf den Wohlstand einer Volkswirtschaft und die Demokratie (vgl. Acemoglu/ Johnson/ Robinson 2001: 1395; La Porta et al. 1998). Durch das „Überstülpen“ von Institutionen, so

die These weiter, erhöht sich weiterhin die Anfälligkeit für ökonomische Volatilität und Krisen in den vormals kolonialisierten Gebieten (vgl. Acemoglu et al. 2003).⁵⁷

In Hinblick auf die postkommunistischen Transformationsstaaten folgt aus dieser Kolonialisierungsthese, dass der Zugehörigkeit eines Staates zur Sowjetunion in Verbindung mit der damit einhergehenden politischen wie ökonomischen Abhängigkeit ein negativer Einfluss auf die demokratische Entwicklung zugeschrieben werden muss. Dies betrifft etwa die baltischen Staaten sowie weiter die Mongolei, Moldawien und die Ukraine, die zum Teil – mit kurzen Unterbrechungen nach der Oktoberrevolution 1917 – seit dem 19. Jahrhundert zuerst stark mit dem russischen Zarenreich verbunden waren bzw. dann später in der Sowjetunion aufgingen. Aus diesem Grund wird in das Messmodell die Dummy-Variable *Sowjetunion-Zugehörigk.* eingeführt, die den Wert 0 für „Nicht-Sowjetunion-Zugehörigkeit“ und den Wert 1 für „Sowjetunion-Zugehörigkeit“ aufweist.

Eng verwandt mit dem Aspekt der Zugehörigkeit zur Sowjetunion ist zusätzlich die demokratische Erfahrung eines Landes, welche vor den autokratischen Umbrüchen in den 1930er- und/ oder 1940er-Jahren erlangt wurden. Erwartet wird dabei ein schwach-positiver Zusammenhang zwischen dieser präautokratischen Demokratieerfahrung und der aktuellen demokratischen Entwicklung. In Folge von demokratischen Erfahrungen in der Vergangenheit ist insbesondere die Beziehung zwischen Bürgern und Eliten einer Veränderung unterworfen: Die Bevölkerung verfüge in Folge der präautokratischen Erfahrungen über größere Möglichkeiten bezüglich einer Massenmobilisierung und daraus folgender Infragestellung eines Regimes (vgl. Houle 2009: 604); zusätzlich wird durch diese veränderte Bürger-Eliten-Beziehung auch die Stabilisierung und Strukturierung von Parteien sowie des Parteiensystems selbst verstärkt (vgl. Morlino 1995: 316). Daneben werden, so das Argument von Kornai (2006: 223), prodemokratische Werte und Normen auch familienintern von Generation zu Generation weitergereicht, was etwa die Ausbildung zivilgesellschaftlicher Elemente nach dem Ende eines autokratischen Systems erleichtern dürfte.

Für die postkommunistischen Transformationsstaaten müssen diese theoretischen Argumente jedoch in erster Linie auf Grund der langen Zeitdauer der autokratischen Herrschaft eingeschränkt werden. Auf der einen Seite können politische Eliten aus der präautokratischen Phase durch ihre altersbedingt geringe, wenn überhaupt vorhandene An-

⁵⁷ Dementgegen weisen allerdings vormals unter britischem Kolonialeinfluss liegende Staaten bis heute ein höheres Globalisierungsmaß als andere Länder auf (vgl. Mitchener/ Weidenmier 2008).

zahl nur eine geringe Relevanz besitzen. Weiterhin ist der Einfluss generationenübergreifender Weitergabe zivilgesellschaftlicher Traditionen in der Literatur umstritten. Während Beichelt (2001c) etwa diesem Aspekt schlichtweg die Relevanz entsagt, nehmen Merkel und Puhle (1999: 185 ff.), Kornai (2006: 223) oder Merkel (2010: 394 ff.) einen anderen Standpunkt ein. Die Autoren argumentieren, dass etwa in Polen, der Tschechoslowakei oder besonders stark in Ungarn sehr wohl auf zivilgesellschaftliche Erfahrungen in Folge habsburgerischer oder preußischer Herrschaftsvergangenheit zurückgegriffen werden konnte, wobei eine Überschätzung des Effektes wohl nicht angebracht ist.

Operationalisiert wird die präautokratische Demokratieerfahrung in der Literatur zumeist durch die einfache Häufigkeitsauszählung, wie oft ein Land einen Wechsel von einem autokratischen zu einem demokratischen Herrschaftssystem oder vice versa erfahren hat (so etwa Houle 2009: 604). Diese Vorgehensweise erscheint zu kurz gegriffen, da sich demokratische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Strukturen zumeist nur innerhalb langfristiger Zeiträume entwickeln und die Zählung der rein quantitativen Anzahl der Systemwechsel diesen Gesichtspunkt nicht erfassen kann. Aus diesem Grund wird als Kontrollvariable die Anzahl der Jahre, in denen ein Staat als grundlegend demokratisch eingestuft wurde – beginnend mit dem Ende des ersten Weltkrieges bzw. der Gründung eines Staates bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 – zu einer Maßzahl addiert. Die Maßzahl *Demokr. Erfahrung* bildet demzufolge die Gesamtzahl aller Jahre unter demokratischer Herrschaft ab.⁵⁸ Datenquelle bildet die PolityIV-Datenbank (vgl. Marshall/ Jaggers 2010), in der ein Land für diesen speziellen Aspekt dann als Demokratie eingestuft wird, wenn mehr demokratische als autokratische Merkmale vorliegen. Die PolityIV-Datenbank wird den Freedom House-Messwerten vorgezogen, da hier auch historische Daten für das frühe 20. Jahrhundert vorliegen.

⁵⁸ Daneben werden auch andere Messverfahren verwendet. Epstein und Kollegen (2006: 556) etwa kumulieren alle negativen Veränderungen in den Demokratiewerten über alle Untersuchungsjahre hinweg. Gegen diese Vorgehensweise spricht, dass eine negative Entwicklung der Demokratiewerte nicht gleichbedeutend mit einem tatsächlichen Regimewechsel ist.

3.3.4 Operationalisierung der Inflation

Als letzte Kontrollvariable muss die Inflationsrate eines Landes berücksichtigt werden. Inflation wird hier vereinfacht definiert als die Preissteigerungsrate für einen bestimmten Warenkorb innerhalb einer Zeitperiode, wobei auch ein negativer Ausschlag (Deflation) prinzipiell möglich ist.

In der Literatur wird aktuell diskutiert, ob mit steigender Inflation die Zufriedenheit mit der Demokratie absinkt (vgl. Wagner/ Schneider/ Halla 2009: 37) oder aber die Bereitschaft zur Wahl nicht-demokratischer Parteien steigt (vgl. Knigge 1998: 266; Friedrichsen/ Zahn 2010: 16). Zurückgeführt wird dieser Effekt darauf, dass die Präferenz von Bürgern nach stabilen Preisen nicht länger gegeben ist und dies zu einer negativen Beurteilung der wahrgenommenen demokratischen Performanz führt.

Der Einbezug der Variablen „Inflation“ – verstanden als Proxy für ökonomische Krisen (Rudra 2005: 713) bzw. ökonomische Stabilität (Berg et al. 1999: 20) – entspricht dabei auch dem Standard der modernisierungstheoretischen Forschung (vgl. Gasiorowski 1995: 886; Londregan/ Poole 1996: 11; Eichengreen/ Leblang 2006: 38), obwohl dieser Aspekt trotz seiner theoretischen Relevanz keine durchgängige Berücksichtigung erfährt (so etwa bei Lupu/ Murali 2009). Die Daten für die Inflationsrate werden der „World Economic Outlook Database“ des IMF (2010) entnommen und erfassen die durchschnittliche Steigerung der Konsumentenpreise pro Jahr.

Von verschiedenen Autoren wird auch die Verwendung der jährlichen Wirtschaftswachstumsraten (vgl. bspw. Boix/ Stokes 2003: 526; Kennedy 2010: 25) anstatt der Inflation diskutiert. Für die Verwendung der Variablen „Inflation“ sprechen jedoch mehrere Gründe, die nachfolgend kurz skizziert werden sollen: Insbesondere Mitte der 1990er Jahre wurde die Kontrolle der zuvor herrschenden hyperinflationären Tendenzen als entscheidendes Problem für die makroökonomische Stabilisation angesehen (vgl. Aslund et al. 1996: 217). Bis heute erfahren die meisten Staaten höhere Inflationsraten als etwa die weiterentwickelten OECD-Staaten (vgl. Benczúr/ Rátfai 2010; EBRD 2010: 34 f.),⁵⁹ was etwa auf die geringen Kompetenzen von Zentralbanken (vgl. Staehr 2010: 5) oder den tief greifenden strukturellen Wandel in Folge von Verschiebungen der Wertschöpfung zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren (vgl. Égert/ Pod-

⁵⁹ Einige Autoren (vgl. etwa Staehr 2010) gehen allerdings davon aus, dass es sich dabei lediglich um einen Konvergenzprozess handelt, in dessen Folge sich die Inflationsraten mit steigendem Wohlstand stärker an die Raten in hoch entwickelte Volkswirtschaften anpassen.

piera 2008: 5) zurückgeführt werden kann. Da die Untersuchungseinheiten teilweise auch in konjunkturellen Abschwungphasen der OECD-Staaten ein positives Wirtschaftswachstum vorweisen und der Nachweis, dass Inflation zu Unzufriedenheiten mit der Demokratie führt, empirisch abgesichert erscheint (vgl. für postkommunistische Transformationsstaaten den Überblick in Lewis-Beck/ Stegmaier 2000: 210 f.), wird für die vorliegende Untersuchung die Variable „Inflation“ vorgezogen.⁶⁰

3.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ziel des vorliegenden Kapitels war die Operationalisierung der auf theoretischer Ebene identifizierten Variablen. Dazu wurde in einem ersten Schritt für die Messung der abhängigen Variable „demokratische Entwicklung“ das Freedom House-Ranking gewählt. Dieses stellt, trotz der aufgedeckten Schwachstellen, den besten zur Verfügung stehenden Demokratieindex dar, um das hier verfolgte Demokratieverständnis adäquat abzubilden. Die generierte Variable setzt sich aus den beiden Freedom House-Skalen „Political Rights“ und „Civil Liberties“ zusammen, die miteinander kombiniert und dann auf einen Wert zwischen 0 und 100 transformiert wurde.

Vor dem Hintergrund der vier aufgestellten Hypothesen wurden nachfolgend die zentralen Konstrukte der endogenen und exogenen Modernisierung, namentlich sozioökonomische Entwicklung und Einkommensgleichheit sowie ökonomische und soziale Globalisierung in empirisch fassbare Werte überführt. Die Messung der sozioökonomischen Entwicklung erfolgt mittels des Human Development Index, der sich aus den drei Variablen Einkommen, Bildung und Gesundheit zusammensetzt und per Bestimmung des geometrischen Mittels aus den drei Variablen in eine Maßzahl aggregiert wurde. Den zweiten Bestandteil der endogenen Modernisierung bildet der Gini-Koeffizient zur Operationalisierung der Einkommensungleichheit. Dieser misst auf einer Skala zwischen 0 und 1 die Einkommensverteilung in dem entsprechenden Staat.

Für die beiden Konstrukte der exogenen Modernisierung wurde für die ökonomische Globalisierung die beiden Variablen Handelsintensität und Foreign Direct Investments gewählt, da hierdurch sowohl der internationale Handel als auch internationale Kapital-

⁶⁰ Lewis-Beck und Stegmaier (2000: 211) betonen in diesem Zusammenhang, dass die konkurrierende Verwendung der Variablen weder als theoretische Schwachstelle, noch als inhaltlich identisch zu bezeichnen ist (vgl. auch Brooks/ Kurtz 2007: 712). Vielmehr sei dies als Vorteil anzusehen, da auf diese Art und Weise stärker der regionenspezifische Kontext in die Untersuchung einbezogen werden kann.

transfers abgebildet werden. Für die Operationalisierung der sozialen Globalisierung erfolgte eine analytische Zweiteilung in die Komponenten „internationale Kommunikation“ sowie „internationale Transporte“, wobei diese beiden Dimensionen durch die Variablen Internetnutzer (Kommunikation) sowie Tourismus und Luftfahrtpassagiere (Transport) abgedeckt werden. Beide Konstrukte wurden, nach der Korrektur um die länderspezifische Bevölkerungsgröße, mittels einer explorativen Hauptachsenanalyse in jeweils eine Maßzahl verdichtet.

Zu guter Letzt mussten in Folge der besonderen Situation in den postkommunistischen Transformationsstaaten noch einige Kontrollvariablen spezifiziert werden, die für die Annahme oder Ablehnung der aufgestellten Hypothesen von Bedeutung sein dürften. Dabei handelte es sich um die ethnische Fraktionalisierung, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als Maßzahl für den Snowballing Effect, die sowjetische Vergangenheit einiger Staaten, die präautokratischen Demokratieerfahrungen sowie die Inflation als Synonym für ökonomische Krisen. Im folgenden Kapitel können auf dieser Grundlage nun das Messmodell vorgestellt, empirisch untersucht und die Hypothesen H1 bis H4 überprüft werden.

4 Empirische Vorgehensweise und Ergebnisse

Vor der eigentlichen empirischen Analyse noch einige methodische Grundlagen zur Vorgehensweise und dem Messmodell erläutert werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird auf die multivariate Regressionsanalyse mit Paneldaten zurückgegriffen,⁶¹ was den Vergleich der Untersuchungseinheiten sowohl im Quer-, als auch im Längsschnitt (*time-series cross-section-Design, TSCS*) ermöglicht. Kapitel 4.2 beschäftigt sich mit der deskriptiven Analyse der erhobenen Daten. Dabei wird zuerst auf die Entwicklung der Demokratie sowie die endogene und exogene Modernisierung eingegangen. Schritt 2 umfasst in Form einer Korrelationsanalyse die Vorstellung der Beziehung der Variablen zueinander, um die Hypothesenprüfung und die Interpretation der Ergebnisse zu erleichtern. Aufbauend auf diesen Erläuterungen werden in Kapitel 4.3 die Ergebnisse der verschiedenen Schätzverfahren vorgestellt und in Hinblick auf die aufgestellten Hypothesen interpretiert. Kapitel 4.4 fasst die Ergebnisse abschließend zusammen.

⁶¹ Unter dem Begriff „Paneldaten“ versteht man im Rahmen der empirischen Sozialforschung den Sachverhalt, dass eine Gruppe von Untersuchungsobjekten (in diesem Fall Staaten) innerhalb eines Zeitablaufs bezüglich bestimmter Eigenschaften wiederholt beobachtet werden (vgl. Frees 2004: 2).

4.1 Modellspezifikationen und verwendetes Schätzverfahren

Im Rahmen dieser Arbeit wird auf die in der empirischen Sozialforschung übliche multivariate lineare Regressionsanalyse zurückgegriffen. Deren zentrales Anliegen ist die Schätzung der abhängigen Variablen auf Basis von unabhängigen Variablen (vgl. Backhaus et al. 2008: 52),⁶² wobei dabei eine lineare Kausalitätsbeziehung unterstellt wird. Aus dem Begriff der Kausalität folgt unmittelbar, dass innerhalb der Untersuchung die einzelnen unabhängigen Variablen der demokratischen Entwicklung zeitlich vorgelagert sein müssen (vgl. Bortz/ Schuster 2010: 160); dementsprechend werden sowohl die unabhängigen Variablen als auch die Kontrollgrößen gegenüber der abhängigen Variable jeweils um eine Zeitperiode zurückversetzt in das Modell eingeführt.⁶³ Als Verfahren zur Minimierung des Abstand zwischen den empirisch gemessenen Werten und den regressionsanalytisch bestimmten Schätzwerten wird die ordinary least squares- (OLS-) Methode gewählt.⁶⁴

Die Analyse, in wie weit ein Einfluss der endogenen und exogenen Modernisierung auf die demokratische Entwicklung vorliegt, wird mittels eines so genannten „time-series cross-section“-Regressionsmodells durchgeführt. Diese spezielle Form der Regressionsanalyse ermöglicht den kombinierten Vergleich von Variablen sowohl im Zeit-, als auch im Ländervergleich (vgl. Landman 2009: 61). Wichtigster Vorteil ist dabei die Erhöhung der Anzahl der Untersuchungseinheiten um den Faktor der Zeit (vgl. Dougherty 2007: 409). Aus der Anzahl der untersuchten Länder N für den jeweiligen Zeitraum T resultieren $N * T$ mögliche Beobachtungspunkte, was zum einen die Anzahl möglicher einzubeziehender unabhängiger Variablen erhöht und zum anderen die aus den Schätzungen resultierenden Ergebnisse verlässlicher macht. Daneben besticht diese Methode durch die Möglichkeit, dynamische Entwicklungen von Ländern im Zeitablauf zu untersuchen (Dougherty 2007: 408).

Innerhalb des Regressionsmodells erfolgt die Beurteilung der hypothetischen Zusammenhänge durch verschiedene inferenzstatistischer Evaluationskriterien. Die Anwendung von Methoden aus der Inferenzstatistik auf klar definierte Grundgesamtheiten wird in der empirischen Sozialforschung in jüngerer Vergangenheit heftig diskutiert.

⁶² Auf die grundsätzliche Vorgehensweise bei der Regressionsanalyse und deren Idee kann hier aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden (vgl. dazu etwa Agresti/ Finlay 2009: 255 ff.).

⁶³ Diese Vorgehensweise erfüllt auch das bereits angesprochene Grundanliegen der Granger-Kausalität.

⁶⁴ Weitere, in der Literatur diskutierte Verfahren wie Schätzungen mittels generalized- oder weighted least squares-Methoden werden hier nicht weiter vertieft (vgl. überblicksartig Greene 2008).

Während Kunz (2000: 337, 2001: 163) etwa argumentiert, dass auf Signifikanztest zu Gunsten „substantieller Effekte“ verzichtet werden sollte, wird die Interpretation von Signifikanzen (vgl. Obinger 2001: 139; Broscheid/ Gschwend 2003, 2005; Behnke 2005) dann befürwortet, wenn die verwendeten Makrodaten sowohl einer stochastischen Kennzeichnung unterliegen, als auch die Beobachtungspunkte voneinander unabhängig sind. Für die Verwendung von Signifikanztests sprechen drei Gründe, welche deren Verwendung für die empirische Analyse rechtfertigen und nachfolgend kurz erläutert werden sollen (vgl. Broscheid/ Gschwend 2003: 18).⁶⁵ Auf der einen Seite kann angenommen werden, dass aus Vollerhebungen gewonnene Makrodaten in Folge zufälliger Mess-, Kodierungs- und Operationalisierungsfehler – letzteres in Folge der Verwendung von Proxyvariablen – zumindest partiell immer stochastische Züge aufweisen.⁶⁶ Auf der anderen Seite wird für die in TSCS-Designs häufig anzutreffende Abhängigkeit der einzelnen Beobachtungspunkte eine statistische Korrekturgröße in das Schätzmodell integriert, was diese Problematik ausräumen sollte.⁶⁷ Drittens greift aus pragmatischen Gründen das Argument, dass eine Beurteilung mittels substanzieller Effekte eine hier nicht leistbare Begründung – etwa ab welcher Höhe überhaupt sinnvoll von einem „substanziellen Effekt“ gesprochen werden kann – erfahren müsste.

Hauptkriterium zur Beurteilung, ob die hypothetischen Zusammenhänge auch empirisch vorliegen, bilden Signifikanztests für die extrahierten standardisierten Regressionskoeffizienten der unabhängigen Regressoren. Des Weiteren werden noch die Höhe der standardisierten Regressionskoeffizienten sowie deren ausgegebene Vorzeichen im Vergleich zu den theoretisch vermuteten evaluiert. Der standardisierte Regressionskoeffizient ermöglicht eine Aussage über den tatsächlichen Einfluss einer unabhängigen Variablen unter Kontrolle aller anderen Einflussvariablen und stellt dementsprechend die Wichtigkeit einer einzelnen Variablen in Hinblick auf die abhängige Variable dar (vgl. Backhaus et al. 2008: 66). Formal bedeutet der ausgewiesene Wert eines standardisierten Regressionskoeffizienten, um wie viele Standardabweichungen sich die abhängige Variable verändert, wenn sich die unabhängige Variable *ceteris paribus* um eine Standardabweichung erhöht oder gegebenenfalls verringert.

⁶⁵ Zusätzlich zu diesen Argumenten ist zu beachten, dass die Verwendung von Signifikanztests auf Vollerhebungen auch der internationalen Forschungspraxis entspricht.

⁶⁶ Diese Annahme trifft in jedem Fall auf das Freedom House-Ranking zu (vgl. Pickel/ Pickel 2006: 219), wobei sich die auftretenden (unsystematischen) Messfehler innerhalb des FHI mit größer werdender Fallzahl eher ausgleichen als verstärken (vgl. Welzel 2002: 78).

⁶⁷ Vgl. dazu den Abschnitt über die Behebung der Autokorrelationsproblematik in diesem Kapitel.

Auf die in Regressionsanalysen übliche Evaluierung der Schätzung mittels des Determinationskoeffizienten R^2 bzw. dessen korrigierte Version R^2_{kor} wird in dieser Arbeit nur am Rande eingegangen.⁶⁸ Beide Koeffizienten messen jeweils „die Güte der Anpassung der Regressionsfunktion an die empirischen Daten“ (Backhaus et al. 2008: 67) und beschreiben dadurch die Gesamterklärungskraft des Modells. Mathematisch wird dabei die erklärte Varianz der einzelnen empirischen Messpunkte mit der Gesamtvarianz aller Messpunkte verglichen. Somit wird numerisch abgebildet, in wie weit sich die geschätzte lineare Regressionsfunktion an die tatsächlichen Messpunkte anpasst. Die Begründung für die untergeordnete Rolle des Determinationskoeffizienten liegt in der Natur der Modellanpassungen. Im Zuge der erfolgenden Korrektur der Autokorrelationsproblematik fällt – wie im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch erläutert wird – der Wert für R^2 so verzerrt aus, dass eine sinnvolle Interpretation nur noch eingeschränkt erfolgen kann. Das Hauptaugenmerk liegt somit auf den Signifikanztests der standardisierten Regressionskoeffizienten sowie deren Höhe und Vorzeichen.

Aus dem Rückgriff auf Signifikanztests resultiert, dass vor der konkreten Analyse auch eine Überprüfung der Annahmen des linearen Regressionsmodells einschließlich notwendiger Modellspezifikationen vorgenommen werden muss. Für diese Vorgehensweise spricht insbesondere, dass in Folge des TSCS-Designs Verletzungen der Annahmen an der Tagesordnung sein dürften, wodurch einzelne Werte fehlerbehaftet wären und eine möglichst effiziente und erwartungstreue Schätzung nicht gewährleistet werden könnte. Um einer Missdeutung vorzubeugen muss an dieser Stelle noch kurz deutlich gemacht werden, dass für die hier verfolgten Zwecke kein eigenständiges ökonometrisches Verfahren entwickelt werden kann, welche alle methodologischen Eventualitäten einzuschließen vermag. Ein solches Unterfangen würde das Ausmaß der Arbeit sprengen. Vielmehr gilt es nachfolgend die empirische Methode – methodologisch sauber und durchdacht – so anzupassen, dass diese eine effiziente inhaltliche Überprüfung der Hypothesen erlaubt. Mittelbar folgt aus diesem Argument, dass keine ökonometrische „Schablone“ – wie etwa das von Beck und Katz (1995) entwickelte Verfahren – zur Anwendung kommen wird, da sich so einige Unzulänglichkeiten hinsichtlich des konkreten Sachverhaltes ergeben würden (vgl. ausführlich zur Kritik Plümper/ Troeger/

⁶⁸ Der korrigierte Determinationskoeffizient bereinigt den ursprünglichen Koeffizienten mathematisch um die Anzahl der erklärenden Variablen und die Anzahl der Untersuchungseinheiten und ist damit besser für die Interpretation der Modellgesamtgüte geeignet.

Manow 2005; Wilson/ Butler 2007; Plümper/ Troeger 2009).⁶⁹ Im Einzelnen wird zuerst auf das a) TSCS-unabhängige Problem der Multikollinearität eingegangen; darauf folgend werden die vier TSCS-spezifischen Probleme – namentlich b) Autokorrelation, c) die Zeitabhängigkeit der Residuen, d) die von Null abweichenden mittleren Fehler sowie e) Panelheteroskedastizität – diskutiert (vgl. Plümper/ Troeger 2009: 264).⁷⁰

- a. Erste zu diskutierende Prämisse der linearen Regressionsanalyse bildet das Problem möglicher Multikollinearität. Dies beschreibt den Sachverhalt, dass zwei oder mehrere unabhängige Variablen (sehr) hoch miteinander korrelieren und im Extremfall sich eine der Variablen per Linearkombination durch eine andere Variable darstellen lässt (vgl. Backhaus et al. 2008: 89). In der modernisierungstheoretischen Literatur hat sich gezeigt, dass die verschiedenen unabhängigen Variablen häufig über sehr hohe Korrelationen untereinander verfügen und dies folglich innerhalb der Modellschätzungen zu berücksichtigen ist. Die Überprüfung erfolgt durch den so genannten „Variance Inflation Factor“ (VIF), bei dem eine Regression für jede unabhängige Variable auf alle anderen unabhängigen Variablen durchgeführt wird und per mathematischer Operation in eine vergleichbare Maßzahl transformiert wird.⁷¹ In der empirischen Sozialforschung kommt perfekte Multikollinearität in aller Regel nicht vor; bei VIF-Werten größer als 5 liegen deutliche Anzeichen von Multikollinearität vor (vgl. Urban/ Mayerl 2008: 232), Werte von größer als 10 werden als nicht mehr zulässig erachtet (vgl. Neter/ Wasserman/ Kutner 1989: 409; Menard 1995: 66; Kennedy 2003: 213).
- b. Autokorrelation verletzt die Annahme, dass die Störgrößen in der Regressionsgleichung unkorreliert zueinander sind; die Abweichungen der Residuen von der geschätzten Regressionsgerade sind in diesem Fall nicht zufällig, sondern von der Abweichung des vorangegangenen Wertes abhängig. Die Autokorrelati-

⁶⁹ Wilson und Butler (2007: 110) zeigen in ihrer Literaturanalyse eindrucksvoll, dass lediglich fünf Prozent aller 195 untersuchten Artikel führender politikwissenschaftlicher Zeitschriften eine umfassend problembewusste Zugangsweise für die Beck-Katz-Methode wählen.

⁷⁰ Auch die weiteren Prämissen wurden überprüft, ohne dass diese hier eine umfassende Vorstellung erfahren müssen: Auf die Vollständigkeit des Modells wurde in der Operationalisierung der Variablen großen Wert gelegt, wodurch ein *over-* oder *underfitting* innerhalb des Modells ausgeschlossen sein sollte. Die Linearität der Parameter wurde visuell überprüft, wobei für alle Regressoren der natürliche Logarithmus gebildet wurde. Diese Vorgehensweise trägt neben der Umgehung möglicher Linearitätsprobleme auch zur Überwindung von Heteroskedastizität bei (vgl. für die Konsequenzen aus Verletzungen der Annahmen und Möglichkeiten zur Problemlösung Backhaus et al. 2008: 80 ff.).

⁷¹ Vgl. für eine mathematische Herleitung Wooldridge (2009: 96 f.).

onsproblematik tritt typischerweise in Zeitreihenanalysen auf und ist dementsprechend auch für diese Analyse von hoher Relevanz. In der empirischen Sozialforschung wird zur Überwindung dieses Problems entweder auf ein „generalized least squares“-Verfahren etwa nach Prais und Winsten (vgl. Greene 2008: 148 ff.) zurückgegriffen oder eine um eine Zeitperiode verzögerte abhängige Variable als unabhängige Variable y_{it-1} („lagged dependent variable“, LDV) in das Modell eingeführt. Für die vorliegende Analyse wird die zuletzt genannte Variante gewählt, da bei dieser die Autokorrelation zumeist in stärkerem Maße reduziert wird und weitergehend die Variationen der unabhängigen wie abhängigen Variablen nicht auch noch zusätzlich verringert werden (vgl. Plümper/ Troeger 2009: 267). Daneben gehört die Einführung einer LDV in der Zwischenzeit durchaus zum Standard in der vergleichenden Politikwissenschaft und wird in der Forschung auch weiterhin als überlegene Methode propagiert (vgl. Beck/ Katz 2004: 29).⁷² Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die einbezogene LDV – gerade bei einer relativ stabilen Entwicklung der abhängigen Variablen – eine starke Dominanz auf das Gesamtmodell ausübt (vgl. Achen 2001: 3; Keele/ Kelly 2006: 191). Dadurch besitzt der Determinationskoeffizient nur noch eine eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- c. Die Zeitabhängigkeit der Residuen beschreibt das Problem, dass die Fehler innerhalb des Regressionsmodells im Jahresquerschnitt miteinander korrelieren. Der eingehend erwähnte „*de facto Beck-Katz*“-Standardansatz (Plümper/ Troeger 2009: 263) versucht mittels der Einführung von Periodendummies bislang unbeobachtete Zeiteffekte zu kontrollieren, die durch exogene Schocks oder andere globale Ereignisse ausgelöst werden. Auf ökonometrischer Basis kann sich durch den gleichzeitigen Einbezug von LDV und Periodendummies eine Verzerrung der Schätzer ergeben, wenn die Entwicklung der unabhängigen und der abhängigen Variable gegensätzlich zueinander verläuft (vgl. Jahn 2006: 396). In diesem Fall fällt der Schätzer für die LDV sehr hoch aus; zwangsläufig würden sich in diesem Fall die Koeffizient der inhaltlich interes-

⁷² Der Einbezug der LDV bietet darüber hinaus auch den Vorteil, dass die hypothesierte Kausalitätsbeziehung statistisch modelliert wird: Die demokratische Entwicklung im Jahr $t+1$ kann durch dieses Verfahren nicht ursächlich zu den Modernisierungsvariablen stehen.

santeren Erklärungsvariablen verringern, was die Hypothesenprüfung erschweren würde (vgl. Aachen 2001: 9; Plümper/ Troeger/ Manow 2005: 335). Zwar beseitigen Periodendummies technische Schwierigkeiten aus der Regressionsgleichung, das angesprochene Problem erscheint jedoch so groß, dass hier auf den Vorschlag von Jahn (2006: 396) zurückgegriffen wird, der den Einbezug einer exogenen substantiell-inhaltlichen Variablen in das Modell vorschlägt. Dazu geht als weitere Kontrollvariable der jährliche Durchschnitt des weltweiten Wirtschaftswachstums (in konstantem 2000er-US-Dollarkurs) in die Schätzung ein. Datenquelle dafür ist die Weltbank (2010).⁷³

- d. Die vierte Problematik von TSCS-Modellen – die von Null abweichenden mittleren Fehler der Residuen – wird durch den Beck-Katz-Ansatz mittels der Einführung von Länderdummies (so genannten Fixed Effects) gelöst.⁷⁴ Große Schwierigkeiten entstehen bei dieser Vorgehensweise im Falle der Verwendung von (nahezu) zeitinvarianten Variablen innerhalb des Modells (vgl. Plümper/ Troeger 2009: 269). Im Falle des Einbezugs solcher Variablen würden diese vollständig mit den Fixed Effects korrelieren (vgl. Kittel/ Winner 2005: 271 ff.; Tiemann 2009: 218), weshalb keine Koeffizienten für die zeitinvarianten Regressoren ausgegeben werden würden.

In der durchzuführenden Analyse ist eine Vielzahl von zeitlich nahezu invarianten Variablen enthalten. Deren hohe Konsistenz ist darauf zurückzuführen, dass sich die Strukturen in den untersuchten Staaten Osteuropas und Zentralasiens im Zeitablauf nur sehr wenig verändern bzw. die Variablen sogar aus Datengründen als Konstanten in die Schätzungen eingehen müssen (ethnische Fraktionalisierung, präautokratische Demokratieerfahrung, Sowjetunion-Zugehörigkeit und EU-Mitgliedschaft). Da im Zuge der Fragestellung mit ihrem expliziten Bezug auf die postkommunistischen Transformationsstaaten die zeitinvarianten Variablen eine hohe theoretische Bedeutung besitzen, würde die Nicht-Berücksichtigung die Gefahr von Scheinkorrelationen erheblich erhöhen

⁷³ Als Alternative zu diesem Vorgehen besteht die Möglichkeit, den Untersuchungszeitraum mittels einer Dummy-Variablen zu untergliedern und die Ergebnisse der Unterperioden zu vergleichen. Hierauf wird verzichtet, da kein theoretisch rechtfertigbarer „Schnittpunkt“ des Zeitraums existiert.

⁷⁴ Der Beck-Katz-Ansatz verkürzt durch Fixed Effects die Heterogenität auf den y-Achsenabschnitt (vgl. Plümper/ Troeger 2009: 268). Alternativ dazu steht etwas das weniger häufig verwendete „Random Effects“-Verfahren, bei dem auch von individuellen Effekten ausgegangen wird (vgl. für den Unterschied Dougherty 2007: 412 ff.).

und dementsprechend die Ergebnisse verfälschen. Aus diesem Grund wird für die Überprüfung der aufgestellten Hypothesen auf die Verwendung von Fixed Effects oder einem verwandten Korrekturverfahren verzichtet (vgl. für ein vergleichbares Vorgehen Beck 2001: 285; Acemoglu et al. 2003: 70).⁷⁵

- e. Abschließend muss noch auf das Problem der Panelheteroskedastizität eingegangen werden. Hierbei liegt keine konstante Streuung der Residuen der abhängigen Variablen vor, was zu verzerrten Standardfehlern und einer ineffizienten Schätzung führen würde. Der Beck-Katz-Ansatz versucht dies durch so genannte „panelkorrigierte Standardfehler“ („*panel corrected standard errors*“, PCSE) zu korrigieren, durch welche die Varianz-Kovarianz-Matrix eine Korrektur erfährt und somit eine Verfälschung der Standardfehler auffängt.⁷⁶ Trotz der unterschiedlichen Meinungen bezüglich der PCSE muss eine mögliche Ineffizienz der Standardfehler innerhalb des Modells vermieden werden. Aus diesem Grund geht der natürliche Logarithmus der jeweiligen unabhängigen Variablen in die Messung ein; die so erfolgende „Stauchung“ der Datenreihen verringert große Abweichungen, was das Problem der Panelheteroskedastizität bereits eingehend reduzieren sollte. Weiterhin hat sich in der Literatur gezeigt, dass PCSE in bestimmten Situationen zwar durchaus hilfreich sein können, in vielen Fällen sind jedoch andere Spezifikationen überlegen (vgl. Kristensen/Wawro 2003: 15).⁷⁷ Aus diesem Grund wird auf die konventionellen OLS-Standardfehler zurückgegriffen, da diese bei korrekter Modellspezifikation ähnliche Schlussfolgerungen wie bei der Verwendung von PCSE zulassen (vgl. Kittel/ Winner 2005: 281; Wilson/ Butler 2007: 110).

Diese Lösungsvorschläge für die TSCS-spezifischen Problematiken sollten die Erwartungstreue und Effizienz der Schätzung soweit erhöhen, dass nun auf Basis der Ergebnisse eine gesicherte Entscheidung über die Hypothesen getroffen werden kann.

⁷⁵ In der Methodenforschung hat sich zur Überwindung dieses Problems noch kein anerkanntes Verfahren herausgebildet (vgl. für einen möglichen Ansatz Plümper/ Troeger 2007).

⁷⁶ Manche Autoren schlagen für die Korrektur auch eine „weighted least squares“-Methode vor (vgl. Engelhardt 2006: 376), bei der die Daten mit der Standardabweichung der heteroskedastischen Variablen gewichtet werden. Eine dafür notwendige Identifikationsprozedur kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, weswegen auf das „weighted least squares“-Verfahren verzichtet wird.

⁷⁷ Dabei sei zusätzlich noch auf die so genannten „robusten“ bzw. White-korrigierten Standardfehler verwiesen (vgl. White 1980), die partiell auch in der modernisierungstheoretischen Forschung verwendet werden (vgl. Li/ Reuveny 2003: 44; Acemoglu et al. 2008: 816, 2009: 1048).

4.2 Deskriptive Ergebnisse

Nach der Vorstellung des Schätzverfahrens soll in diesem Kapitel ein deskriptiver Überblick über die erhobenen Daten gegeben werden. Dabei wird in einem ersten Schritt auf die abhängige Variable, also die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten, eingegangen. Daraufhin erfolgt eine beschreibende Analyse der unabhängigen Variablen, um so die Entwicklung von endogener und exogener Modernisierung im Zeitablauf darlegen zu können. Zuletzt werden die unabhängigen und die abhängige Variable einander mittels einer Korrelationsmatrix gegenüber gestellt. Dies ermöglicht auf der einen Seite einen ersten Überblick über den Zusammenhang der verschiedenen Variablen und eine Interpretationserleichterung der späteren regressionsanalytischen Ergebnisse, auf der anderen Seite können so auch bereits erste Anzeichen von Multikollinearität aufgedeckt werden.

Startpunkt für die deskriptive Analyse bildet die demokratische Entwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten. Die folgende Tabelle zeigt diese im Zeitablauf, wobei hier – auf jährlicher Basis – der durchschnittliche Freedom House-Index, dessen Standardabweichung und die Spannweite des FHI dargestellt werden.

Tabelle 8: Überblick über die demokratische Entwicklung in den Untersuchungseinheiten

<i>Jahr</i>	<i>Arithmetisches Mittel</i>	<i>Standardabweichung</i>	<i>Spannweite</i>
1996	71,49	16,97	41,67
1997	72,81	17,09	41,67
1998	72,81	19,41	50
1999	72,81	20,38	58,33
2000	71,93	22,43	66,67
2001	73,25	22,15	66,67
2002	75,44	22,30	75
2003	75,44	22,30	75
2004	77,19	24,03	75
2005	81,14	22,19	75
2006	81,14	22,20	75
2007	79,83	22,79	75
2008	78,95	23,14	75
2009	79,95	24,59	75

Quelle: Eigene Berechnungen.

Anhand der deskriptiven Bestandsaufnahme der demokratischen Entwicklung lassen sich zwei generelle Trends für den Untersuchungszeitraum festmachen. Auf der einen

Seite weisen die Untersuchungsländer insgesamt eine Ausweitung politischer Rechte und ziviler Freiheiten auf. Dies lässt sich an dem generellen Aufwärtstrend des arithmetischen Mittels ablesen. Während im Jahr 1996 der durchschnittliche Freedom House-Index noch 71,49 Punkte betrug, erhöht sich dieser Wert bis zum Jahr 2005 näherungsweise konstant auf gut 81 Punkte und verläuft ab diesem Zeitpunkt relativ stabil.

Ein dieser Beobachtung entgegengesetzter Trend ist an der Standardabweichung und der Spannweite feststellbar. Im Zeitablauf erhöht sich die Standardabweichung recht konstant von 16,97 im Jahr 1996 auf 24,59 Punkte im letzten gemessenen Zeitpunkt. Dies lässt die inhaltliche Schlussfolgerung zu, dass sich die Transformationsstaaten Osteuropas und Zentralasiens zwar im Schnitt stärker hin zu einem demokratischen als zu einem autokratischen Pol bewegt haben, dies jedoch bei weitem nicht auf alle Länder zutrifft. Vielmehr entwickeln sich die Untersuchungseinheiten in Bezug auf die Demokratieentwicklung deutlich auseinander. Während etwa die mitteleuropäischen und baltischen Staaten größtenteils seit 2004 den Freedom House-Maximalwert von 100 Punkten ausweisen, haben sich insbesondere die geographisch weiter im Osten liegenden Länder wie Kirgisien, Russland oder auch die Ukraine in die entgegengesetzte Richtung orientiert. Dieser Aspekt ist in der Transformationsforschung mehrfach nachgewiesen worden und wird zumeist als „postcommunist divide“ bezeichnet (vgl. Rupnik 1999; McFaul 2002; Diamond 2008). Zusätzlich spiegelt sich diese Aufspaltung auch in den Werten der vierten Spalte der oberen Tabelle wieder. Die Spannweite, welche die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Freedom House-Wert eines Jahres repräsentiert, steigt im Zeitablauf von 41,67 Punkten zu Beginn auf bis zu 75 Punkte an und verharrt seit 2002 auf diesem Niveau.

Nachdem nun die Demokratieentwicklung in den untersuchten Ländern im Zeitablauf deutlich geworden ist, wird nachfolgend die Entwicklung der endogenen und exogenen Modernisierung vorgestellt. Die Analyse erfolgt dabei zweigeteilt: Zuerst wird im ersten Schritt auf die beiden Variablen der endogenen Modernisierung eingegangen, die Erläuterung der Daten zur exogenen Variante von Modernisierung schließt sich daran an. Dies entspricht auch der theoretischen Aufteilung und der darauf aufbauenden Operationalisierung der Variablen. Tabelle 9 zeigt das arithmetische Mittel und daneben die jeweilige Standardabweichung zwischen 1995 und 2008 für den Human Development Index und den Gini-Koeffizienten:⁷⁸

⁷⁸ Dieser vom FHI abweichende Zeitraum ist in der beschriebenen Kausalbeziehung zwischen unabhängiger und abhängiger Variablen begründet.

Tabelle 9: Deskriptive Statistik der Variablen endogener Modernisierung

<i>Jahr</i>	<i>Human Development Index</i>		<i>Gini-Koeffizient</i>	
	<i>Arithmetisches Mittel</i>	<i>Standard-abweichung</i>	<i>Arithmetisches Mittel</i>	<i>Standard-abweichung</i>
1995	161	42,73	0,329	0,082
1996	166	45,93	0,346	0,094
1997	169	47,00	0,333	0,081
1998	172	48,58	0,335	0,077
1999	176	50,44	0,325	0,065
2000	182	51,99	0,345	0,071
2001	188	51,99	0,345	0,065
2002	193	53,71	0,344	0,064
2003	200	54,86	0,337	0,059
2004	207	55,80	0,334	0,063
2005	214	57,78	0,337	0,060
2006	222	59,83	0,319	0,060
2007	230	61,55	0,322	0,062
2008	235	61,75	0,321	0,064

Quelle: Eigene Berechnungen.

Der Human Development Index, als erster Bestandteil der endogenen Modernisierung, zeigt im Zeitablauf einen bemerkenswerten Anstieg. Von zu Beginn durchschnittlich 161 Punkten steigt der Index praktisch linear auf 235 Punkte im Jahr 2008 an. Daraus folgt, dass sich die sozioökonomische Entwicklung der postkommunistischen Transformationsstaaten in 14 Jahren um ein knappes Drittel erhöht hat. Verantwortlich für diesen Trend ist unter anderen die in diesem Punkt deutlich überdurchschnittliche Performanz der mitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien und in besonderem Maße Slowenien sowie die baltischen Staaten, deren sozioökonomisches Entwicklungsniveau mittlerweile auch das einzelner westeuropäischer Staaten übertrifft. Dementgegen können andere Staaten nicht mit einer solch rapiden Entwicklung aufwarten. Dazu gehören etwa Kirgisien, die Mongolei oder auch die Staaten auf dem Balkan (Albanien, Mazedonien), obgleich der HDI natürlich auch in diesen Ländern eine Zunahme aufweist.⁷⁹ Auffällig ist dabei die klare Aufteilung in heutige Mitglieder und Nicht-Mitglieder der Europäischen Union, was nicht zuletzt dem Abbau von Handelshemmnissen und damit verbundenen sinkenden Transaktionskosten durch einen EU-Beitritt geschuldet sein

⁷⁹ Diese Entwicklungen sind nicht zuletzt den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen geschuldet. Die Mongolei weist bis heute einen Anteil des Agrarsektors von mehr als 50 Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf, während Slowenien etwa den gleichen Anteil am BIP durch Dienstleistungen erwirtschaftet.

dürfte. Durch diese Aufteilung kann auch die ansteigende Standardabweichung von insgesamt knapp 20 Punkten im untersuchten Zeitraum erklärt werden.

Obwohl sich die postkommunistischen Transformationsstaaten wie gezeigt in ihrer sozioökonomischen Entwicklung stark unterscheiden, weist die Einkommensungleichheit, gemessen anhand des Gini-Koeffizienten, keine vergleichbare Zunahme auf. Der durchschnittliche Gini-Koeffizient variiert im Schnitt nur geringfügig zwischen 0,319 im Jahr 2006 und 0,346 im Jahr 1996. Auch lassen sich im Schnitt keine großen Veränderungen der Standardabweichungen nachweisen, wobei tendenziell eher eine Ab- als Zunahme der Einkommensungleichheiten vorliegt. Diese geringen Schwankungen bedeuten dabei keineswegs, dass nur eine geringe erklärbare Varianz zwischen den Staaten vorhanden ist. Die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verändern sich auf jährlicher Basis teilweise recht deutlich, was arithmetisches Mittel und Standardabweichung jedoch nur teilweise anzuzeigen vermögen.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen der endogenen Variante sollen nachfolgend auch die Variablen der ökonomischen und sozialen Globalisierung einer deskriptiven Analyse unterzogen werden. Dazu ist in Tabelle 10 das arithmetische Mittel und darunter in Klammern die zugehörige Standardabweichung für die fünf Variablen abgetragen. Die Werte beziehen sich dabei immer auf die in der Operationalisierung angegebene Definition der Daten (bspw. wird die Handelsintensität in konstanten US-Dollars – korrigiert um die Bevölkerungsgröße – angegeben):

Tabelle 10: Deskriptive Statistik der Variablen exogener Modernisierung

<i>Jahr</i>	<i>Ökonomische Globalisierung</i>			<i>Soziale Globalisierung</i>	
	<i>Handelsintensität</i>	<i>Foreign Direct Investments</i>	<i>Internetnutzer</i>	<i>Tourismus</i>	<i>Luftfahrt-passagiere</i>
1995	2238 (2026)	232 (325)	0,52 (0,89)	0,62 (0,65)	0,088 (0,075)
1996	2434 (2123)	296 (375)	0,89 (1,33)	0,68 (0,67)	0,101 (0,073)
1997	2770 (2411)	388 (462)	1,54 (2,01)	0,75 (0,73)	0,096 (0,060)
1998	3093 (2708)	521 (585)	2,68 (3,10)	0,72 (0,66)	0,107 (0,078)
1999	3158 (2845)	615 (676)	3,82 (4,07)	0,70 (0,68)	0,109 (0,086)
2000	3283 (3199)	706 (724)	6,05 (6,75)	0,88 (0,86)	0,120 (0,098)
2001	3876 (3453)	842 (856)	8,77 (9,05)	0,94 (0,87)	0,116 (0,099)
2002	4134 (3606)	1154 (1194)	14,68 (12,71)	1,00 (0,93)	0,118 (0,106)
2003	4494 (3869)	1616 (1675)	17,96 (13,51)	1,05 (0,97)	0,140 (0,118)
2004	5086 (4381)	2185 (2229)	21,65 (14,77)	1,15 (1,07)	0,169 (0,134)
2005	5590 (4864)	2407 (2350)	26,11 (16,44)	1,16 (1,01)	0,193 (0,160)
2006	6420 (5555)	3303 (2933)	30,55 (17,19)	1,20 (0,98)	0,212 (0,181)
2007	7169 (6213)	4689 (3942)	34,19 (18,58)	1,20 (0,81)	0,236 (0,183)
2008	7416 (6366)	4577 (3796)	40,27 (18,74)	1,29 (0,81)	0,254 (0,191)

Quelle: Eigene Berechnungen.

In Bezug auf die beiden ökonomischen Bestandteile von Globalisierung ist eine quasi linear verlaufende Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Sowohl die Daten für die Handelsintensität als auch für die Foreign Direct Investments weisen starke Anstiege auf. Die – um die Bevölkerungsgröße standardisierte – Summe aus Im- und Exporten steigt von 2238 US-Dollar im Jahr 1995 auf 7416 US-Dollar im Jahr 2008. Dies entspricht einem Anstieg von mehr als 330 Prozent, was auch für den weltweiten Vergleich bemerkenswert hoch ist. Auch die Foreign Direct Investments stehen dieser Entwicklung in nichts nach; im Gegenteil, hier beträgt der Steigerung sogar mehr als 400 Prozent (von 232 US-Dollar im Jahr 1995 auf 4577 US-Dollar pro Kopf im Jahr 2008). Erwähnenswert an beiden Variablen ist dabei die Tatsache, dass in diesem Punkt insbesondere der in der Operationalisierung der Kontrollvariablen angesprochene Effekt von einer

früheren direkten Zugehörigkeit zur Sowjetunion zur Geltung zu kommen scheint. Alle Staaten mit diesem Charakteristikum – die Ausnahme bilden Estland, Litauen und Lettland – weisen eine deutlich geringere Einbindung in die ökonomischen Aspekte von Globalisierung auf. Dies widerspricht etwa der von Lipset, Seong und Torres (1993) oder aktueller auch von Mitchener und Weidenmier (2008) aufgestellten These, dass frühere „kolonialisierte“ Gebiete über eine stärkere Einbindung in den Welthandel und internationale Kapitaltransfers verfügen.

Auch die Werte für die soziale Globalisierung verzeichnen seit 1995 einen ungebrochen starken Aufwärtstrend. Die Anzahl der ankommenden und ausreisenden Touristen verdoppelt sich während des untersuchten Zeitraums von 0,621 auf 1,287 pro Kopf. In diesem Punkt ist speziell zu beachten, dass sich in Folge des EU-Beitritts einiger Untersuchungsländer im Jahr 2004 bzw. 2007 die prinzipiellen Möglichkeiten zu grenzüberschreitenden Tourismusströmen vergrößert haben, wobei ein sprunghafter Anstieg in den entsprechenden Staaten – etwa zwischen 2004 und 2005 – nicht nachzuweisen ist.⁸⁰ Diese dynamische Entwicklung lässt sich in ähnlicher Weise auch bei den Luftfahrtpassagieren beobachten, bei denen ein Anstieg von 0,088 auf 0,254 Passagiere pro Kopf zu verzeichnen ist. Eine bei weitem noch stärkere Aufwärtsbewegung lässt sich weiterhin mit den Zahlen für die Internetnutzer belegen. Die Anzahl der Internetnutzer hat sich zwischen 1995 und 2008 von 0,52 auf gut 40 Nutzer pro 100 Einwohner mehr als versechsfacht. Diese letzt genannte Entwicklung lässt sich dabei u.a. mit dem rasanten Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnologie erklären, die insbesondere ab dem neuen Jahrtausend für eine immer schnellere Verbreitung des Internets entscheidend verantwortlich sein dürfte. Überraschend ist, dass sich die postkommunistischen Transformationsstaaten in Bezug auf die soziale Globalisierung deutlicher aneinander angleichen als bei der ökonomischen Globalisierung. Dieser Trend lässt sich für alle drei Variablen nachweisen. Zwar steigt auch hier die Standardabweichung quasi parallel zum arithmetischen Mittel, ab dem Jahr 2004 stagniert die Ungleichheit in diesem Punkt zwischen den Untersuchungseinheiten bzw. sinkt sogar zum Teil sogar recht deutlich. Dies lässt sich vorsichtig so deuten, dass ökonomische und soziale Globalisierung keineswegs vollständig parallel zueinander verlaufende Prozesse abbilden, sondern – gleich lautend mit der theoretischen Argumentation – auch empirisch voneinander abzugrenzen sind.

⁸⁰ Hierdurch stellt sich noch mal heraus, dass die Verwendung der Variable der „EU-Mitgliedschaft“ gegenüber eines anderen Indikatoren zur Kontrolle des „snowballing effects“ geeigneter erscheint.

Als dritter Bestandteil der deskriptiven Analyse wird nun im Folgenden die Beziehung zwischen den Regressoren und der abhängigen Variablen sowie den unabhängigen Variablen untereinander dargestellt. Für diesen Zweck wird eine Korrelationsanalyse eingesetzt, wobei in der nachfolgenden Tabelle der Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson ausgewiesen wird und die einzelnen bivariaten Zusammenhänge hinsichtlich ihrer Signifikanz gekennzeichnet sind.

Tabelle 11: Bivariate Korrelationen der unabhängigen und abhängigen Variablen

	<i>FHI</i>	<i>GeoMittel_HDI</i>	<i>Gini_Koeffizient</i>	<i>Faktor_Oek Globalisierung</i>	<i>Faktor_Soz Globalisierung</i>
<i>FHI</i>	1				
<i>GeoMittel_HDI</i>	,664**	1			
<i>Gini_Koeffizient</i>	-,578**	-,640**	1		
<i>Faktor_Oek Globalisierung</i>	,770**	,846**	-,678**	1	
<i>Faktor_Soz Globalisierung</i>	,658**	,814**	-,528**	,889**	1

Anmerkungen: ** Signifikant für ! = 0,01; * Signifikant für ! = 0,05 (jeweils zweiseitiger Test).

Quelle: Eigene Darstellung.

Die dargestellten Korrelationen zeigen, dass sowohl die unabhängigen Variablen untereinander, als auch deren jeweilige Beziehung mit der abhängigen Variablen durchgängig über einen hohen sowie signifikanten Zusammenhang verfügen. Dieser erste Befund lässt sich so deuten, dass die in modernisierungstheoretischen Untersuchungen üblicherweise festgestellten hohen Zusammenhänge auch innerhalb des untersuchten Zeitraums in den Transformationsstaaten Osteuropas und Zentralasiens anzutreffen sind. Neben der Höhe der Korrelationskoeffizienten zeigen die unabhängigen Variablen im Verhältnis zur demokratischen Entwicklung der untersuchten Staaten auch in die erwartete Richtung. Die Variablen für die sozioökonomische Entwicklung sowie die exogene Modernisierung weisen positive, der Gini-Koeffizient zur Messung der Einkommensungleichheit ein negatives Vorzeichen auf. Alle Korrelationskoeffizienten sind zusätzlich bei einem Alpha-Fehler von einem Prozent hochgradig signifikant.

Trotz der hohen Korrelationen ergeben sich auf den ersten Blick keine Anzeichen offensichtlicher Multikollinearität; gerade der Zusammenhang zwischen den beiden Globalisierungsmaßen und dem Human Development Index sind jedoch von einer solchen Höhe, dass diesen eine besondere Beachtung innerhalb der Regressionsanalysen ge-

schenkt werden sollte.⁸¹ Aus theoretischer Perspektive erscheint dies jedoch nicht als grundlegend problematisch, da hier im Einklang mit der Forschungslage ja argumentiert wird, dass auf der einen Seite von der ökonomischen Globalisierung ein indirekter Effekt auf die demokratische Entwicklung via einer gesteigerten soziökonomischen Entwicklung ausgeht; auf der anderen Seite kann die multikollinearitätsverdächtige Korrelation von sozialer Globalisierung mit dem HDI vorerst so gedeutet werden, dass sich auch empirisch die theoretisch erwartete Ähnlichkeit zwischen den beiden Konstrukten nachweisen lässt. Ob dabei nun ein überlappender oder ein zusätzlicher Effekt der sozialen Globalisierung auf die Demokratieentwicklung ausgeht, muss innerhalb der Regressionsanalyse geklärt werden.

4.3 Ergebnisse der Schätzverfahren und Hypothesenprüfung

Nach diesem deskriptiven Überblick werden nun im folgenden Kapitel die zentralen empirischen Ergebnisse zur Beantwortung der Fragestellung vorgestellt. Dazu werden die einzelnen unabhängigen Variablen zusammen mit den spezifizierten Kontrollvariablen in verschiedenen Konstellationen auf ihren Effekt auf den Freedom House-Index hin geschätzt. Tabelle 12 folgt dabei dem folgenden Aufbau: Neben den standardisierten Regressionskoeffizienten der unabhängigen Variablen wird jeweils die verwendete Fallzahl, der Determinationskoeffizient in seiner korrigierten Fassung sowie der empirische ermittelte F-Wert ausgewiesen. Mit Hilfe des zuletzt genannten Kriteriums kann die Güte des Modells weiterführend geprüft werden.⁸² Um für eine möglichste große Übersichtlichkeit in der Tabelle zu sorgen, werden in der ersten Zeile der Tabelle zusätzlich die einzelnen Modelle der jeweiligen Hypothese zugeordnet. Keine Darstellung erfahren einerseits die Konstanten der Regressionsgleichungen, welche den y-Achsenabschnitt für $x = 0$ repräsentieren. Diese nehmen in Folge der Ausweisung standardisierter Regressionskoeffizienten jeweils den Wert 0 an und können inhaltlich – auch im Falle des Berichts unstandardisierter Koeffizienten – kaum sinnvoll interpretiert werden. Auf der anderen Seite werden auch die ermittelten VIF-Werte zum Test

⁸¹ Bivariate Korrelationen ab einem Grenzwert von $\pm 0,8$ deuten auf hohe Multikollinearität hin (vgl. Urban/ Mayerl 2008: 230).

⁸² Der so genannte F-Test ermittelt, ob mindestens eine der unabhängigen Variablen einen signifikant vom Wert 0 abweichenden Einfluss auf die abhängige Variable aufweist. Der angegebene empirisch ermittelte F-Wert zeigt demnach an, ob bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $\alpha = 0,05$ das Gesamtmodell als signifikant zu bezeichnen ist.

für Multikollinearität sowie die Standardfehler der jeweiligen Koeffizienten nicht tabellarisch dargestellt; auf diese wird, soweit methodisch und inhaltlich notwendig oder sinnvoll, in der nachfolgenden Ergebnisinterpretation eingegangen.

Um eine Entscheidung über die Hypothesen treffen zu können, werden anfangs die Ergebnisse hinsichtlich ihrer allgemeinen Gesamtgüte evaluiert und daran anschließend die Resultate der speziellen Modelle 1-9 erläutert. Letzter Bestandteil der Ergebnispräsentation bildet die Interpretation der ausgewiesenen Werte für die Kontrollvariablen, um so – im Kontext der Modernisierungstheorie – eine detaillierte Vorstellung über den Einfluss der postkommunistischen Charakteristiken auf die demokratische Entwicklung zu erhalten.

Tabelle 12: Ergebnisse der Schätzverfahren

Abhängige Variable: Freedom House-Index									
Zeitraum 1996-2009									
	H1	H2	H3	H4					
Unabhängige Variablen	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8	Modell 9
<i>LDV FHI_{it-1}</i>	0,81***	0,78***	0,69***	0,77***	0,77***	0,81***	0,77***	0,80***	0,61***
<i>GeoMittel_HDI</i>	0,14***		0,28***		0,11**			0,09**	0,27***
<i>Gini_Koeffizient</i>		- 0,08**	- 0,01						0,03
<i>Faktor_OekGlobalisierung</i>				0,19***	0,11**		0,15***		0,14*
<i>Faktor_SozGlobalisierung</i>						0,11***	0,04	0,06*	0,04
<i>ethn_Fraktionalisierung</i>	0,04	- 0,07*	0,05	0,03	0,06*	0,01	0,04	0,04	0,11***
<i>EU-Mitgliedschaft</i>	- 0,02	0,02	- 0,04	0,03	- 0,01	0,02	0,03	- 0,01	- 0,03
<i>Sowjetunion-Zugehörigk.</i>	- 0,10**	- 0,04	- 0,11***	- 0,08***	- 0,09***	- 0,08***	- 0,08***	- 0,10***	- 0,14***
<i>Demokr. Erfahrung</i>	0,04	0,06*	0,02	0,00	0,01	0,04	0,00	0,03	- 0,01
<i>Inflation</i>	- 0,00	- 0,01	- 0,01	- 0,00	- 0,00	- 0,01	- 0,01	- 0,00	- 0,01
<i>Wirtschaftswachstum</i>	- 0,01	0,00	0,01	- 0,01	0,00	- 0,01	- 0,00	- 0,00	0,02
<i>N</i>	265	198	198	239	239	260	234	260	187
<i>R²_{korr}</i>	0,89	0,86	0,88	0,89	0,89	0,88	0,89	0,89	0,88
<i>F (emp)</i>	256,60***	149,82***	155,36***	238,68***	215,76***	247,67***	205,46***	222,78***	130,59***

Anmerkungen: Die ausgewiesenen Zahlenwerte entsprechen den standardisierten Regressionskoeffizienten; Signifikanzlevels: *** Signifikant für ! = 0,01; ** Signifikant für ! = 0,05; * Signifikant für ! = 0,1 (jeweils zweiseitiger Test); VIF-Werte für Test auf Multikollinearität oder Standardfehler werden hier nicht dargestellt, sondern soweit notwendig in die Interpretation der Ergebnisse eingebunden.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Für eine Prüfung der allgemeinen Güte der Modelle bietet sich in erster Linie eine Betrachtung des korrigierten Determinationskoeffizienten und der empirischen F-Werte an. Es erfolgt hier eine Zusammenfassung für alle geschätzten Modelle, da sich innerhalb dieser keine großen Unterschiede ergeben. Das korrigierte R^2 schwankt modellübergreifend nur sehr geringfügig um den Wert 0,88. Dies bedeutet, dass etwa 88 Prozent der Gesamtvarianz durch die unabhängigen Variablen erklärt werden können, was für die empirische Sozialforschung einen sehr hohen Wert darstellt. Wie bereits in Kapitel 4.1 beschrieben ist der Determinationskoeffizient allerdings nur von eingeschränkter Aussagekraft, da innerhalb der Modelle eine LDV zum Einsatz kommt und die Schätzungen demzufolge immer auch die Demokratieentwicklung des Jahres $t-1$ enthalten. Der gleiche Sachverhalt wirkt sich auch auf die durchgeführten empirischen F-Tests aus, was bei der Interpretation ebenfalls zu beachten ist. Die F-Werte weisen über alle Modelle hinweg eine hochgradige Signifikanz aus. Dies bestätigt die Hypothese, dass mindestens eine Variable einen signifikant von Null abweichenden Einfluss auf die demokratische Entwicklung nimmt. Vor dem Hintergrund dieser beiden globalen Maße lässt sich feststellen, dass alle Schätzungen – unter der Bedingung der beschriebenen Einwände – über eine sehr gute Modellgüte verfügen, auf deren Basis es nachfolgend nun die Hypothesen zu überprüfen gilt.

Modell 1 überprüft die Hypothese, in wie weit von der sozioökonomischen Entwicklung ein positiver Effekt auf die demokratische Entwicklung ausgeht. Der standardisierte Regressionskoeffizient beträgt in diesem Fall 0,14 und nimmt einen hochgradig signifikanten Einfluss auf den Freedom House-Index. Dies entspricht den theoretischen Erwartungen und bestätigt Hypothese H1 auf grundlegender Basis. Aus politischer Sicht lässt dies eine auf den ersten Blick einfache Schlussfolgerung zu: Für einen positiven Demokratieentwicklungsprozess können nicht nur langfristig angelegte kapitalintensive Strategien zur Steigerung des Wirtschaftswachstums dienen, vielmehr kann ein ähnlicher Effekt auch durch die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards in der Bevölkerung erreicht werden (vgl. Diamond 1992: 127). Daneben kann aus den theoretischen Überlegungen noch ein weiteres Argument abgeleitet werden: Wie beschrieben ist nicht die sozioökonomische Entwicklung *per se* für den Fortbestand eines demokratischen Systems verantwortlich. Die Kausalkette verläuft über eine Reihe intermediärer Variablen wie der Herausbildung einer prodemokratischen politischen Kultur oder Zivilgesellschaft. Aus einer entwicklungspolitischen Perspektive kann daraus gefolgert werden, dass eine direkte Förderung dieser zwischengelagerten Aspekte zu deren weitergehen-

den Institutionalisierung und damit einer positiven Demokratieentwicklung beitragen kann. Wie die Effekte dieser intermediären Variablen im Einzelnen gelagert wären, geht weit über die Fragestellung hinaus; entscheidend ist erst einmal, dass eine positive Wirkung von der sozioökonomischen Entwicklung auf die Demokratie im hier verstandenen Sinne in den postkommunistischen Transformationsstaaten ausgeht. Wie auch Inglehart und Welzel (2005: 298) klar machen, wäre die Stärkung der sozioökonomischen Entwicklung *insgesamt* für weniger stark entwickelte Volkswirtschaften im postkommunistischen Raum (etwa die Mongolei, Ukraine oder auch die Balkanstaaten) oder für Staaten, die sich innerhalb des Untersuchungszeitraums re-autokratisiert haben (so Kirgisien und Russland), weitaus erfolgsversprechender als die Förderung von Demokratie durch politischen oder sogar militärischen Druck.

Das zweite Modell umfasst neben den verschiedenen Kontrollvariablen den Gini-Koeffizienten zur Beantwortung der Frage, ob von ungleich verteilten Einkommen ein negativer Effekt auf die demokratische Entwicklung ausgeht. Diese These bestätigt sich auf den ersten Blick in diesem Modell: Der standardisierte Regressionskoeffizient des Gini-Koeffizienten weist mit einem Wert von -0,08 einen – auf dem fünf Prozent-Niveau – signifikant negativen Zusammenhang auf. Zur weiteren Prüfung der Robustheit von Hypothese H2 wird in Modell 3 auch der Human Development Index als weitere erklärende Variable in das Modell eingefügt. Dabei zeigt sich, dass sich die Ergebnisse für den Gini-Koeffizienten durchaus verändern: Während die sozioökonomische Entwicklung weiterhin hochgradig signifikant auf die demokratische Entwicklung wirkt, fällt die Höhe des Koeffizienten für den Gini-Koeffizienten auf einen Wert von -0,01 ab. Somit bleibt der erwartete negative Einfluss zwar bestehen, der Koeffizient verliert allerdings seine Signifikanz. Zu beachten ist dabei, dass in diesem Fall für den Gini-Koeffizienten ein hoher Standardfehler ausgegeben wird. Einzelne Autoren (vgl. Muller 1995: 979) weisen für diesen speziellen Sachverhalt darauf hin, dass Maßzahlen zur Messung von Einkommensungleichheiten durchaus anfällig für einzelne Ausreißer sein können und dies entsprechend verantwortlich für hohe Standardfehler sei. Dies würde den Koeffizienten und weitergehend dessen Signifikanzschwelle verzerren. Bei einem Blick in die Rohdaten ergeben sich für den vorliegenden Fall dafür jedoch keine nennenswerten Anzeichen. Auch der VIF-Wert für den Gini-Koeffizienten mit 2,26 bewegt sich deutlich innerhalb eines vertretbaren Rahmens, wodurch eine methodische Beeinträchtigung der Ergebnisse für Hypothese H2 ausgeschlossen sein sollte.

Diese geringe Erklärungskraft dürfte nicht zuletzt der kommunistischen Vergangenheit geschuldet sein. In der Literatur wird immer wieder darauf hingewiesen, dass im Moment des Systemwandels die hier untersuchten Länder im Unterschied zu den Transformationsstaaten in Lateinamerika über deutlich gleich verteilte Einkommen verfügten (vgl. World Bank 2000: 139 ff.). Aus einer *policy*-orientierten Sichtweise kann aus dem schwachen Effekt der Einkommensungleichheit – gerade wenn die sozioökonomische Entwicklung als zusätzliche Erklärungsvariable aufgenommen wird – gefolgert werden, dass politische Maßnahmen zum Abbau von Einkommensungleichheiten nicht zwangsläufig einen positiven Effekt auf die Demokratieentwicklung auslösen. Dieses Argument steht dabei im Einklang mit einigen in der Literatur jüngst geäußerten Argumenten, dass eine staatlich organisierte Umverteilung zu Gunsten einer Angleichung innergesellschaftlicher Einkommensverhältnisse eher Probleme als Nutzen generiert. So könnte aus staatlicher Umverteilung eine *moral hazard*-Neigung der Verteilungsempfänger resultieren, wodurch deren Anreize zur Beteiligung an einer Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Einkommenssteigerung reduziert werden würde (vgl. Fukuyama 2011: 86). Daneben spielt hier auch eine weitere *Rational Choice*-Überlegung eine Rolle: Politische Parteien, die um ihre (Wieder-)Wahl kämpfen und um Wählerstimmen konkurrieren müssen, erfassen die erwähnten Leistungsbezieher als potenziell starke Wählergruppe, was eine Steigerung der Transferleistungen für die politischen Entscheidungsträger attraktiv machen würde. Die durchgeführten Umverteilungspolitikern jedoch verursachen ihrerseits fiskalpolitische Schwankungen, aus deren Folge makroökonomische Instabilitäten, konjunkturelle Abschwünge und im Umkehrschluss auch eine Schwächung der demokratischen Institutionen resultieren könnten (vgl. Fukuyama 2011: 86).

Die Modelle 4 und 5 beschäftigten sich mit der Überprüfung der Hypothese H3 zum Zusammenhang von ökonomischer Globalisierung und demokratischer Entwicklung. Innerhalb des erst genannten Modells weist der standardisierte Regressionskoeffizient für den ökonomischen Globalisierungsfaktor einen Wert von 0,19 aus, der gleichzeitig wiederum hochgradig signifikant ausfällt. Um weitergehend die Robustheit dieser Feststellung zu testen, wird in Modell 5 zusätzlich der HDI in die Messung aufgenommen. Auch in diesem Fall weisen beide Erklärungsvariablen einen signifikanten Einfluss auf den Freedom House-Index auf. Dieser besteht für beide Variablen zwar nur auf dem fünf Prozent-Niveau, dennoch kann auf dieser Basis Hypothese H3 als bestätigt gelten.

Wie bereits innerhalb der bivariaten Analyse im vorherigen Kapitel festgestellt, korrelieren der HDI und der ökonomische Globalisierungsfaktor sehr stark miteinander, weswegen ein mögliches Multikollinearitätsproblem überprüft werden muss. Die VIF-Werte aus der Kollinearitätsdiagnose sind für die beiden Variablen zwar deutlich höher als in den anderen Schätzmodellen, jedoch wird in der empirischen Sozialforschung – wie bereits angesprochen – erst von Multikollinearitäts-Anzeichen ausgegangen, wenn die Werte deutlich über 5 liegen (vgl. Urban/ Mayerl 2008: 232). Mit Werten von 5,96 bzw. 5,76 wird diese Schwelle zwar knapp überschritten, eine deutliche Verzerrung kann daraus jedoch nicht geschlossen werden. Dementsprechend kann vor diesem Hintergrund konstatiert werden, dass die globalisierungsbedingte Wirtschaftsentwicklung einen eigenständigen Effekt auf die demokratische Entwicklung aufweist und nicht durch den binnenstaatlichen sozioökonomischen Wohlstand – gemessen anhand des HDI – absorbiert wird.

Dieser Aspekt lässt seinerseits weitergehend einige (wirtschafts-) politische Implikationen zu. Externe Akteure wie die Europäische Union können auf dieser Basis nicht nur durch direkte institutionelle Fördermaßnahmen einen Einfluss auf die demokratische Entwicklung der postkommunistischen Transformationsstaaten nehmen; vielmehr besteht auch die Chance mittels der Förderung ausländischer Direktinvestitionen oder auch durch den Abschluss von Handelspartnerschaften die Demokratieentwicklung in den Untersuchungseinheiten zu stärken. Betrachtet man in diesem Zusammenhang auch den geringen statistischen Effekt der Mitgliedschaft eines Landes in der EU, lässt sich weiterhin schlussfolgern, dass dieses Ergebnis keineswegs nur für die stärker entwickelten osteuropäischen Staaten gilt, sondern auf die gesamte postkommunistische Landschaft im hier verstandenen Sinne verallgemeinert werden kann.

Der letzte Bestandteil der empirischen Analyse besteht in der Überprüfung von Hypothese H4, wonach die soziale Globalisierung einen positiven Einfluss auf die demokratische Entwicklung ausübt. Dies wird in den Modellen 6 bis 8 überprüft. Innerhalb des ersten Modells zu diesem Aspekt wird einzig der Faktor zur Messung der sozialen Globalisierung herangezogen. In diesem Fall beträgt der standardisierte Regressionskoeffizient 0,11, welcher zwar die Signifikanzschwelle auf dem ein Prozent-Niveau erreicht, jedoch in der Höhe niedriger ausfällt als die anderen unabhängigen Variablen in den vorherigen Modellen. Um die Hypothese weitergehend zu testen, umfasst Modell 7 beide Globalisierungsfaktoren. Dadurch kann auf der einen Seite das oben bereits dargestellte Ergebnis für die ökonomische Globalisierung auch noch in einem anderen Rah-

men getestet werden; andererseits erscheint es auch durchaus hilfreich – obwohl dazu keine explizite Hypothese formuliert wurde – auch den gemeinsamen Effekt der beiden Variablen zu prüfen. Die Ergebnisse zeigen, dass der starke Effekt ökonomischer Globalisierung mit einem signifikanten standardisierten Regressionskoeffizient von 0,15 auch in dieser Modellspezifikation bestehen bleibt, was die Hypothese H3 weitergehend bestätigt. Im Gegensatz dazu fällt der standardisierte Regressionskoeffizient der sozialen Globalisierung mit einem Wert von 0,04 deutlich geringer aus und weist auch keine Signifikanz mehr aus. Dieser Befund wird dabei nur geringfügig von Multikollinearität beeinflusst, was sich in der Korrelationsanalyse angedeutet hatte. Der VIF-Wert für den sozialen Globalisierungsfaktor liegt mit 4,99 innerhalb des Normbereiches. Modell 8 fügt der Messung anstatt der ökonomisch-exogenen Modernisierung den HDI zu. Dabei bestätigt sich die Vermutung, dass von dem sozialen Globalisierungsfaktor nur eine geringe Erklärungskraft in Bezug auf die demokratische Entwicklung ausgeht. Die sozioökonomische Entwicklung behält – wie auch in allen anderen Schätzungen – ihren signifikant positiven Effekt auf die Demokratieentwicklung bei (standardisierter Regressionskoeffizient = 0,09); der Koeffizient für die soziale Globalisierung mit einem Wert von 0,06 hingegen ist nur für einen Alphafehler von zehn Prozent signifikant. Eine solch optimistische Signifikanzschwelle ist zwar prinzipiell nicht abzulehnen, eine darauf aufbauende umfassende Bestätigung der Hypothese erscheint jedoch nicht gerechtfertigt. Auf Basis der Ergebnisse aus den Modellen 6 bis 8 lässt sich konstatieren, dass von der sozialen Globalisierung nur ein schwacher Einfluss auf die Demokratieentwicklung ausgeht und Hypothese H4 nur partiell angenommen werden kann.⁸³

Aus politischer Sicht ist dieses Ergebnis enttäuschend. Gerade durch die Förderung von grenzüberschreitenden Informations- und Kommunikationsflüssen – etwa durch die externe Förderung unabhängiger Massenmedien, Austauschprogramme oder direkte Gespräche während touristischer Auslandsreisen – hätte ein einfacher Kanal für eine Verbesserung der demokratischen Entwicklung offen gestanden. Unter Rückgriff auf die theoretischen Erläuterungen muss allerdings festgehalten werden, dass prodemokratische Einstellungen offensichtlich nicht so ohne weiteres durch internationale Informationsflüsse und Kommunikation in die postkommunistischen Transformationsstaaten übertragen werden. Das schwache Ausmaß des Einflusses im Vergleich zu den anderen

⁸³ Diese Schlussfolgerung wird auch bestätigt, wenn man die aus methodischen Gründen ausgeschlossene Variable „Telefonverkehr“ in den sozialen Globalisierungsfaktor integriert. Die Ergebnisse für die Modelle 6 bis 8 verändern sich dadurch nur geringfügig.

Einflussvariablen kann so erklärt werden, dass grenzüberschreitende Interaktionen auf sozialer Ebene über eine (noch) zu schwache Intensität verfügen. Dies lässt sich problemlos an der deskriptiven Datenpräsentation ablesen: Aus den jährlichen Durchschnittswerten für die drei Variablen zur Beschreibung der sozialen Globalisierung lässt sich feststellen, dass *absolut* nur eine geringe Aktivität an grenzüberschreitender Kommunikation und Information besteht. Somit besteht die Möglichkeit, dass sich stärkere Effekte erst dann ergeben, wenn eine bestimmte Mindestzahl der Bevölkerung aktiv in die soziale Globalisierung eingebunden ist. Diese Vermutung kann in dem gegebenen Rahmen hier nicht vertiefend geprüft werden und dürfte nicht zuletzt auch mit den angesprochenen Problemen in den Indikatoren zusammenhängen.

Innerhalb von Modell 9 werden die Werte aller unabhängigen Variablen in die Messung eingeführt. Es zeigt sich, dass auch hier die getroffenen Aussagen über die Hypothesen prinzipiell bestätigt werden. Sowohl die sozioökonomische Entwicklung in Form des HDI als auch der Faktor zur Messung der ökonomischen Globalisierung – für diesen allerdings nur auf dem zehn Prozent-Niveau – weisen signifikante Effekte auf die demokratische Entwicklung auf. Die soziale Globalisierung behält zwar ihren positiven Einfluss bei, der Koeffizient ist jedoch insignifikant. Interessant ist weiterhin, dass der Gini-Koeffizient nicht nur einen insignifikanten Effekt, sondern insbesondere auch ein positives Vorzeichen aufweist. In diesem Falle würde von einer *wachsenden* Einkommensungleichheit ein positiver Effekt auf die Demokratieentwicklung ausgehen. Dieser Vorzeichenwechsel bestätigt die Vermutung, dass Hypothese H2 für die postkommunistischen Transformationsstaaten als nicht bestätigt gelten kann.

Die ausgewiesenen Ergebnisse von Modell 9 sind dabei allerdings mit Vorsicht zu genießen, da hier das Problem von Multikollinearität sehr deutlich auftritt. Während die VIF-Werte für die soziale Globalisierung und den Gini-Koeffizienten noch deutlich innerhalb des Toleranzbereiches liegen, sind die Werte für die ökonomische Globalisierung ($VIF = 12,55$) und sozioökonomische Entwicklung ($VIF = 7,71$) nicht mehr akzeptabel. In diesem Sinne kann diese letzte Schätzung lediglich als Robustheitsprüfung für die Hypothesen verstanden werden. Die Frage, ob die exogen-ökonomische Modernisierung in Bezug auf die demokratische Entwicklung einen die binnenstaatliche sozioökonomische Entwicklung überlagerten Effekt ausübt, kann – auf Basis *aller* zu dieser Thematik durchgeführten Schätzungen – zwar auch vor dem Hintergrund von Modell 9 bestätigt werden; der letzte Beweis steht in Folge der hohen VIF-Werte allerdings noch aus. Diese Feststellung ist prinzipiell nicht überraschend, da in der theoretischen Argu-

mentation ja bewusst darauf hingewiesen wurde, dass von der ökonomischen Globalisierung durch den Kanal einer steigenden sozioökonomischen Entwicklung ein indirekt-positiver Effekt auf die demokratische Entwicklung ausgeht. Dies lässt die politische Schlussfolgerung zu, dass die Demokratieentwicklung durch zwei verschiedene Seiten einer Medaille – binnenstaatliche sozioökonomische Entwicklung wie auch ökonomische Globalisierung – gefördert werden kann.

Abschließend sollen an dieser Stelle noch die Ergebnisse der Kontrollvariablen einer Analyse unterzogen werden. Zwar wurden für diese keine Hypothesen formuliert, aus politischer Sicht ergeben sich daraus jedoch einige Implikationen, die einer gesonderten Betrachtung bedürfen. Dabei wird – wie auch bei der oben vorgestellten Prüfung der Gesamtgüte des Modells – auf eine Einzelmodellbetrachtung zu Gunsten einer Gesamteinschätzung verzichtet.

Den bei weitem deutlichsten Effekt auf die demokratische Entwicklung ergibt sich aus der ehemaligen Zugehörigkeit eines Staates zur Sowjetunion. In allen geschätzten Modellen ergeben sich hochgradig negative Effekte aus einer früheren Sowjetunion-Zugehörigkeit. Dies bestätigt eingehend die in Kapitel 3.3.3 geäußerte theoretische Vermutung, dass die starken ökonomischen, politischen und institutionellen Abhängigkeiten von der Sowjetunion in einigen Untersuchungseinheiten bis heute einen bedeutenden Einfluss auf deren Demokratieentwicklung nehmen. Dieser Befund fügt sich dabei auch in die Ergebnisse der einschlägigen Literatur ein (vgl. Pop-Elches 2009). Ebenfalls in Kapitel 3.3.3 angesprochen wurde die präautokratische Demokratieerfahrung, von der – etwa auf Grund der intergenerationalen Weitergabe von demokratischen Einstellungen – ein positiver Effekt ausgehen sollte. Diese These bestätigt sich durch die empirischen Resultate. Zwar weisen die Koeffizienten für die hierfür verwendete Variable keine Signifikanzen aus, der Einfluss ist jedoch in (fast) allen Modellen positiver Natur. Dieser schwach-positive Effekt steht dabei völlig im Einklang mit der geäußerten Vermutung, dass in Folge des zeitlichen Abstands zwischen den demokratischen Perioden die Weitergabe von zivilgesellschaftlichen oder allgemein demokratischen Institutionen nicht überbewertet werden sollte.

Bedeutungsvoll bei den Kontrollvariablen erweist sich weiterhin die ethnische Fraktionalisierung. Hier wurde die Vermutung aufgestellt, dass eine hohe Diversität einen negativen Einfluss auf die Demokratieentwicklung verursacht. Dies kann durch die Schätzmodelle nicht bestätigt werden: Außer in Modell 2 nimmt die Variable immer einen – teilweise auch signifikanten – positiven Einfluss auf die abhängige Variable. Dieses

Ergebnis ist durchaus überraschend, werden doch bei Skaaning (2005) und Pop-Elches (2009) konträr verlaufende Resultate präsentiert. Zurückgeführt werden kann dies mitunter auf die recht hohen berichteten Standardfehler, die ihrerseits daraus resultieren dürften, dass die ethnische Fraktionalisierung in Folge mangelnder alternativer Datenquellen nur als Konstante in die Modelle eingehen konnte. Zu vermuten wäre, dass durch einzelne bestimmte institutionelle Arrangements innerhalb des politischen Systems die Effekte einer hohen Fraktionalisierung gemindert werden.⁸⁴ An dieser Stelle sind sicherlich weitere Forschungsbemühungen notwendig, um den Einfluss ethnischer Fraktionalisierung auf die Demokratie auf eine gesicherte Basis stellen zu können.

Die Resultate für den von einer EU-Mitgliedschaft ausgehenden Effekt sind ambivalent. Über die Modelle hinweg ergibt sich mal ein positiver, mal ein negativer Effekt auf die demokratische Entwicklung, wobei keiner der Koeffizienten die Signifikanzschwelle erreicht. Dabei ist zu beachten, dass sich die geringen positiven Einflüsse auch nicht um eine bestimmte Komponente von Modernisierung bündeln. Daraus ist aus theoretischer Sicht zu schließen, dass von der Europäischen Union ausgehende Diffusionseffekte für die Untersuchungseinheiten in dieser Konstellation keine große Rolle zu spielen scheinen.⁸⁵ Auch hier ergibt sich die Notwendigkeit weiterer Analysen, die etwa dem Aspekt der EU-Mitgliedschaft in dem modernisierungstheoretischen Kontext eine qualitativer Aufmerksamkeit schenkt.

Die beiden letzten Kontrollvariablen weisen lediglich sehr schwache Effekte auf die demokratische Entwicklung auf: Für die Inflation zur Kontrolle für ökonomische Krisen wird zwar das erwartete negative Vorzeichen berichtet, signifikant wird dieser Effekt jedoch in keinem der Modelle. Ähnlich verhält es sich auch die Variable „Wirtschaftswachstum“, mit deren Hilfe exogene Schocks auf die Untersuchungseinheiten kontrolliert wurden. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Demokratieentwicklung in den postkommunistischen Transformationsstaaten nur in einem äußerst geringen Maße von kurzfristigen ökonomischen Schocks abhängig ist.

⁸⁴ In der vergleichenden Politikwissenschaft besteht seit längerer Zeit die These, dass eine konsensorientierte Demokratie besser für ethnisch gespaltene Staaten geeignet wäre als eine Mehrheitsdemokratie (vgl. Lijphart 1999: 275).

⁸⁵ Dazu konträr steht allerdings das Ergebnis von Kurtz und Barnes (2002).

4.4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zentrales Anliegen des vierten Kapitels war die empirische Analyse der aufgestellten Hypothesen zum Einfluss von endogener und exogener Modernisierung auf die demokratische Entwicklung. Dazu wurde in einem ersten Schritt ein ökonometrisches Messmodell entwickelt, da hier kein TSCS-Standardverfahren in Folge verschiedener Schwierigkeiten angewendet werden konnte. Im Einzelnen wurde das Problem von Autokorrelation durch die Einführung einer „lagged dependent variable“ gelöst; weiterhin wurde das Modell um die Variable „weltweites Wirtschaftswachstum“ ergänzt, da so auch mögliche exogene Schocks auf die Untersuchungseinheiten abgebildet werden. Als letzte Anpassung wurden die unabhängigen Variablen in ihren natürlichen Logarithmus transformiert, um so das Problem der Panelheteroskedastizität zu überwinden. „Fixed Effects“ wurden nicht verwendet, da durch deren Einbezug die speziell für den postkommunistischen Kontext entwickelten Kontrollvariablen keine Berücksichtigung hätten finden können.

Innerhalb des zweiten Teils des Kapitels wurden die erhobenen Daten einer deskriptiven Analyse unterzogen. In Bezug auf die Demokratieentwicklung hat sich gezeigt, dass sich die untersuchten Staaten insgesamt im Zeitablauf verstärkt hin zu einem liberaldemokratischen Pol entwickelt haben. Dabei ist jedoch zu beachten, dass dieser Trend bei weitem nicht alle Länder betrifft und sich diese in Hinblick auf die demokratische Entwicklung eher auseinander als aufeinander zu bewegen. Die deskriptive Darstellung der unabhängigen Variablen hat gezeigt, dass sich sowohl bei der endogenen als auch bei der exogenen Modernisierung seit dem Systemwandel zu Beginn der 1990er-Jahre ein sehr starker Aufwärtstrend nachweisen lässt. Sowohl der HDI, als auch die Globalisierungsfaktoren vervielfachen sich zum Teil während des untersuchten Zeitraums, während die Einkommensungleichheiten praktisch bei ihren Startwerten verharren.

Auf Basis dieser Erkenntnisse wurden darauf folgend die Regressionsanalysen durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass lediglich zwei der vier Hypothesen umfassend bestätigt werden können. Während die sozioökonomische Entwicklung sowie die ökonomische Globalisierung einen signifikant positiven Effekt auf die Demokratieentwicklung aufweisen, verfügen die Einkommensungleichheit und die soziale Globalisierung lediglich über eine schwache und teils insignifikante Erklärungskraft.

5 Fazit und Ausblick

Ziel der vorliegenden Arbeit war die empirische Analyse des Kausalzusammenhangs zwischen endogener sowie exogener Modernisierung und der demokratischen Entwicklung in postkommunistischen Transformationsstaaten. Zu diesen Staaten wurden per definitionem Albanien, Bulgarien, Estland, Georgien, Kirgisien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, die Mongolei, Polen, Rumänien, Russland, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, die Ukraine und Ungarn gezählt, welche alle für den Zeitraum zwischen 1996 und 2009 untersucht wurden. Das Anliegen einer Analyse dieser Staaten leitete sich dabei direkt aus den identifizierten Forschungslücken her: Auf der einen Seite arbeiten empirische Arbeiten zumeist mit einem globalen Fokus, welche nicht die einzigartigen Charakteristika der postkommunistischen Systemtransformation betrachten und die Ergebnisse somit keineswegs auf diesen speziellen Sachverhalt übertragen werden können. Andererseits wurde bisher auf theoretischer wie empirischer Basis eine Integration der bisher weitestgehend separat zueinander stehenden Argumentationsstränge von binnenstaatlicher und globalisierungsbedingter Modernisierung nur unzureichend geleistet.

Um den Effekt der beiden Komponenten von Modernisierung auf die demokratische Entwicklung empirisch untersuchen zu können, mussten zuerst wichtige theoretische Vorarbeiten geleistet werden. In der Literatur wird in aller Regel ohne klare definitorische Begriffsbestimmungen oder ein adäquates theoretisches Erklärungsmodell gearbeitet, was die Formulierung eindeutiger Hypothesen und die Interpretation der Ergebnisse stark erschwert. Zu diesem Zweck wurde zu Beginn der Begriff „demokratische Entwicklung“ definiert als die Entwicklung von einer elektoralen hin zu einer liberalen Demokratie, wobei explizit auch eine mögliche autokratische Rückentwicklung nicht ausgeschlossen wurde. Auf dieser Basis wurde mittels der „klassischen“ Modernisierungstheorie von Seymour Lipset ein theoretisches Modell entwickelt, welches den Zusammenhang sowohl von endogener, als auch von exogener Modernisierung auf die demokratische Entwicklung zu erklären versucht. Dies stellt im Vergleich zu anderen Studien eine Besonderheit dar. Dabei wurde die endogene Modernisierung definitorisch zuerst in die beiden Bestandteile „sozioökonomische Entwicklung“ und „Einkommensungleichheit“ zerlegt und darauf aufbauend vier Wirkungsmechanismen endogener Modernisierung auf die Demokratieentwicklung identifiziert. Dabei handelt es sich um eine offene Klassengesellschaft, eine prodemokratische politische Kultur, einen hohen Bil-

dungsstand und die starke Partizipation in zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche alle in einer multikausalen Verbindung zueinander stehen. Für die exogene Modernisierung erfolgte eine analytische Zweiteilung in eine ökonomische und eine soziale Komponente. Die ökonomische Globalisierung – so die These – erhöht durch steigenden internationalen Handel und Kapitaltransfers den binnenstaatlichen sozioökonomischen Wohlstand und übt einen indirekten Einfluss auf die demokratische Entwicklung aus. Die Effekte der sozialen Komponente von Globalisierung sind theoretisch schwieriger zu fassen, daneben wird dieser Dimension in den einschlägigen Untersuchungen kaum Beachtung geschenkt. Um dennoch auf einen systematischen theoretischen Bezugsrahmen zurückgreifen zu können, wurde hier eine Idee aus der transformationstheoretischen Diffusionsforschung aufgegriffen. Demnach erfahren die politischen Einstellungen der Bürger eine pro-demokratische Veränderung durch internationale Informationsflüsse und Kommunikation. Unter Rückgriff auf den aktuellen Forschungsstand wurden darauf folgend vier konkrete Hypothesen formuliert. Dabei hat sich gezeigt, dass die bisherigen Studien, welche explizit den postkommunistischen Transformationskontext beachten, mit zahlreichen Schwächen zu kämpfen haben. Dies betrifft etwa die unzureichende Einbindung von Globalisierungsfaktoren, die inadäquate Anwendung empirischer Methoden (Einzelfalluntersuchungen, sehr kurze Zeiträume) oder auch Problematiken in Hinblick auf die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen.

Für den empirischen Teil dieser Arbeit wurde zuerst der Blick auf die Operationalisierung der Variablen gerichtet. Für die Messung der abhängigen Variablen „demokratische Entwicklung“ wurde der Freedom House-Index gewählt, der am ehesten sowohl mit dem verwendeten Demokratieverständnis von Robert Dahl harmoniert als auch die methodologische Forderungen nach Validität, Reliabilität und Objektivität weitestgehend erfüllt. Gemäß den identifizierten vier analytischen Bestandteilen von Modernisierung (sozioökonomische Entwicklung und Einkommensungleichheit für die endogene; ökonomische und soziale Globalisierung für die exogene Variante) wurden darauf folgend die unabhängigen Variablen operationalisiert. Dabei wurde explizit auch auf eine sachgerechte Aggregation der Komponenten geachtet. Dies ist in der Forschung keineswegs üblich, bildet aber die theoretische Komplexität der einzelnen Variablen deutlich umfassender ab und erleichtert die Hypothesenprüfung ungemein. Daneben wurde eine Reihe von Kontrollvariablen spezifiziert, um so die postkommunistischen Charakteristika umfassend in dem Modell abzubilden.

Die empirische Überprüfung der aufgestellten Hypothesen zeigt widersprüchliche Ergebnisse: Die beiden Hypothesen H1 (sozioökonomische Entwicklung) und H3 (ökonomische Globalisierung) wurden umfassend bestätigt. Sowohl ein hohes sozioökonomisches Entwicklungsniveau als auch eine starke Einbindung in internationale Wirtschaftsbeziehungen weisen einen signifikant positiven Effekt auf die demokratische Entwicklung auf. Für die weiteren Hypothesen H2 (Einkommensungleichheit) und H4 (soziale Globalisierung) fällt das Urteil nicht ganz so eindeutig aus. Der Gini-Koeffizient zur Messung der Einkommensungleichheiten weist zwar in den verschiedenen Spezifikationen das erwartete negative Vorzeichen auf, verfehlt jedoch das geforderte Signifikanzniveau zum Teil recht deutlich. Weiterhin zeigt die soziale Globalisierung nur dann einen deutlichen Effekt auf die demokratische Entwicklung, wenn keine weiteren sozioökonomischen Erklärungsvariablen in das Modell aufgenommen werden. Zu vermuten wäre, dass der von internationaler Kommunikation und Informationsflüssen ausgehende Effekt auf die demokratische Entwicklung durch andere Konstrukte überlagert wird. Dies ist aus theoretischen Gründen zwar nicht unplausibel, muss jedoch in zukünftigen Arbeiten noch tiefer gehend analysiert werden.

Wie diese Zusammenfassung gezeigt hat, konnten im Rahmen dieser Arbeit einige der identifizierten Forschungsdefizite geschlossen werden. Dennoch erscheint es an dieser Stelle sinnvoll auch auf mögliche Erweiterungen und neue Forschungslücken hinzuweisen, die in dieser Arbeit nicht untersucht werden konnten. Erstens sollte die Bedeutung des Kontextes für den modernisierungstheoretischen Zusammenhang auch auf andere Regionen und/ oder Transformationswellen übertragen werden. Wie die Analyse gezeigt hat, ist die Bedeutung des regionen- und transformationsspezifischen Hintergrunds keineswegs zu unterschätzen, was globale Untersuchungssamples durch die Verwendung einzelner Kontrollvariablen jedoch nicht in der nötigen qualitativen Tiefe zu absorbieren vermögen. Zweitens sollte der festgestellte Zusammenhang für die postkommunistischen Transformationsstaaten auch in einem zeitlich breiteren Analyserahmen untersucht werden. Der im Jahr 2009 gesetzte Endpunkt ist in erster Linie der Datenverfügbarkeit geschuldet, weswegen eine weitere Ausdehnung für die empirische Analyse schlicht nicht möglich war. Durch eine Erweiterung des Zeitrahmens könnten auch die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 in die Analyse aufgenommen werden. Eine Vielzahl der postkommunistischen Transformationsstaaten mussten dabei zum Teil massive Konjunktur- und damit verbundene ökonomische Wohlstandsverluste hinnehmen, ohne dass ein nennenswerter Rückgang

der demokratischen Entwicklung zu beobachtet ist (vgl. Freedom House 2012). In der Literatur bestehen einzelne Anzeichen, dass dies der Kurzfristigkeit des ökonomischen Schocks geschuldet sein könnte (vgl. Diamond 2011: 18); eine umfassend quantitative Analyse steht jedoch noch aus.

Auf methodischer Ebene stellt sich weiterhin die Frage, in wie weit das ökonometrische Modell zusätzlich ergänzt werden kann. Dies betrifft insbesondere den Umgang mit zeitinvarianten Variablen, welche die Anwendung eines Fixed- oder Random Effects-Modells nicht ermöglichte. Dieser Aspekt wird in der empirischen Sozialforschung durchaus diskutiert, ohne dass sich dabei bis jetzt ein *Common Sense* herausgebildet hätte und dieser in den gängigen Statistikprogrammen implementiert wäre (vgl. Plümper/ Troeger 2007). Anzuregen wäre auch die Robustheit der Ergebnisse für die nicht bestätigte Hypothese zur Einkommensungleichheit weitergehend zu überprüfen. Dies könnte etwa durch die Verwendung eines elaborierten Datenimputationsverfahren für den *missing*-belasteten Gini-Koeffizienten oder auch ein anderes Maß zur Messung von Einkommensungleichheit geleistet werden, wobei beide Aspekte in der Forschung kontroversen Diskussionen unterlegen sind (vgl. für die Datenimputation King et al. 2001; für die Messproblematik Rodriguez/ Ortega 2006). Die Überwindung dieser geäußerten theoretischen wie methodischen Herausforderungen dürfte eine wichtige Aufgabe für zukünftige Arbeiten darstellen.

Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daron/ Johnson, Simon/ Robinson, James (2001): The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation, in: *American Economic Review* 91 (5), S. 1369-1401.
- Acemoglu, Daron/ Johnson, Simon/ Robinson, James/ Thaicharoen, Yunyong (2003): Institutional Causes, Macroeconomic Symptoms: Volatility, Crises and Growth, in: *Journal of Monetary Economics* 50 (1), S. 49-123.
- Acemoglu, Daron/ Johnson, Simon/ Robinson, James/ Yared, Pierre (2008): Income and Democracy, in: *American Economic Review* 98 (3), S. 808-842.
- Acemoglu, Daron/ Johnson, Simon/ Robinson, James/ Yared, Pierre (2009): Reevaluating the Modernization Hypothesis, in: *Journal of Monetary Economics* 56 (8), S. 1043-1058.
- Acemoglu, Daron/ Robinson, James (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy: Economic and Political Origins*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Achen, Christopher (2001): Why Lagged Dependent Variables Can Suppress the Explanatory Power of Other Independent Variables, Working Paper, Princeton University.
- Agresti, Alan/ Finlay, Barbara (2009): *Statistical Methods for the Social Sciences*, 4. Auflage, Upper Saddle River: Prentice-Hall.
- Alcalá, Francisco/ Ciccone, Antonio (2004): Trade and Productivity, in: *Quarterly Journal of Economics* 119 (2), S. 613-646.
- Alesina, Alberto/ Devleeschauwer, Arnaud/ Easterly, William/ Kurlat, Sergio/ Wacziarg, Romain (2003): Fractionalization, in: *Journal of Economic Growth* 8 (2), S. 155-194.
- Alexander, Amy/ Welzel, Christian (2011): Measuring Effective Democracy. The Human Empowerment Approach, in: *Comparative Politics* 43 (3), S. 271-289.
- Alkire, Sabina (2002): Dimensions of Human Development, in: *World Development* 30 (2), S. 181-205.
- Almond, Gabriel/ Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton: Princeton University Press.

- Alvarez, Michael/ Cheibub, José/ Limongi, Fernando/ Przeworski, Adam (1996): Classifying Political Regimes, in: *Studies in Comparative International Development* 31 (2), S. 1-37.
- Amiel, Yoram (1998): The Subjective Approach to the Measurement of Income Inequality, DARP Discussion Paper No. 28, London School of Economics and Political Science.
- Amiel, Yoram/ Cowell, Frank (1992): Measurement of Income Inequality: Experimental Test by Questionnaire, in: *Journal of Public Economics* 47 (1), S. 3-26.
- Anderson, Leslie/ Lewis-Beck, Michael/ Stegmaier, Mary (2003): Post-Socialist Democratization: A Comparative Political Economy Model of the Vote for Hungary and Nicaragua, in: *Electoral Studies* 22 (3), S. 469-484.
- Annett, Anthony (2001): Social Fractionalization, Political Instability, and the Size of Government, in: *IMF Staff Papers* 48 (3), S. 561-592.
- Ansell, Ben/ Samuels, David (2010): Inequality and Democratization: A Contractarian Approach, in: *Comparative Political Studies* 43 (2), S. 1543-1574.
- Arndt, Andreas (2002): Zur Qualität von Luftverkehrsstatistiken für das innereuropäische Luftverkehrsgebiet, in: Knorr, Andreas/ Lemper, Alfons/ Sell, Axel/ Wohlmuth, Karl (Hrsg.): *Berichte aus dem Weltwirtschaftlichen Colloquium der Universität Bremen*, Nr. 77, Bremen.
- Arts, Wil/ Hermkens, Piet/ van Wuck, Peter (1999): Modernisation Theory, Income Evaluation, and the Transition in Eastern Europe, in: *International Journal of Comparative Sociology* 40 (1), S. 61-78.
- Aslund, Anders/ Boone, Peter/ Johnson, Simon/ Fischer, Stanley/ Ickes, Barry (1996): How to Stabilize: Lessons from Post-Communist Countries, in: *Brooking Papers on Economic Activity* 27 (1), S. 217-313.
- Association of European Airlines (2007): *Yearbook 2007*, Brüssel: Association of European Airlines.
- A. T. Kearney/ Foreign Policy (2007): *The Globalization Index 2007*, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Atkinson, Anthony (1970): On the Measurement of Inequality, in: *Journal of Economic Theory* 2 (3), S. 244-263.
- Backhaus, Klaus/ Erichson, Bernd/ Plinke, Wulff/ Weiber, Rolf (2008): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, 12., vollständig überarbeitete Auflage, Berlin/ Heidelberg: Springer.

- Barro, Robert (1999): Determinants of Democracy, in: *Journal of Political Economy* 107 (6), S. 158-183.
- Barro, Robert/ Lee, Jong-Wha (2010): A New Data Set of Educational Attainment in the World, 1950-2010, NBER Working Paper No. 15902.
- Bartlett, Maurice (1950): Test of Significance in Factor Analysis, in: *British Journal of Psychology* 3 (1), S. 77-85.
- Batt, Judy (2007): Defining Central and Eastern Europe, in: White, Stephen/ Batt, Judy/ Lewis, Paul (Hrsg.): *Developments in Central and East European Politics* 4, Durham: Duke University Press, S. 1-19.
- Beck, Nathaniel (2001): Time-Series-Cross-Section Data: What Have We Learned in the Past Few Years?, in: *Annual Review of Political Science* 4 (1), S. 271-293.
- Beck, Nathaniel/ Katz, Jonathan (1995): What to Do (and Not to Do) With Time-Series Corss-Section Data, in: *American Political Science Review* 89 (3), S. 634-647.
- Beck, Nathaniel/ Katz, Jonathan (2004): Time-Series-Cross-Section Issues, Dynamics, 2004, Working Paper, New York University.
- Behnke, Joachim (2005): Lassen sich Signifikanztests auf Vollerhebungen anwenden? Einige essayistische Anmerkungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (1), S. O-1-O-15.
- Behnke, Joachim/ Baur, Nina/ Behnke, Nathalie (2006): *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*, Paderborn: Schöningh.
- Beichelt, Timm (2001a): Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine, Untersuchung des FKKS 26/ 2001, Mannheim: Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa.
- Beichelt, Timm (2001b): Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa, in: Bendel, Petra/ Croissant, Aurel/ Rüb, Friedbert (Hrsg.): *Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen: Leske + Budrich, S. 183-198.
- Beichelt, Timm (2001c): Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa: Die Rolle der politischen Institutionen, Opladen: Leske + Budrich.
- Benczúr, Péter/ Rátfai, Attila (2010): Economic Fluctuations in Central and Eastern Europe: The Facts, in: *Applied Economics* 42 (25), S. 3279-3292.
- Berg, Andrew/ Borensztein, Eduardo/ Sahay, Ratna/ Zettelmeyer, Jeromin (1999): The Evolution of Output in Transition Economies: Explaining the Differences, in: IMF Working Paper 99/ 73.

- Berglund, Sten/ Ekman, Joakim/ Aarebrot, Frank (2004): The Diversity of Post-Communist Europe, in: Berglund, Sten/ Ekman, Joakim/ Aarebrot, Frank (Hrsg.): The Handbook of Political Change in Eastern Europa, 2. Auflage, Northhampton: Edward Elgar, S. 1-12.
- Berg-Schlosser, Dirk (2008): "Neighborhood Effects" of Democratization in Europe, in: Taiwan Journal of Democracy 4 (2), S. 29-45.
- Bernhard, Michael/ Nordstrom, Timothy/ Reenock, Christopher (2001): Economic Performance, Institutional Intermediation, and Democratic Survival, in: Journal of Politics 63 (3), S. 775-803.
- Bertelsmann Stiftung (2009): Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Blanchard, Oliver/ Kremer, Michael (1997): Disorganization, in: Quarterly Journal of Economics 112 (4), S. 1091-1126.
- Bodenstein, Thilo (2006): Systemwandel und Handelsliberalisierung: Die Integration der Transformationsländer in die Weltwirtschaft, in: Schirm, Herbert (Hrsg.): Globalisierung. Forschungsstand und Perspektive, Baden-Baden: Nomos, S. 235-256.
- Bodenstein, Thilo/ Plümper, Thomas/ Schneider, Gerald (2003): Two Sides of Economic Openness: Non-Tariff Barriers to Trade and Capital Controls in Transition Countries, 1993-2000, in: Communist and Post-Communist Studies 36 (2), S. 231-243.
- Boix, Carles (2003): Democracy and Redistribution, Cambridge: Cambridge University Press.
- Boix, Carles/ Stokes, Susan (2003): Endogenous Democratization, in: World Politics 55 (4), S. 517-549.
- Bollen, Kenneth (1980): Issues in the Comparative Measurement of Political Democracy, in: American Sociological Review 45 (3), S. 370-390.
- Bollen, Kenneth (1990): Political Democracy: Conceptual and Measurement Traps, in: Studies in Comparative International Development 25 (1), S. 7-24.
- Bollen, Kenneth (1993): Liberal Democracy: Validity and Method Factors in Cross-National Measures, in: American Journal of Political Science 37 (4), S. 1207-1230.

- Bollen, Kenneth/ Jackman, Robert (1985): Economic and Noneconomic Determinants of Political Democracy in the 1960s, in: *Research in Political Sociology* 1 (1), S. 27-48.
- Bollen, Kenneth/ Paxton, Pamela (2000): Subjective Measures of Liberal Democracy, in: *Comparative Political Studies* 33 (1), S. 58-86.
- Bortz, Jürgen/ Schuster, Christof (2010): *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*, Berlin/ Heidelberg: Springer.
- Brada, Josef/ King, Arthur/ Kutan, Ali (2000): Inflation Bias and Productivity Shocks in Transition Economies: The Case of the Czech Republic, Working Paper B02/ 2000, Bonn: Center for European Integration Studies.
- Brinks, Daniel/ Coppedge, Michael (2006): Diffusion Is No Illusion: Neighbor Emulation in the Third Wave of Democracy, in: *Comparative Political Studies* 39 (4), S. 463-489.
- Brooks, Sarah/ Kurtz, Marcus (2007): Capital, Trade, and the Political Economies of Reform, in: *American Journal of Political Science* 51 (4), S. 703-720.
- Broscheid, Andreas/ Gschwend, Thomas (2003): Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen, MPIfG Working Paper 03/ 7, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Broscheid, Andreas/ Gschwend, Thomas (2005): Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (1), S. O-16-O-26.
- Brynjolfsson, Erik/ Saunders, Adam (2009): What the GDP Gets Wrong (Why Managers Should Care), in: *Sloan Management Review* 51 (1), S. 94-96.
- Bühlmann, Marc/ Merkel, Wolfgang/ Müller, Lisa/ Wessels, Bernhard (2011): The Democracy Barometer: A New Instrument to Measure the Quality of Democracy and Its Potential for Comparative Research, in: *European Political Science Advance Online Publication* 16.12.2011.
- Burkhart, Ross (1997): Comparative Democracy and Income Distribution: Shape and Direction of the Causal Arrow, in: *Journal of Politics* 59 (1), S. 148-164.
- Burkhart, Ross/ de Soysa, Indra (2005): Open Borders, Open Regimes? Testing Causal Direction between Globalization and Democracy, 1970-2000, ZEF-Discussion Papers on Development Policy No. 67.
- Burkhart, Ross/ Lewis-Beck, Michael (1994): Comparative Democracy: The Economic Development Thesis, in: *American Political Science Review* 88 (4), S. 903-910.

- Cahill, Miles (2005): Is the Human Development Index Redundant?, in: *Eastern Economic Journal* 31 (1), S. 1-5.
- Calvo, Guillermo/ Coricelli, Fabrizio (1993): Output Collapse in Eastern Europe, in: *IMF Staff Papers* 40 (1), S. 35-52.
- Cheibub, José (2007): *Presidentialism, Parliamentarism, and Democracy*, New York: Cambridge University Press.
- Cingranelli, David/ Richards, David (2004): The Cingranelli-Richards (CIRI) Human Rights Dataset, <http://humanrightsdata.org> (10.01.2012).
- Coppedge, Michael/ Reinicke, Wolfgang (1991): Measuring Polyarchy, in: *Studies in Comparative International Development* 25 (1), S. 51-72.
- Coricelli, Fabrizio/ Masten, Igor (2004): Growth and Volatility in Transition Countries: The Role of Credit, *Festschrift in Honor of Guillermo Calvo*, Washington: International Monetary Fund.
- Crafts, Nicolas (2004): Globalisation and Economic Growth: A Historical Perspective, in: *World Economics* 27 (1), S. 45-58.
- Dahl, Robert (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven (u.a.): Yale University Press.
- Dahl, Robert (1989): *Democracy and Its Critics*, New Haven (u.a.): Yale University Press.
- Dahl, Robert (1998): *On Democracy*, New Haven (u.a.): Yale University Press.
- Dailami, Mansoor (2000): Financial Openness, Democracy, and Redistributive Policy, *World Bank Policy Research Paper No. 2372*, Washington: World Bank.
- Dalton, Hugh (1920): The Measurement of the Inequality of Incomes, in: *The Economic Journal* 30 (119), S. 348-361.
- Darden, Keith/ Grzymala-Busse, Anna (2006): The Great Divide. Literacy, Nationalism, and the Communist Collapse, in: *World Politics* 59 (1), S. 83-115.
- Deininger, Klaus/ Squire, Lyn (1996): A New Data Set Measuring Income Inequality, in: *World Bank Economic Review* 10 (3), S. 565-591.
- De Lombaerde, Philippe/ Iapadre, Lelio (2008): International Integration and Societal Progress: A Critical Review of Globalisation Indicators, in: *OECD (Hrsg.): Statistics, Knowledge and Policy 2007: Measuring and Fostering the Progress of Societies*, Paris: OECD Publishing, S. 327-332.

- Diamond, Larry (1992): Economic Development and Democracy Reconsidered, in: Diamond, Larry/ Marks, Garry (Hrsg.): Reexamining Democracy: Essays in Honor of Seymour Martin Lipset, Newbury Park: Sage, S. 93-139.
- Diamond, Larry (1999): Developing Democracy: Toward Consolidation, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Diamond, Larry (2008): The Postcommunist Divide, in: Diamond, Larry (Hrsg.): The Spirit of Democracy: The Struggle to Build Free Societies Throughout the World, New York: Holt, S. 190-207.
- Diamond, Larry (2011): The Impact of the Economic Crisis: Why Democracies Survive, in: Journal of Democracy 22 (1), S. 17-30.
- Diamond, Larry/ Morlino, Leonardo (2004): The Quality of Democracy. An Overview, in: Journal of Democracy 15 (4), S. 14-25.
- Dimitrova, Antoaneta/ Pridham, Geoffrey (2004): International Actors and Democracy Promotion in Central and Eastern Europe: The Integration Model and Its Limits, in: Democratization 11 (5), S. 91-112.
- Di Palma, Giuseppe (1990): To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions, Berkeley: University of California Press.
- Dougherty, Christopher (2007): Introduction to Econometrics, 3. Auflage, Oxford (u.a.): Oxford University Press.
- Dreher, Axel (2006): Does Globalization Affect Growth? Evidence from a New Index of Globalization, in: Applied Economics 38 (10), S. 1091-1110.
- Dreher, Axel/ Gaston, Noel/ Martens, Pim (2008): Measuring Globalisation - Gauging Its Consequences, New York: Springer.
- Dreher, Axel/ Gaston, Noel/ Martens, Pim/ Van Boxem, Lotte (2010): Measuring Globalization - Opening the Black Box. A Critical Analysis of Globalization Indices, in: Journal of Globalization Studies 1 (1), S. 166-185.
- Duce, Maitena (2003): Definitions of Foreign Direct Investment (FDI): A Methodological Note, Working Paper, Banco de España, <http://www.bis.org/publ/cgfs22bde3.pdf> (17.11.2011).
- Dunning, Thad (2008): Crude Democracy: Natural Resource Wealth and Political Regimes, Cambridge: Cambridge University Press.
- Easterly, William/ Levine, Ross (1997): Africa's Growth Tragedy: Policies and Ethnic Divisions, in: Quarterly Journal of Economics 111 (4), S. 1203-1250.

- EBRD (2010): Transition Report 2010. Recovery and Reform, London: European Bank for Reconstruction and Development.
- Égert, Balazs/ Podpiera, Jiri (2008): Structural Inflation and Real Exchange Rate Appreciation in Visegrad-4 Countries: Balassa-Samuelson or Something Else, CEPR Policy Insights 20, London: Centre for Economic Policy Research.
- Eichengreen, Barry/ Leblang, David (2006): Democracy and Globalization, NBER Working Paper No. 12450.
- Elkink, Johan (2011): The International Diffusion of Democracy, in: Comparative Political Studies 44 (12), S. 1651-1674.
- Engelhardt, Henriette (2006): Kausalanalysen mit separaten und zusammengefassten Zeitreihen, in: Dieckmann, Andreas (Hrsg.): Methoden der Sozialforschung. Sonderheft 44 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 368-395.
- Elster, Jon (1990): The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: Polzajski, Piotr (Hrsg.): Philosophy of Social Choice, Warsaw: IFiS Publishers, S. 309-316.
- Epstein, David/ Bates, Robert/ Goldstone, Jack/ Kristensen, Ida/ O'Halloren, Sharyn (2006): Democratic Transitions, in: American Journal of Political Science 50 (3), S. 551-569.
- Eurostat (2010): Europe in Figures. Eurostat Yearbook 2010, Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Fabrizio, Stefania/ Leigh, Daniel/ Mody, Ashoka (2009) The Second Transition: Eastern Europe in Perspective, Economic Papers 366, Brüssel: European Commission.
- Fearon, James (2003): Ethnic and Cultural Diversity by Country, in: Journal of Economic Growth 8 (2), S. 195-222.
- Frankel, Jeffrey/ Romer, David (1999): Does Trade Cause Growth?, in: American Economic Review 89 (3), S. 379-399.
- Freedom House (1996): Freedom in the World 1995-96: Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties, New York: Freedom House.
- Freedom House (2011): Freedom in the World 2011. The Authoritarian Challenge to Democracy, New York: Freedom House.
- Freedom House (2012): Freedom in the World 2012. The Arab Uprisings and Their Global Repercussions, New York: Freedom House.

- Freeman, John/ Quinn, Dennis (2010): The Economic Origins of Democracy Reconsidered, Working Paper, University of Minnesota/ Georgetown University.
- Frees, Edward (2004): Longitudinal and Panel Data. Analysis and Applications in the Social Sciences, New York (u.a.): Cambridge University Press.
- Friedrichsen, Jana/ Zahn, Philipp (2010): The Macroeconomy and Individuals' Support for Democracy, CWPE 1104, University of Cambridge.
- Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud (2006): Learned Democracy? Support for Democracy in Central and Eastern Europe, in: International Journal of Sociology 36 (3), S. 70-96.
- Fukuyama, Francis (2011): Dealing with Inequality, in: Journal of Democracy 22 (3), S. 79-89.
- Gasiorowski, Mark (1995): Economic Crisis and Political Regime Change: An Event History Analysis, in: American Political Science Review 89 (4), S. 882-897.
- Gasiorowski, Mark (1996): An Overview of the Political Change Dataset, in: Comparative Political Studies 29 (4), S. 469-483.
- Gasiorowski, Mark/ Power, Timothy (1998): The Structural Determinants of Democratic Consolidation. Evidence from the Third World, in: Comparative Political Studies 31 (6), S. 740-771.
- Gastil, Raymond (1990): The Comparative Study of Freedom - Experiences and Suggestions, in: Studies in Comparative International Development 25 (1), S. 25-50.
- Giavazzi, Francesco/ Tabellini, Guido (2005): Economic and Political Liberalizations, in: Journal of Monetary Economics 52 (7), S. 1297-1330.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity, Oxford: Polity Press.
- Gini, Corrado (1921): Measurement of Inequality of Income, in: The Economic Journal 31 (1), S. 124-126.
- Gleditsch, Kristian/ Ward, Michael (2006): Diffusion and the International Context of Democratization, in: International Organization 60 (4), S. 911-933.
- Granger, Clive (1969): Investigating Causal Relations by Econometric Models and Cross-Spectral Methods, in: Econometrica 37 (3), S. 424-438.
- Greene, William (2008): Econometric Analysis, 6. Auflage, Upper Saddle River: Pearson Prentice-Hall.
- Hadenius, Axel (1992): Democracy and Development, Cambridge: Cambridge University Press.

- Hadenius, Axel/ Teorell, Jan (2005): Cultural and Economic Prerequisites of Democracy: Reassessing Recent Evidence, in: *Studies in Comparative International Development* 39 (4), S. 87-106.
- Havrylyshyn, Oleh (2001): Recovery and Growth in Transition: A Decade of Evidence, IMF Staff Papers 48, Special Issue.
- Havrylyshyn, Oleh/ Izvorski, Ivailo/ van Rooden, Ron (1998): Recovery and Growth in Transition Economies 1990-1997 - A Stylized Regression Analysis, IMF Working Paper 98/ 141.
- Held, David/ McGrew, Anthony/ Goldblatt, David/ Perraton, Jonathan (1999): *Global Transformations: Politics, Economics and Culture*, Cambridge: Polity Press.
- Helliwell, John (1994): Empirical Linkages between Democracy and Economic Growth, in: *British Journal of Political Science* 24 (2), S. 225-248.
- Hensell, Stephan (2010): Forschung mit begrenzter Fallzahl? Die postsozialistischen Regionen in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), S. 157-168.
- Heo, Uk/ Tan, Alexander (2001): Democracy and Economic Growth: A Causal Analysis, in: *Comparative Politics* 33 (4), S. 463-473.
- Hough, Jerry (1997): *Democratization and Revolution in the USSR, 1985-1991*, Washington: Brooking Institution Press.
- Houle, Christian (2009): Inequality and Democracy: Why Inequality Harms Consolidation but Does Not Affect Democratization, in: *World Politics* 61 (4), S. 589-622.
- Huntington, Samuel (1991): *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman (u.a.): University of Oklahoma Press.
- Inglehart, Ronald/ Welzel, Christian (2005): *Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence*, New York: Cambridge University Press.
- International Civil Aviation Organization (2008): *Civil Aviation Statistics of the World*, Montreal: International Civil Aviation Organization.
- International Monetary Fund (2010): *World Economic Outlook Database*, October 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx> (12.01.2012).
- International Telecommunication Union (2010): *World Telecommunication/ ICT Indicators Database*, 10. Edition, CD-Rom, Geneva.

- Ismayr, Wolfgang (2010): Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-78.
- Jagers, Keith/ Gurr, Ted (1995): Transitions to Democracy: Tracking the Third Wave with Polity III Indicators of Democracy and Autocracy, in: Journal of Peace Research 32 (4), S. 469-482.
- Jahn, Detlef (2006): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaiser, Henry/ Dickman, Kern (1959): Analytic Determination of Common Factors, in: American Psychologist 14 (1), S. 425-430.
- Kaiser, Henry/ Rice, John (1974): Little Jiffy, Mark IV, in: Educational and Psychological Measurement 34 (1), S. 111-117.
- Karl, Terry/ Schmitter, Philippe (1991): Models of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, in: International Social Science Journal 128 (1), S. 269-284.
- Katzenstein, Peter (1985): Small States in World Markets: Industrial Policy in Europe, Ithaca: Cornell University Press.
- Katzenstein, Peter (2003): Small States and Small States Revised, in: New Political Economy 8 (1), S. 9-30.
- Keele, Luke/ Kelly, Nathan (2006): Dynamic Models for Dynamic Theories: The Ins and Outs of Lagged Dependent Variables, in: Political Analysis 14 (2), S. 186-205.
- Kennedy, Peter (2003): A Guide to Econometrics, 5. Auflage, Cambridge: MIT Press.
- Kennedy, Ryan (2004): Re-Conceptualizing the Social Requisites of Democracy: A Conditional Probability Analysis of Modernization Theory, Working Paper, Ohio State University.
- Kennedy, Ryan (2010): The Contradiction of Modernization: A Conditional Probability Interpretation of Democratic Transition, Working Paper, University of Houston.
- Keohane, Robert/ Nye, Joseph (2000): Globalization: What's New? What's Not?, (And So What?), in: Foreign Policy 118 (1), S. 104-119.
- Kessler, Johannes (2007): Globalisierung oder Integration. Korrespondenzprobleme bei der empirischen Erfassung von Globalisierungsprozessen, TranState Working Papers No. 53, Bremen.

- Kessler, Johannes (2009): Der Mythos vom globalen Dorf: Zur räumlichen Differenzierung des Globalisierungsniveaus, in: Kessler, Johannes/ Steiner, Christian (Hrsg.): Facetten der Globalisierung. Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 28-79.
- King, Gary/ Honaker, James/ Joseph, Anne/ Scheve, Kenneth (2001): Analyzing Incomplete Political Science Data: An Alternative Algorithm for Multiple Imputation, in: American Political Science Review 95 (1), S. 49-69.
- Kittel, Bernhard/ Winner, Hannes (2005): How Reliable is Pooled Analysis in Political Economy: The Globalization-Welfare State Nexus Revisited, in: European Journal of Political Science 44 (2), S. 269-293.
- Kneuer, Marianne (2007): Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knigge, Pia (1998): The Ecological Correlates of Right-Wing Extremism in Western Europe, in: European Journal of Political Research 34 (2), S. 249-279.
- Kolodko, Grzegorz (1999): Transition to a Market Economy and Sustained Growth. Implications for the Post-Washington Consensus, in: Communist and Post-Communist Studies 32 (3), S. 233-261.
- Kolodko, Grzegorz/ Nuti, Domenico (1997): The Polish Alternative: Old Myths, Hard Facts, and New Strategies in the Successful Transformation of the Polish Economy, in: Research for Action 33, Helsinki: UNU-WIDER.
- Kopecky, Petr/ Mudde, Cas (2000): What has Eastern Europe Taught us About the Democratisation Literature (and Vice Versa), in: European Journal of Political Research 37 (4), S. 517-539.
- Kopstein, Jeffrey/ Reilly, David (2000): Geographic Diffusion and the Transformation of the Postcommunist World, in: World Politics 53 (1), S. 1-37.
- Kornai, János (2006): The Great Transformation of Central Eastern Europe. Success and Disappointment, in: Economics of Transition 14 (2), S. 207-244.
- Kovacevic, Milorad (2010): Review of HDI Critiques and Potential Improvements, Human Development Research Paper 2010/ 33, New York.
- Kristensen, Ida/ Wawro, Gregory (2003): Lagging the Dog?: The Robustness of Panel Corrected Standard Errors in the Presence of Serial Correlation and Observation Specific Effects, Working Paper, Columbia University.

- Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung, 12., überarbeitete und ergänzte Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Krugman, Paul/ Obstfeld, Maurice (2009): International Economics. Theory & Policy, 8. Auflage, Boston: Pearson.
- Kubicek, Paul (2003): The European Union and Democratization, London/ New York: Routledge.
- Kunz, Volker (2000): Kulturelle Variablen, organisatorische Netzwerke und demokratische Staatsstrukturen als Determinante der wirtschaftlichen Entwicklung im internationalen Vergleich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52 (2), S. 195-225.
- Kunz, Volker (2001): „Do Institutions Matter?“ Politische Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums in demokratischen Industriegesellschaften. Antwort auf Herbert Obinger, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53 (1), S. 149-165.
- Kurtz, Marcus/ Barnes, Andrew (2002): The Political Foundations of Post-Communist Regimes. Marketization, Agrarian Legacies, or International Influences, in: Comparative Political Studies 35 (5), S. 524-553.
- Kutter, Amelie/ Trappmann, Vera (2006): Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden: Nomos.
- Kuznet, Simon (1934): National Income, 1929-1932, Report to the U.S. Senate, 73d Congress, 2d Session, Washington: U.S. Government Printing Office.
- Landman, Todd (2006): Endogenous Democratization in Latin America?, Paper Prepared for the 2006 Meeting of the Latin Americas Studies Association, San Juan, Puerto Rico.
- Landman, Todd (2009): Issues and Methods in Comparative Politics: An Introduction, 3. Auflage, London: Routledge.
- Lane, David (2007): Post-State Socialism: A Diversity of Capitalism?, in: Lane, David/ Myant, Martin (Hrsg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries, New York: Palgrave Macmillan, S. 13-39.
- La Porta, Rafael/ Lopez-de-Silanes, Florencio/ Shleifer, Andrei/ Vishny, Robert (1998): Law and Finance, in: Journal of Political Economy 106 (6), S. 1113-1155.

- La Porta, Rafael/ Lopez-de-Silanes, Florencio/ Shleifer, Andrei/ Vishny, Robert (1999): The Quality of Government, in: *Journal of Law, Economics & Organization* 15 (1), S. 222-279.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): *Demokratie und Demokratiemessung: Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lauth, Hans-Joachim (2008): Die Qualität der Demokratie. Der NID als pragmatischer Vorschlag für die komparative Forschung, in: Behnke, Joachim/ Behnke, Nathalie/ Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): *Datenwelten. Datenerhebung und Datenbestände jenseits klassischer Umfrageformen*, Baden-Baden: Nomos, S. 373-390.
- Layard, Richard/ Mayraz, Guy/ Nickell, Stephen (2008): The Marginal Utility of Income, CEP Discussion Paper No. 784, London School of Economics and Political Science.
- Lerner, Daniel (1958): *The Passing of Traditional Countries: Modernizing the Middle East*, New York: Free Press.
- Levitsky, Steve/ Way, Lucan (2003): Ties that Bind? Leverage, Linkage, and Competitive Authoritarian Regime Change in Africa, Latin America, and Postcommunist Eurasia, Paper Prepared for the Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, August 27-30, 2003.
- Levitsky, Steve/ Way, Lucan (2005): International Linkage and Democratization, in: *Journal of Democracy* 16 (3), S. 20-34.
- Lewin, Moshe (1991): *The Gorbachev Phenomenon: A Historical Interpretation*, Expanded Edition, Berkeley/ Los Angeles: University of California Press.
- Lewis, Paul (1997): Introduction, in: Potter, David/ Goldblatt, David/ Kiloh, Margaret/ Lewis, Paul (Hrsg.): *Democratization*, Walton Hall: Polity Press, S. 393-398.
- Lewis, Paul (2000): *Political Parties in Post-Communist Eastern Europe*, London: Routledge.
- Lewis-Beck, Michael/ Stegmaier, Mary (2000): Economic Determinants of Electoral Outcomes, in: *Annual Review of Political Science* 3 (1), S. 183-219.
- Li, Quan/ Resnick, Adam (2003): Reversal of Fortunes: Democratic Institutions and Foreign Direct Investments Inflows to Developing Countries, in: *International Organization* 57 (1), S. 175-211.
- Li, Quan/ Reuveny, Rafael (2003): Economic Globalization and Democracy: An Empirical Analysis, in: *British Journal of Political Science* 33 (1), S. 29-54.

- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven/ London: Yale University Press.
- Linos, Katerina (2011): Diffusion Through Democracy, in: *American Journal of Political Science* 55 (3), S. 678-695.
- Linz, Juan/ Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore/ London: John Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review* 53 (1), S. 69-105.
- Lipset, Seymour (1994): The Social Requisites of Democracy Revisited: 1993 Presidential Address, in: *American Sociological Review* 59 (1), S. 1-22.
- Lipset, Seymour/ Seong, Kyoung-Ryung/ Torres, John (1993): A Comparative Analysis of the Social Requisites of Democracy, in: *International Social Science Journal* 45 (2), S. 155-175.
- Londregan, John/ Poole, Keith (1996): Does High Income Promote Democracy?, in: *World Politics* 49 (1), S. 1-30.
- Lopez-Cordova, Ernesto/ Meissner, Christopher (2005): *The Globalization of Trade and Democracy, 1870-2000*, NBER Working Paper No. 11117.
- Lorenz, Max (1905): Methods of Measuring the Concentration of Wealth, in: *Publications of the American Statistical Association* 9 (70), S. 209-219.
- Lupu, Noam/ Murali, Kanta (2009): *Development, Democratization, and Democratic Deepening*, Working Paper, Princeton University.
- Mainwaring, Scott/ Pérez-Linan, Anibal (2003): Level of Development and Democracy: Latin American Exceptionalism, 1945-1996, in: *Comparative Political Studies* 36 (9), S. 1031-1067.
- Mansoor, Ali/ Quillin, Bryce (2007): *Migration and Remittances. Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Washington: World Bank/ European Bank for Reconstruction and Development.
- Marshall, Monty/ Gurr, Ted/ Davenport, Christian/ Jagers, Keith (2002): Polity IV, 1800-1999. Comments on Munck and Verkuilen, in: *Comparative Political Studies* 35 (1), S. 40-45.
- Marshall, Monty/ Jagers, Keith (2010): *Polity IV Annual Time-Series 1800-2009*, <http://www.systemicpeace.org/inscr/inscr.htm> (18.12.2011).

- Martens, Pim/ Raza, Mohsin (2009): Globalisation in the 21st Century: Measuring Regional Changes in Multiple Domains, in: *The Integrated Assessment Journal* 9 (1), S. 1-18.
- Martens, Pim/ Zywiets, Daniel (2006): Rethinking Globalisation: A Modified Globalisation Index, in: *Journal of International Development* 18 (3), S. 331-350.
- McDaniel, Tanga (2003): Globalizing Information? The IT Revolution in Central and Eastern Europe, in: Giovannetti, Emanuele/ Kagami, Mitsuhiro/ Tsuji, Masatsugu (Hrsg.): *The Internet Revolution. A Global Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 143-161.
- McFaul, Michael (2001): A Mixed Record, An Uncertain Future, in: *Journal of Democracy* 12 (4), S. 87-94.
- McFaul, Michael (2002): The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Postcommunist World, in: *World Politics* 54 (2), S. 212-244.
- Menard, Scott (1995): *Applied Logistic Regression Analysis*, Thousand Oaks: Sage.
- Merkel, Wolfgang (2004): Embedded and Defective Democracies, in: *Democratization* 11 (5), S. 33-58.
- Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (3), S. 413-433.
- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen (1999): *Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merkel, Wolfgang/ Thiery, Peter (2010): Systemwechsel, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 186-211.
- Midlarsky, Manus (1998): Democracy and Islam: Implications for Civilizational Conflict and the Democratic Peace, in: *International Studies Quarterly* 42 (3), S. 485-511.
- Milanovic, Branko/ Gradstein, Mark/ Ying, Yvonne (2001): *Democracy and Income Equality: An Empirical Analysis*, CESifo Working Paper Series No. 411.

- Milner, Helen/ Kubota, Keiko (2005): Why the Move to Free Trade? Democracy and Trade Policy in the Developing Countries, in: *International Organization* 59 (1), S. 107-143.
- Milner, Helen/ Mukherjee, Bumba (2009): Democratization and Economic Globalization, in: *Annual Review of Political Science* 12 (1), S. 163-181.
- Mitchener, Kris/ Weidenmier, Marc (2008): Trade and Empire, NBER Working Paper No. 13765.
- Mitschke, Andreas (2005): Ethik der Globalisierung: Wie berechtigt ist die Globalisierungskritik?, in: Lachmann, Werner/ Haupt, Reinhard/ Farmer, Karl (Hrsg.): *Globalisierung der Wirtschaft. Fluch oder Segen?*, Münster: Lit-Verlag, S. 1-60.
- Morlino, Leonardo (1995): Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe, in: Gunther, Richard/ Diamandouros, Nikiforos/ Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Müller, Thomas/ Pickel, Susanne (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratieindizes, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (3), S. 511-539.
- Muller, Edward (1988): Democracy, Economic Development, and Income Inequality, in: *American Sociological Review* 53 (1), S. 50-68.
- Muller, Edward (1995): Economic Determinants of Democracy, in: *American Sociological Review* 60 (6), S. 966-982.
- Munck, Gerardo/ Synder, Richard (2007): Debating the Direction of Comparative Politics. An Analysis of Leading Journals, in: *Comparative Political Studies* 40 (1), S. 5-31.
- Munck, Gerardo/ Verkuilen, Jay (2002): Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indices, in: *Comparative Political Studies* 35 (1), S. 5-34.
- Muno, Wolfgang (2001): Demokratie und Entwicklung, Dokumente und Materialien Nr. 29, Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Neter, John/ Wasserman, William/ Kutner, Michael (1989): *Applied Linear Regression Models*, Homewood: Irwin.
- Obinger, Herbert (2001): Verteilungskoalitionen und demokratische Staatsstrukturen als Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung? Eine Replik auf Volker Kunz, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53 (1), S. 136-148.

- O'Donnell, Guillermo/ Schmitter, Philippe (1991): *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, 3. Auflage, Baltimore: John Hopkins University Press.
- O'Donnell, Guillermo/ Schmitter, Philippe/ Whitehead, Lawrence (1986): *Transition From Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Offe, Claus (1991): *Capitalism by Democratic Design? Facing the Triple Transition in East Central Europe*, in: *Social Research* 58 (4), S. 865-892.
- Papaioannou, Elias/ Siourounis, Gregorios (2005): *Economic and Social Factors Driving the Third Wave of Democratization*, Working Paper, London Business School.
- Papaioannou, Elias/ Siourounis, Gregorios (2008): *Economic and Social Factors Driving the Third Wave of Democratization*, in: *Journal of Comparative Economics* 36 (3), S. 365-387.
- Parsons, Talcott [1951] (1964): *The Social System*, London: Routledge.
- Parsons, Talcott (1969): *Politics and Social Structure*, New York: Free Press.
- Pennings, Paul (2009): *Fuzzy-Sets and QCA - The Methodology of the Fuzzy-Set Logic and Its Applications*, in: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/ Jahn, Detlef (Hrsg.): *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 347-364.
- Persson, Torsten/ Tabellini, Guido (2006): *Democratic Capital: The Nexus of Political and Economic Change*, NBER Working Paper No. 12175.
- Pickel, Gert (2003): *Die Osterweiterung der EU als Konsolidierungsfaktor? - Beurteilungen der Demokratie und Bereitschaft zum EU-Beitritt in den neuen Demokratien Osteuropas*, in: Brettschneider, Frank/ Deth, Jan van/ Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen: Leske + Budrich, S. 155-184.
- Pickel, Susanne/ Müller, Thomas (2006): *Systemvermessung - Schwächen der Konzepte und Verzerrungen der empirisch-quantitativen Bestimmung von Demokratie und Autokratie*, in: Pickel, Gert/ Pickel, Susanne (Hrsg.): *Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-172.

- Pickel, Susanne/ Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Plümper, Thomas/ Troeger, Vera (2007): Efficient Estimation of Time-Invariant and Rarely Changing Variables in Finite Sample Panel Analyses with Unit Fixed Effects, in: *Political Analysis* 15 (2), S. 124-139.
- Plümper, Thomas/ Troeger, Vera (2009): Fortschritte in der Paneldatenanalyse: Alternativen zum Beck-Katz-Standard, in: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/ Jahn, Detlef (Hrsg.): *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263-276.
- Plümper, Thomas/ Troeger, Vera/ Manow, Philip (2005): Panel Data Analysis in Comparative Politics. Linking Method to Theory, in: *European Journal of Political Research* 44 (2), S. 327-354.
- Pop-Eleches, Grigore (2009): *Communist Development and the Post-Communist Deficit*, Working Paper, Princeton University.
- Powers, Denise/ Cox, James (1997): Echoes from the Past: The Relationship between Satisfaction with Economic Reform and Voting Behaviour in Poland, in: *American Political Science Review* 91 (3), S. 617-633.
- Pridham, Geoffrey (1995): The International Aspects of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective, in: Gunther, Richard/ Diamandouros, Nikoforos/ Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore: John Hopkins University Press, S. 166-203.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market: Political and Economic Reform in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge (u.a.): Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam/ Alvarez, Michael/ Cheibub, José/ Limongi, Fernando (1996): What Makes Democracies Endure?, in: *Journal of Democracy* 7 (1), S. 39-55.
- Przeworski, Adam/ Alvarez, Michael/ Cheibub, José/ Limongi, Fernando (2000): *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam/ Limongi, Fernando (1997): Modernization: Theories and Facts, in: *World Politics* 49 (2), S. 155-183.

- Quinn, Dennis (1997): The Correlates of Change in International Financial Regulation, in: American Political Science Review 91 (3), S. 531-551.
- Quinn, Dennis (2000): Democracy and International Financial Liberalization, Working Paper, Georgetown University.
- Ravallion, Martin (1997): Good and Bad Growth: The Human Development Reports, in: World Development 25 (5), S. 631-638.
- Ricardo, David (1969) [1818]: The Principles of Political Economy and Taxation, London: Dent.
- Rigobon, Roberto/ Rodrik, Dani (2005): Rule of Law, Democracy, Openness, and Income: Estimating the Interrelationships, in: Economics of Transition 13 (3), S. 533-564.
- Rodriguez, Francisco/ Ortega, Daniel (2006): Are Capital Shares Higher in Poor Countries? Evidence from Industrial Surveys, Wesleyan Economics Working Papers 2006-023.
- Ross, Michael (2001): Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics 53 (3), S. 325-361.
- Rudi, Tatjana (2007): Der Einfluss von Institutionen auf die Wirtschaftsleistung der Transformationsstaaten, Marburg: Tectum.
- Rudra, Nita (2005): Globalization and the Strengthening of Democracy in the Developing World, in: American Journal of Political Science 49 (4), S. 704-730.
- Rueschemeyer, Dietrich/ Stephens, Evelyne/ Stephens, John (1992): Capitalist Development and Democracy, Cambridge (u.a.): Polity Press.
- Rupnik, Jacques (1999): The Postcommunist Divide, in: Journal of Democracy 10 (1), S. 57-62.
- Sachs, Jeffrey/ Warner, Andrew/ Aslund, Anders/ Fischer, Stanley (1995): Economic Reform and the Process of Global Integration, in: Brooking Papers on Economic Activity 26 (1), S. 1-118.
- Sartori, Giovanni (1992): Demokratietheorie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schedler, Andreas (1998): What is Democratic Consolidation?, in: Journal of Democracy 9 (2), S. 91-107.
- Schedler, Andreas (2000): Measuring Democratic Consolidation, in: Studies in Comparative International Development 36 (1), S. 66-92.

- Schmidt, Manfred (2010): *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 5. Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, Carsten/ Schmitter, Philippe (2004): *Liberalization, Transition and Consolidation: Measuring the Components of Democratization*, in: *Democratization* 11 (5), S. 59-90.
- Schnell, Rainer/ Hill, Paul/ Esser, Elke (2008): *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 8. Auflage, München: Oldenbourg.
- Scholte, Jan (2000): *Globalisation. A Critical Introduction*, Basingstoke: Palgrave.
- Schulze, Günther/ Ursprung, Heinrich (1999): *Globalisation of the Economy and the Nation State*, in: *The World Economy* 22 (3), S. 295-252.
- Schumann, Siegfried (2006): *Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren*, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, München: Oldenbourg.
- Schumpeter, Josef (1946): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern: Francke.
- Schwartzman, Kathleen (1998): *Globalization and Democracy*, in: *Annual Review of Sociology* 24 (1), S. 159-181.
- Sen, Amartya (1979): *Equality of What?*, The Tanner Lecture on Human Values, Delivered at Stanford University, <http://www.tannerlectures.utah.edu/lectures/documents/sen80.pdf> (01.02.2012).
- Sen, Amartya (2000): *Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München: Hanser.
- Sen, Amartya (2009) [1975]: *Ökonomische Ungleichheit*, Marburg: Metropolis.
- Skaaning, Svend-Erik (2005): *The Respect for Civil Liberties in Post-Communist Countries: A Multi-Methodological Test of Structural Explanations*, Working Paper, University of Aarhus.
- Squalli, Jay/ Wilson, Kenneth (2006): *A New Approach to Measuring Trade Openness*, Working Paper No. 06-07, Zayed University.
- Stack, Steven (1979): *The Effects of Political Participation and Socialist Party Strenght on the Degree of Income Inequality*, in: *American Sociological Review* 44 (1), S. 168-171.
- Staehr, Karsten (2010): *Inflation in the New EU Countries from Central and Eastern Europe: Theories and Panel Data Estimations*, Working Paper Series 6/ 2010, Bank of Estonia.

- Starr, Harvey (1991): Democratic Dominoes: Diffusion Approaches to the Spread of Democracy in the International System, in: Journal of Conflict Resolution 35 (2), S. 356-381.
- Starr, Harvey/ Lindborg, Christina (2003): Democratic Dominoes Revisited: The Hazards of Governmental Transitions, 1974-1996, in: Journal of Conflict Resolution 47 (4), S. 490-519.
- Steiner, Christian (2008): Globaler Tourismus: Paradiese unter Palmen auf Kosten der Armen?, in: Kessler, Johannes/ Steiner, Christian (Hrsg.): Facetten der Globalisierung. Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141-159.
- Stieglitz, Joseph (1998): Towards a New Paradigm for Development: Strategies, Policies, and Processes, Prebisch Lecture, Delivered at the Palais des Nations, Geneva: United Nations Conference on Trade and Development.
- Teorell, Jan (2010): Determinants of Democratization. Explaining Regime Change in the World, 1972-2006, Cambridge: Cambridge University Press.
- Tiemann, Guido (2009): Zwei Verfahren zur Analyse heterogener Kausalität: *Time-Series-Cross-Section* und Mehrebenenmodelle, in: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/ Jahn, Detlef (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 213-232.
- Tilly, Charles (2007): Democracy, Cambridge: Cambridge University Press.
- United Nations Conference on Trade and Development (2011): UNCTAD Handbook of Statistics, <http://unctadstat.unctad.org/> (28.11.2011).
- United Nations Development Programme (1990): Human Development Report 1990, New York: Oxford University Press.
- United Nations Development Programme (2010): Human Development Report 2010. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development, New York: Macmillan.
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Institute of Statistics (2010): Correspondence on Education Indicators, Montreal: UNESCO Institute of Statistics.
- United Nations Industrial Development Organization (2011): Industrial Statistics Database INDSTAT4 - 2011 Version, <http://www.unido.org/index.php?id=1000309> (14.11.2011).

- United Nations International Children's Emergency Fund (2011): TransMONEE 2011 Database, UNICEF Regional Office for CEECIS, Geneva, <http://www.transmonee.org/> (19.11.2011).
- Urban Dieter/ Mayerl, Jochen (2008): Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vanhanen, Tatu (1990): The Process of Democratization: A Comparative Study of 147 States, 1980-1988, New York: Crane Russak.
- Vanhanen, Tatu (1997): Prospects of Democracy. A Study of 175 Countries, London/ New York: Routledge.
- Vanhanen, Tatu (2000): A New Dataset for Measuring Democracy, 1810-1998, in: Journal of Peace Research 37 (2), S. 251-265.
- Vassilev, Rossen (1999): Modernization Theory Revisited: The Case of Bulgaria, in: East European Politics and Societies 13 (3), S. 566-599.
- Vujakovic, Petra (2009): How to Measure Globalisation. A New Globalisation Index (NGI), WIFO Working Paper No. 343, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Wacziarg, Romain/ Welch, Karen (2004): Trade Liberalization and Growth: New Evidence, NBER Working Paper No. 10152.
- Wagner, Alexander/ Schneider, Friedrich/ Halla, Martin (2009): The Quality of Institutions and Satisfaction with Democracy in Western Europe - A Panel Analysis, in: European Journal of Political Economy 25 (1), S. 30-41.
- Weiffen, Brigitte (2009): Die Ausbreitung der Demokratie - eine Komponente der Globalisierung?, in: Kessler, Johannes/ Steiner, Christian (Hrsg.): Facetten der Globalisierung. Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 96-116.
- Welsh, William (1984): Inter-Nation Interaction and Political Diffusion: Notes Toward a Conceptual Framework, Paper Presented at the Annual Meeting of the International Studies Association, Atlanta.
- Welzel, Christian (2000): Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index misst am validesten die ‚humane‘ Dimension der Demokratie?, in: Lauth, Hans-Joachim/ Pickel, Gert/ Welzel, Christian (Hrsg.): Demokratiemessung: Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 132-162.

- Welzel, Christian (2002): *Fluchtpunkt Humanentwicklung: Über die Grundlagen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Welzel, Christian/ Inglehart, Ronald (2008): The Role of Ordinary People in Democratization, in: *Journal of Democracy* 19 (1), S. 126-140.
- White, Halbert (1980): A Heteroskedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and a Direct-Test for Heteroskedasticity, in: *Econometrica* 48 (4), S. 817-838.
- Whitehead, Laurence (1986): International Aspects of Democratization, in: O'Donnell, Guillermo/ Schmitter, Philippe/ Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transition from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore: John Hopkins University Press, S. 3-46.
- Whitehead, Laurence (2001): *The International Dimensions of Democratization: Europe and the Americas*, Oxford: Oxford University Press.
- Williamson, John (1990): What Washington Means by Policy Reform, in: Williamson, John (Hrsg.): *Latin American Adjustment: How Much Has Happened?*, Washington: Institute for International Economics.
- Williamson, John (2000): What Should the World Bank Think about the Washington Consensus?, in: *World Bank Research Observer* 15 (2), S. 251-264.
- Wilson, Sven/ Butler, Daniel (2007): A Lot More to Do: The Sensivity of Time-Series Cross-Section Analyses to Simple Alternative Specifications, in: *Political Analysis* 15 (2), S. 101-123.
- Wooldridge, Jeffrey (2009): *Introductory Econometrics: A Modern Approach*, 4. Auflage, London (u.a.): Cengage Learning.
- World Bank (1996): *World Development Report 1996: From Plan to Market*, Washington/ New York: Oxford University Press.
- World Bank (2000): *Making Transition Work for Everyone. Poverty and Inequality in Europe and Central Asia*, Washington DC: International Bank for Reconstruction and Development/ World Bank.
- World Bank (2010): *World Development Indicators Database*, December 2010, <http://databank.worldbank.org/> (04.10.2011).
- Yu, Miaojie (2007): *Trade Globalization and Political Liberalization: A Gravity Approach*, Working Paper, Beijing University.
- Zywietz, Daniel (2003): *Measuring Globalisation. Constructing a Modified Indicator*, Maastricht: Faculty of Economics and Business Administration.